

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 23 • 10. Jahrgang

Berlin, den 1. Dezember 1929

Betrachtungen zu den Pariser Saarverhandlungen.



Phot. Wenz.

Niedertal bei Giersdorf (Kreis Merzig).

„Als ich an dem erbärmlichen Grenzblock der Zollhäuser vorbeifuhr oder vielmehr anfahen mußte, um die Formalitäten, die jenseits wie diesseits erfüllt werden müssen nach dem Diktat der großen Staatsmänner von damals, da ist mir der ganze Nonsens dieser konstruierten Grenzen noch einmal klar geworden, und ich hoffe, daß wir uns jetzt endlich dem Zeitpunkt nähern, wo mit dem wirtschaftlichen und politischen Nonsens Schluß gemacht wird, und wenn endlich einmal Billigkeit und Recht, vor allem wenn das einige und unantastbare Recht völkischer Selbstbestimmung wieder auf den Thron gesetzt wird, von dem es niemals hätte heruntergesetzt werden dürfen.“

(Bräul Dr. Raas in seiner Saarbrücker Rede.)

„Deutsch die Saar immerdar.“

Helft die deutsche Saar befreien!

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wird das bisherige Merkblatt „Deutsch die Saar immerdar“ in völliger Neubearbeitung in dritter Auflage demnächst herausgeben. Das Merkblatt ist bisher in über 60 000 Abdrucken in

ganz Deutschland und darüber hinaus verbreitet worden, überall hat es ein freudiges Echo für die deutschen Brüder an der Saar in ihrem Kampfe um das Deutschtum erweckt. Nach diesem günstigen Erfolge ist für die Neuauflage eine noch weitere Verbreitung vorgesehen. Das neue Merkblatt

stellt sich diesmal unter das Leitwort: „Deutsch die Saar immerdar! — Helft die deutsche Saar befreien!“ als ein Bindeglied zwischen dem Deutschen Reich und dem deutschen Saargebiet dar mit dem Ziel, die Wiedervereinigung beider nach Kräften zu fördern.

Die Aufgabe des Merkblattes ist, überall auf die Bedeutung der Erhaltung und Sicherung des Saargebietes für unser Deutsches Reich und Volk hinzuweisen, auf die Nöte der unter einer Fremdherrschaft schmachenden deutschen Saarbevölkerung in aller Welt aufmerksam zu machen und dem Lande an der Saar sowie dem für seine Sache eintretenden Bunde der Saarvereine neue Freunde und Förderer zu gewinnen zu dem gemeinsamen Streben, die deutsche Saar dem Deutschtum zu erhalten.

Das Merkblatt ist dem Bund der Saarvereine ein guter Wegbereiter gewesen und hat ihm so seine Aufgabe erleichtert. Soweit der Saarverein über die Grenzen Deutschlands ins Ausland hinausgegangen ist, hat er auch dort das Interesse für die Not und das Unrecht von Versailles an der Saar erweckt und nachdrückliche Proteste gegen die von Frankreich geplante Vergewaltigung der Deutschen an der Saar erstehen lassen.

Zehn Jahre leben die deutschen Brüder an der Saar nun schon unter der völkischen Lostrennung vom Reich und in der

politischen und wirtschaftlichen Versklavung unter einer Fremdherrschaft, die noch immer nicht dem ihm zu treuen Händen anvertrauten Gebiete dient, sondern in entscheidenden Fragen gerade den fremden Machthabern willfährig ist, die

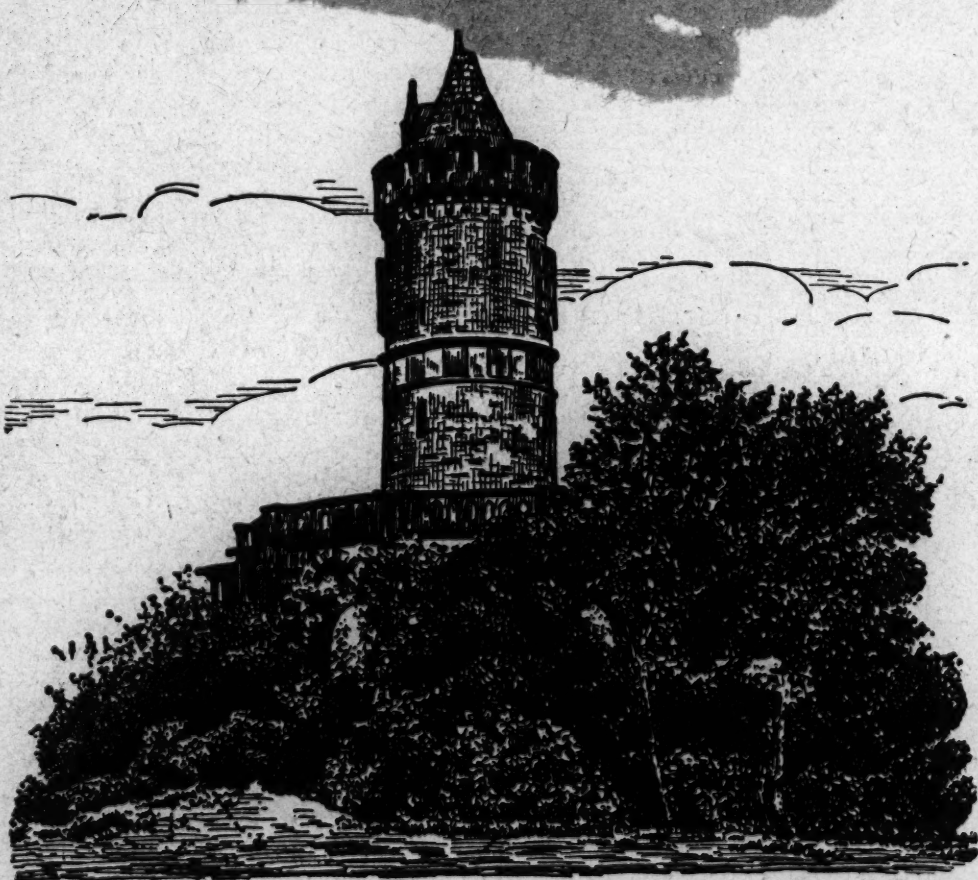
ihre Hände nach dem „vor den Toren ihres Landes liegenden so reichen Gebiete“ ausstrecken. Noch immer schrickt der Völkerbund in Ohnmacht vor dem einflussreichen

Frankreich davor zurück, das dem Saargebiet zugefügte Unrecht wieder gutzumachen, noch immer verweigert es Frankreich die Saar wieder freizugeben, die längst Zeugnis des unerschütterlichen einheitlichen Willens nach der Wiedervereinigung mit dem Reich klar und eindeutig vor aller Welt abgelegt hat.

Noch ist die Aufgabe der Geschäftsstelle Saarverein und des Bundes der Saarvereine nicht erfüllt, mitzuwirken nach Kräften an der Deutsch-

erhaltung des ungeteilten Saargebietes, wenn auch die mannhaften Deutschbefundungen an der Saar nach dem vom Völkerbund so hochgepriesenen Selbstbestimmungsrecht der Völker schon längst die deutsche Zukunft der Saarbepölkerung entschieden haben müßten.

Es gilt daher, neue Kräfte im Volke, neue Helfer in allen Volksgemeinschaften, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zu einer leeren Phrase herabsinken lassen wollen, zu gewinnen, um ihn dem angestrebten und ersehnten Ziele „Deutsch die Saar immerdar“ zuzuführen. „Helft die deutsche Saar befreien“, diese Mahnung enthält das zweite Merkblatt. Möge es den Weg finden zu allen Herzen, die in der Untrennbarkeit aller Angehörigen ihres eigenen Volkes ihr Heiliges erblicken und sich zum Widerstande vereinigen, wenn es gilt, Unrecht und Vergewaltigung am Volkstum zu verhindern, auf daß es wahr werde:



„Deutsch die Saar immerdar!“

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 23 • 10. Jahrgang

Berlin, den 1. Dezember 1929

Betrachtungen zu den Pariser Saarverhandlungen

Die im Haag zwischen Briand und Dr. Stresemann vereinbarten deutsch-französischen Saarverhandlungen haben am 21. November in Paris begonnen. Zweck dieser Verhandlungen ist die Liquidierung der Saarfrage. Die Saarfrage ist durch die Versailler Bestimmungen über das Saargebiet entstanden. Vorher hat über die politische und wirtschaftliche Zugehörigkeit dieses Gebietes weder ein Zweifel noch ein Streit bestanden. Frankreich hat zwar im Verlauf des letzten Jahrhunderts verschiedentlich den Versuch unternommen, das Saargebiet mit seinen reichen Kohlenlagern als Tauschobjekt für Zusage politischer Neutralität bei auftauchenden internationalen Konflikten einzuhandeln. Keine deutsche Regierung hat ernsthaft einen solchen Gedanken in Erwägung gezogen. Um so überraschender mußte das französische Begehren in Versailles nach dem Saargebiet sein, verblüffender noch die Methoden, die Frankreich anwandte, um seine „Ansprüche“ zu begründen.

Wohl der beste Kenner der staatsrechtlichen und politischen Verhältnisse des Saargebiets und der berufenste Wortführer im Kampfe um das Saargebiet, der erste Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident Otto Andres in Frankfurt a. Main, hat am 19. November, also wenige Tage vor Beginn der Pariser Verhandlungen, in einem seiner Universitätsvorträge einen Ueberblick über die Entwicklung der rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar gegeben, wie sie sich unter den Auswirkungen des Versailler Diktats gestaltet haben. Senatspräsident Andres hat durch seine mehrfachen juristischen Veröffentlichungen über die Saarfrage einen international anerkannten Ruf und ist daher in erster Linie berufen, zu der Saarfrage im Zusammenhang mit den soeben begonnenen Pariser Saarverhandlungen Stellung zu nehmen. Aus seinem ausgezeichneten Vortrag geben wir die folgenden Betrachtungen wieder:

Die französische Regierung hat sich nach dem Waffenstillstand im Januar 1919 entschlossen, den ersten förmlichen Vorstoß in der Richtung der Erwerbung des Saargebiets zu unternehmen: ihre Abordnung reichte der Friedenskonferenz in Paris damals eine Denkschrift ein, mit der sie in erster Linie die Vereinigung eines Teiles, des heutigen Saargebiets, mit Frankreich beantragte — die Grenze von 1814. Mit diesem Begehren aber war nicht durchzudringen. Die französische Abordnung hat der Ueberzeugungskraft ihrer geschichtlichen Gründe selbst mißtraut, denn sie führte gleich als zweiten Grund für die Einverleibung des Saargebiets in Frankreich die Notwendigkeit einer vollkommenen Reparation für die von Deutschland in Frankreich zerstörten Kohlengruben ins Feld. Am 28. 3. 1919 kam es an Hand dieser Denkschrift zu einer Besprechung zwischen Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Wilson lehnte die französischen Ansprüche auf Einverleibung des Saargebiets als mit den zugesicherten Grundlagen des Friedens im Widerspruch stehend ab. Lloyd George meinte, über eine Uebertragung des Eigentums an den Saargruben auf den französischen Staat lasse sich reden. Auf dem Entgegenkommen Lloyd Georges baute sich die weitere Politik Frankreichs auf. In ihren folgenden Notizen an die Friedenskonferenz verlangte nunmehr die französische Abordnung dreierlei: Die Uebertragung des Eigentums an den Kohlengruben im Saarbecken auf den französischen Staat als Reparation; die Errichtung eines politischen Sonderregimes im Saargebiet als Sicherheit für die ungehinderte Ausbeutung der Gruben durch den französischen Staat; die Lostrennung des Saargebiets von der preussischen Herrschaft, weil es dort zu viele Franzosen nach Ursprung und Gefühl gäbe. Ein Ausschluß legte die näheren Bestimmungen fest. Wilson widerstand zunächst noch, man förderte ihn aber schließlich mit seinem Lieb-

lingsgedanken: Völkerbund und Volksabstimmung. So kam es zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Saarbecken.

Damit zog eine äußerst verwickelte Rechtsordnung im Saargebiet ein. Die Aenderung der Rechtsverhältnisse, wie sie bis zum Friedensschluß gegolten haben, sollte nur den Zweck haben, Frankreich einen Ersatz für erlittene Vermögensschäden durch die Uebereignung und die Ausbeutung der Gruben zu verschaffen. Die Anstalten zur Erreichung dieses Zweckes sollten in Einklang gebracht werden mit den Rechten und der Wohlfahrt der Bevölkerung. Die Uebertragung der Regierung auf den Völkerbund und die Einordnung des Saargebiets in das französische Zollsystem verfolgten keine Selbstzwecke: sie sollten nur die volle Freiheit Frankreichs bei der Ausbeutung der Gruben verbürgen, ohne die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung zu gefährden. Alles, was an Ansprüchen über den wirtschaftlichen Ersatzzweck hinausgeht, hat mit dem Versailler Vertrag nichts zu tun. Dieser Satz ist als rechtlicher Ausgangspunkt bei der Beurteilung der Saarfrage von der größten Bedeutung.

Der Zweck, Frankreich durch die Ausbeutung der Saargruben einen Ersatz für den Ausfall von Förderung aus den in Nordfrankreich zerstörten Kohlengruben zu verschaffen, überrascht zunächst, wenn man eine andere Bestimmung des Versailler Vertrages daneben hält. Im § 2 der Anlage V hinter Artikel 244 des Versailler Vertrages ist bestimmt, daß Deutschland an Frankreich eine bestimmte Menge Kohlen jährlich zu liefern hat: außer dieser Menge aber soviel Kohlen, als der Unterschied zwischen der Jahresförderung vor dem Kriege aus den Bergwerken des Nordens und des Pas de Calais, die durch den Krieg zerstört sind, und der Förderung aus den Bergwerken dieses Beckens während des in Betracht kommenden Jahres

beträgt. Neben diesem Ersatz für den Förderausfall in Nordfrankreich war für einen weiteren Ersatz eigentlich kein Raum; denn Frankreich sollte doch nicht doppelt für seinen Förderausfall entschädigt werden. Für die Beseitigung dieses Widersinnes im Vertrage sollte es nie zu spät sein.

Ferner: der genannte Zweck ist allein durch die Ausbeutung im Saargebiet heute schon weit über das Maß erreicht. Die in Nordfrankreich zerstörten Kohlengruben sind seit Jahren wieder hergestellt und liefern eine größere Ausbeute als in Friedenszeiten. Die durch Frankreich im Saargebiet gewonnenen Kohlen übersteigen bei weitem das, was ihm an Ausbeute durch die Zerstörung der Gruben in Nordfrankreich verlorengegangen ist. Das wird von niemand bestritten.

Der Zweck, Frankreich durch die Uebereignung der Saargruben eine Anzahlung besonderer Art auf die von Deutschland geschuldete völlige Wiedergutmachung der Kriegsschäden zu verschaffen, war an sich mit der Uebereignung der Gruben erreicht. Es fragt sich, welche Unterlagen für die Zulässigkeit des Gedankens, die in der Uebereignung liegende Naturalleistung durch eine Goldleistung zu ersetzen, gegeben sind. Hier ist zunächst zu beachten, daß der Versailler Vertrag selbst unter bestimmten Voraussetzungen Deutschland das Recht einräumt, die Gruben zurückzukaufen. Der Vertrag faßt also die Möglichkeit ins Auge, daß an die Stelle der Naturalleistung eine Goldleistung tritt. Es ist ferner ausdrücklich im Versailler Vertrag hervorgehoben, daß Frankreich und Deutschland auch vor den für die Goldzahlung an Stelle der Naturalleistung im Versailler Vertrag vorgesehenen Zeitpunkten besondere Vereinbarungen über die Gruben treffen könne.

Insofern die Regierung des Saargebiets durch den Völkerbund als einen Treuhänder den Zweck verfolgte, die volle Freiheit Frankreichs bei der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen, ist kein Raum mehr für diese Regelung, wenn das Ausbeutungsrecht Frankreichs in Wegfall kommt. Insofern der Versailler Vertrag davon spricht, daß die Regierung durch den Völkerbund auch den Zweck verfolge, die Rechte der Bevölkerung sicherzustellen, war die Erreichung dieses Zweckes mit diesem Mittel von vornherein unmöglich. Wenn man die bestehenden Rechte einer Bevölkerung sicherstellen will, darf man an dem bestehenden Rechtszustand keine Aenderung vornehmen. Es ist ein Widerspruch in sich, daß der Versailler Vertrag eine Sicherstellung der Rechte versprach, indem er eine Aenderung des Rechtszustandes verordnete. Man braucht nur auf diesen weiteren Grundfehler hinzuweisen, um die Notwendigkeit einer Bereinigung zu begründen. Man kann aber hinzufügen, daß die Antastung der bestehenden Rechte der Bevölkerung soweit ging, daß ihm die wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte durch den Versailler Vertrag überhaupt genommen waren. Diese Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte hat die Bevölkerung von Anfang an als eine Entrechtung auf das bitterste empfunden; sie hat sich dagegen fortwährend laut und deutlich aufgebäumt.

Allerdings sollte mit der Redensart „zur Sicherstellung der Rechte der Bevölkerung“ wohl auch zum Ausdruck kommen, daß die Regierungsregelung auch den Zweck verfolge, eine freie und unbeeinflusste Volksabstimmung nach dem Ablauf der 15 Jahre zu gewährleisten. Nun ist man sich wohl einig darüber, daß eine Volksabstimmung oder das Abwarten eines bestimmten Zeitpunktes für eine Volksabstimmung dann vollkommen sinnlos ist, wenn über den unabhängigen Willen der Bevölkerung nicht der geringste Zweifel bestehen kann. Das aber ist im Saargebiet der Fall. Die Saarbevölkerung hat in den vergangenen zehn Jahren in überwältigenden Volkskundgebungen, in den Wahlen zum Landesrat, in den Entschlüssen, die der Landesrat gefaßt hat, immer und immer wieder vollkommen einmütig laut in die Welt hinausgerufen, daß sie die bestehende Ordnung als eine aufgezwangene Fremdherrschaft empfinde, daß sie nichts sehnlicher erstrebe als die glatte Rückkehr zu den Regierungen in Berlin und München, ohne jede Einschränkung und ohne jeden Vorbehalt. Es gibt wohl keinen Menschen mehr — auch nicht in Frankreich, von den wenigen Unbelehrbaren abgesehen —, der ernstlich an die Möglichkeit eines Umschwungs der un-

zweifelhaften Volksstimme bis 1935 glaubte. Also auch von diesem Gesichtspunkt zwingt der Geist des Versailler Vertrages, sich mit einer Bereinigung der Saarfrage zu beschäftigen.

Der Versailler Vertrag sagt auch, daß eine Regelung im Saargebiet dazu dienen sollte, die Wohlfahrt der Bevölkerung sicherzustellen: also das Gedeihen der Wirtschaft. Von wirtschaftlicher Bedeutung aber war von den Anordnungen des Versailler Vertrages außer der Uebereignung der Gruben nur die Einordnung des Saargebiets in das französische Zollsystem. Diese Einordnung der Saarwirtschaft in das französische Zollsystem hatte also ausgesprochen nur den Zweck, Frankreich die volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen, ohne die Wohlfahrt der Bevölkerung des Saargebiets zu gefährden. Den Zweck, der französischen Wirtschaft einen Vorteil zu gewähren, hatte diese Maßnahme nicht. Rücksichten auf die französische Wirtschaft müssen ausschalten, wenn man aus dem Geiste des Versailler Vertrages heraus die Richtlinien für eine Lösung sucht. Natürlich schließt das nicht aus, daß Deutschland und Frankreich zu freien Wirtschaftsvereinbarungen kommen, die einen Fortschritt für die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder bedeuten.

Die eigene Wirtschaft Frankreichs spielt im Versailler Vertrag — abgesehen von den besprochenen Schadenersatzzwecken — nur insofern eine Rolle, als Frankreich das Recht vorbehalten ist, auch nach einer Rückübertragung der Gruben an Deutschland bestimmte Mengen Kohlen aus dem Saargebiet zu kaufen. Dieser Vorbehalt muß selbstverständlich bei einer Bereinigung der Saarfrage berücksichtigt werden.

Auch die Wandlungen in Politik und Recht seit Versailles lassen eine Bereinigung der Saarfrage erwünscht erscheinen.

Die ersten fünf Jahre nach dem Friedensschluß sind noch verheerend von den Krankheitsercheinungen des Sieges und der Niederlage beherrscht. Dann zeigt sich in der Entwicklung eine klarere Linie: Londoner Abmachungen über den Dawes-Plan vom 30. 8. 1924, Locarno-Pakt vom 16. 10. 1925, Eintritt Deutschlands in den Völkerbund am 10. 9. 1926, Haager Abreden vom 31. 8. 1929 sind die Meilensteine.

Der den Londoner Abmachungen zugrundeliegende Dawes-Plan hat den Reparationsverpflichtungen Deutschlands einen festen Rahmen für ihre Abwicklung und dieser eine strenge Ordnung gegeben. Der Plan sprach aus, er beruhe auf der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche Einheit des Deutschen Reiches wieder hergestellt werde und daß die vom Plan geregelten Zahlungen alle Beträge einschließen, die Deutschland den alliierten und assoziierten Mächten etwa schulde. Es wäre wohl die Frage aufzuwerfen gewesen, ob damit auch die mit der Uebertragung und Ausbeutung der Saargruben gewährte Reparation ihre Erledigung gefunden habe. Es ist nicht geschehen: aber dem Geist, der den Dawes-Plan beherrschte, hätte es wohl entsprochen, nun auch an die Bereinigung der Saarfrage als eines durch die Entwicklung überholten Teiles der Reparation zu gehen.

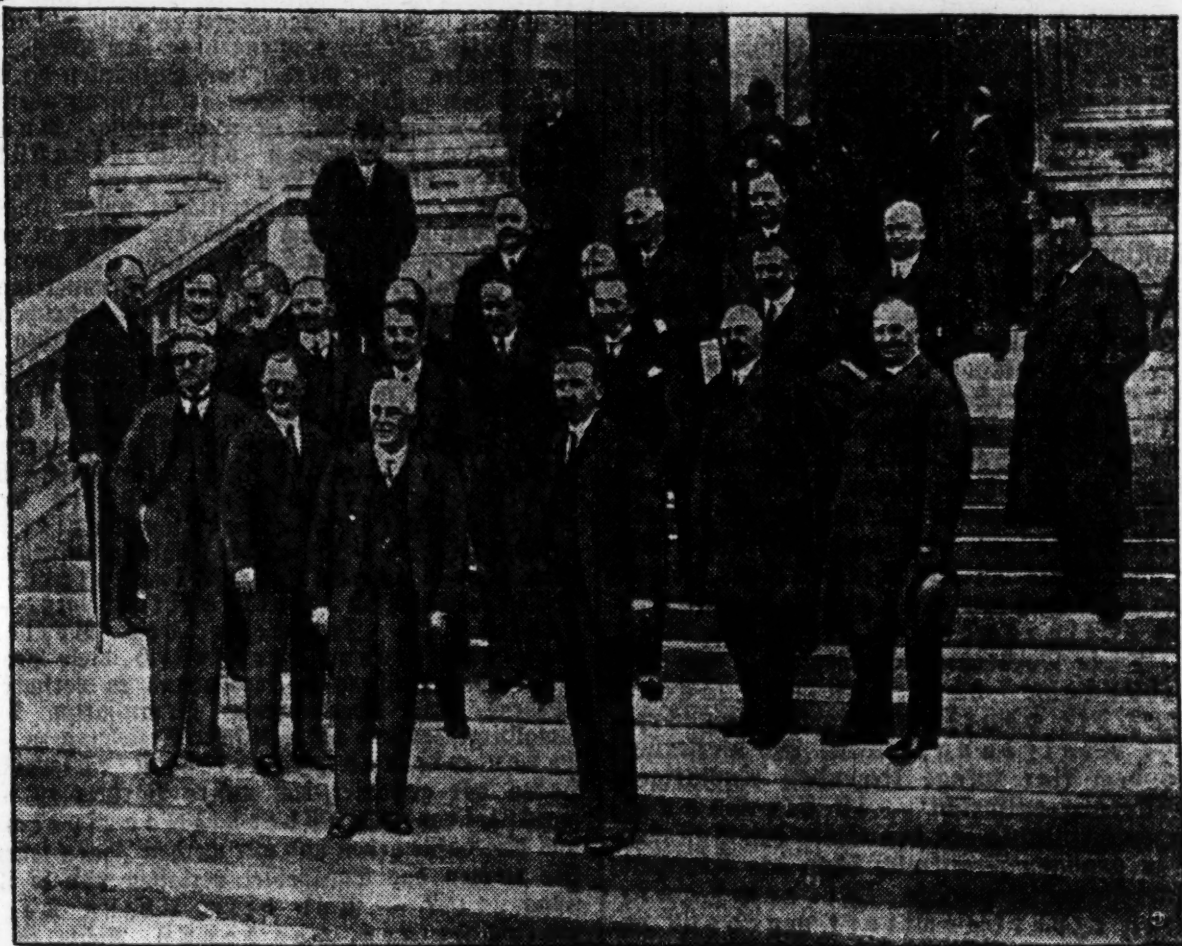
Der Locarnopakt sollte allgemein aus der Kriegspsychose hinüberleiten in einen auf den guten Verständigungswillen aller Teile aufgebauten gesicherten Frieden. War es glücklich, an einer Ecke eine Fremdherrschaft bestehen zu lassen, wie sie nun einmal an der Saar besteht, eine Fremdherrschaft verbunden mit einer Entrechtung, die die gefährlichen Keime des Hasses und des Unfriedens notwendig in sich tragen? — Der Locarnogeist, wenn anders er noch Leben und Wärme und Zukunft hat, drängt zu einer Bereinigung der Saarfrage.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eröffnete eine neue Aussicht. Nach Art. 19 der Völkerbundsatzung kann die Völkerbundsversammlung von Zeit zu Zeit ihre Bundesmitglieder auffordern, Verträge, deren Anwendung nicht mehr in Frage kommt, sowie internationale Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte, einer Nachprüfung zu unterziehen. Daß die Voraussetzungen für eine solche Aufforderung hinsichtlich der Saargebietsbestimmungen des Versailler Vertrages gegeben sind, wird jeder Unbefangene bejahen müssen: im Ausschluß der französischen

Kammer für Auswärtige Angelegenheiten hat am 14. 11. 1929 der Abgeordnete Guernut auf die Anwendbarkeit dieser Bestimmung hingewiesen. Der Zentrumsführer Prälat Kaas hat am gleichen Tage in Saarbrücken treffend gesagt: An dem Tage, an dem Deutschland einbezogen sei, hätte Genf aus dem Saargebiet ausziehen müssen: das allein wäre lobenswert, völkerrechtlich gradlinig, staatsmännisch weise und europäisch schöpferisch gewesen. Es ist nicht geschehen, aber es sollte nicht zu spät sein, es nachzuholen.

Und nun kam der Young-Plan und die Haager Konferenz. Der Young-Plan hält eine Rückgabe des Saargebietes an Deutschland für eine der

Regelung der Reparationsfrage, der un- zweifelhafte Wille der Bevölkerung des Saargebietes und die allgemeine Politik des Friedens und der Versöhnung eine Bereinigung der Saarfrage erwünscht erscheinen lassen, dann sollte man lieber gar nicht anfangen zu verhandeln. Es ist nicht so, daß Deutschland und das Saargebiet als die Bittenden erscheinen, die etwas herauschlagen wollen, worauf sie keinen Anspruch haben, und Frankreich als der großmütig Gewährende, der die Bedingungen stellt, unter denen er gewähren will. Deutschland und das Saargebiet können, wenn es nicht anders sein soll, warten. Die Bevölkerung an der Saar hat 10 Jahre die Fremdherrschaft getragen, sie wird



Die Saarverhandlungen haben begonnen.

Die Delegierten der Saarkonferenz, deren Verhandlungen über die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland in Paris begonnen haben, auf den Stufen zum französischen Außenministerium. In der untersten Reihe (links) der Führer der deutschen Delegation, von Simson, rechts der Führer der französischen Bevollmächtigten, Minister der öffentlichen Arbeiten Pernot.

Voraussetzungen seiner Erfüllung. Durchaus folgerichtig und klar machen darum große Parteien in Deutschland, vor allem auch die Zentrumsparlei, die Zustimmung zum Young-Plan von einer befriedigenden Bereinigung der Saarfrage abhängig. In dem Haager Konferenz abschließenden Briefwechsel zwischen Briand und Stresemann sind ja nun auch endlich Verhandlungen über die Vereinigung der Saarfrage, die in einem Zuge zu Ende geführt werden sollen, in Aussicht genommen. (Sie haben bekanntlich inzwischen in Paris begonnen.)

Es wird viel davon abhängen, unter welchem leitenden Gedanken die Verhandlungen eröffnet werden. Der „Temps“ hatte vor einem Monat berichtet, Briand habe am 21. 10. 1929 dem deutschen Botschafter Hoesch erklärt, die französische Abordnung sei bereit, mit der deutschen Abordnung für die Saarverhandlungen zusammenzutreffen, und die Bedingungen bekanntzugeben, die die französische Regierung für die vorzeitige Regelung der Saarfrage stelle. Das ist ein schiefer und gefährlicher Leitfaden für die Eröffnung der Verhandlungen. Wenn die beiden Abordnungen nicht die Verhandlungen beginnen aus der gemeinschaftlichen Überzeugung, daß die Wiederherstellung der Gruben in Nordfrankreich, die feste

sie auch weitere 5 Jahre tragen, wenn Frankreich auf seinem Schein besteht, dann aber wird sie den Schein mit einer Volksabstimmung einlösen, die ein empfindlicher Schlag für die Meinung Frankreichs von sich selbst, seinen Ruf in der Welt und auch seine wirtschaftlichen Hoffnungen sein wird. Daß die Erbitterung, die eine solche Haltung Frankreichs auslösen müßte, der Sache des Friedens nicht dienlich sein kann, liegt auf der Hand. Wenn Deutschland die Vereinigung der Saarfrage vor 1935 betreibt, so tut es das, um der deutschen Bevölkerung an der Saar, die heim will, zu helfen so bald als möglich, und um damit einen Stein des Anstoßes zu beseitigen, der der Fortsetzung einer großzügigen Politik des Friedens und der Versöhnung im Wege steht: es tut es aber nicht, um mit Frankreich ein Geschäftchen zu machen oder Vorteile von ihm zu erlangen, auf die die Entwicklung der Politik ihm keinen Anspruch gibt.

Leider lassen auch die neuesten Erklärungen Lardieu und Briands die unumgängliche Klarheit und Bestimmtheit in der Grundeinstellung zu der Frage vermissen. Lardieu ist der Vater der Saargebietsregelung im Versailler Vertrag: er hat mit dem englischen und amerikanischen Abgeordneten in der Nacht vom 9./10. April 1919 das Saarstatut entworfen. In seiner Regierungserklärung vom 7. 11. 1929 hat er gesagt, daß die Abrede zur Saarfrage

nicht im Widerspruch stehe zu den Grundsätzen der Regierung: er hat gesagt, es handele sich dabei um das Wirtschaftsregime des Saargebietes und die Vorbereitung eines dauerhaften, vorteilhaften Abkommens für die Vertragsschließenden. Was Tardieu sagt, ist zu viel und zu wenig. Zu wenig, insofern gar keine Rede von der Erkenntnis ist, daß im Interesse des Friedens ein Zustand beseitigt werden muß, der heute selbst aus dem kalten und nüchternen Geiste der Reparation nicht mehr nötig ist und der mit dem Gefühl der Entrechtung den Keim einer Störung des Friedens in sich trägt. Und zu viel hat Tardieu gesagt, insofern man denken könnte, die erstrebte Wirtschaftsregelung sei als eine gemeinschaftliche Herrschaft gedacht: davon kann keine Rede sein. Kein Vernünftiger wird sich gegen Abmachungen wehren, die die wirtschaftlichen Belange beider Völker fördern. Nirgends sind die Voraussetzungen verständiger, dauerhafter und vorteilhafter Abmachungen leichter erreichbar als an der Saar: Frankreich ist auf den Bezug von Saarkohle angewiesen und die Saar auf den Absatz von Saarkohle nach Frankreich, die Saar ist angewiesen auf den Bezug von französischem Erz und Frankreich auf den Absatz von französischem Erz nach der Saar: auf der Grundlage eines vernünftigen Austauschs dieser Güter liegt eine Regelung auf der Hand, die auch die anderen Fragen wirtschaftlichen Bedarfs und wirtschaftlicher Erzeugung beordnend ordnet. Aber es kann sich nur um Abmachungen handeln des in seiner Staatshoheit über das Saargebiet völlig wiederhergestellten Deutschen Reiches mit dem in seiner Staatshoheit unangetasteten französischen Staat. — Doch man soll auch nicht zu ängstlich sein bei der Beurteilung der Erklärung Tardiens: es hat immer etwas Beinhliches, wenn ein verschämter Strohhaubt zugeben soll, daß er einen Korb bekommen hat. Wir verlangen aber auch gar nicht, daß der Freierrmann viel Worte verliert über den Korb, den er bekommen hat, wir verlangen nur, daß er die Geliebte ihrem Wunsch entsprechend in Frieden läßt und abzieht. Diese Forderung allerdings — ungeschmälerter Rückkehr des ganzen Saargebietes unter die deutsche, die preussische und bayerische Regierung, wie es vor Versailles war, und wie es dem klar zutage liegenden einmütigen Wunsche der Bevölkerung entspricht — ist die Grundforderung, deren Erfüllung erst den Stein des Anstoßes beseitigt und der zu genügen Frankreich schon die Klugheit und das eigene Interesse gebieten sollte. Mit dem Saargebiet ist genug experimentiert worden: es geht nicht an, das Saargebiet nach dem fehlgeschlagenen ersten Experiment als ein Versuchskaninchen für paneuropäische Pläne zu mißbrauchen.

So etwas scheint aber in dem Kopfe vor allem Briands zu spuken. Er hat sich am 8. 11. 1929 ausführlicher als Tardieu zur Saarfrage geäußert. Ich gebe die genaue Uebersetzung seiner Erklärung. Er sagte:

„Sprechen wir also von der Saar, meine Herren! Man erzählt ja überall, daß ich das Saargebiet preisgeben will. Ich habe ganz außergewöhnliche Dinge darüber gelesen und meine Ohren sind noch voll von dem Lärm erstaunlicher Reden, die beweisen, daß es nicht nutzlos wäre, unsere Haltung klarzustellen, so wie sie sich aus den Vertragsbestimmungen ergibt. Man hat Ihnen gesagt, das sind die Konsequenzen der Haager Konferenz: die Räumung des Saargebietes ist von uns gefordert worden. Die Saarfrage hängt aber mit dem Rheinland nicht zusammen. Erstens befehlen wir das Saargebiet nicht. Dort befindet sich eine Regierung unter der Kontrolle des Völkerbundes. Es ist dort auf Grund des Versailler Vertrages ein politisches System geschaffen worden. — Wie entstand die Konfusion, die zu dem gegen mich erhobenen Vorwurf führte, ich würde auf alles verzichten? Die ersten Spuren hinsichtlich der Saarfrage können Sie bereits zur Zeit des Kabinetts Poincaré, in dem ich Außenminister war, feststellen. Die Deutschen stellten die Forderung auf, die Saarfrage auf die Tagesordnung der Haager Konferenz zu setzen, mit dem Hinweis darauf, daß es sich um eine allgemeine Regelung der Reparationsfragen handele. Ich teilte meiner Regierung diese Forderung mit und erwiderte sodann, daß ich sie auf keinen Fall annehmen könne. Ich lehnte es ab, die Saarfrage in den Rahmen der Haager Konferenz einzufügen, denn sie ist keine interalliierte Angelegenheit. Sie ist keinem interalliierten Schiedsspruch zu unterwerfen, sie ist eine rein deutsch-französische Frage. — Wenn die

Deutschen uns auf eine frühere Regelung Vorschläge machen wollen, so werden wir sie anhören. Aber, meine Herren, unter welchen Bedingungen? Mit der Idee, die durch den Vertrag zugunsten der saarländischen Bevölkerung geschaffene Lage zu vernichten? Ich habe über diese Frage hassenwerte Artikel gelesen, die dazu bestimmt sind, die öffentliche Meinung über meine Absichten wesentlich zu täuschen. Man behauptete darin, daß diese Frage mit der Rheinlandräumung verknüpft wäre und daß wir die saarländische Bevölkerung zum Opfer unserer Improvisationen machen wollen. In dem Brief, den ich an Herrn Stresemann geschrieben habe, habe ich ausdrücklich gesagt: Alle politischen Rechte der Bevölkerung vorbehalten, und diese Präzision ist in der Regierungserklärung wiederholt. — Aber man sagt mir dann noch: warum haben wir in diese Verhandlungen eingewilligt? Ich habe auf dieser Tribüne vernommen, daß wir auf Grund des Vertrages Besitzer der Kohlengruben sind. Das ist wahr, und daß wir bloß noch weitere 5 Jahre im Saargebiet zu bleiben hätten, um nach Ablauf dieser Zeit die Kohlengruben zum Preise, den wir möchten, zu verkaufen. Wir würden nach Guldünken darüber verfügen und gemäß dem gesteigerten Wert der Kohlengruben könnten wir auf Gewinn rechnen. Das ist nicht richtig. Nach Ablauf der fünf Jahre, wenn die Volksabstimmung ungünstig ist, müssen wir aus dem Saargebiet fortgehen. Wir sind verpflichtet, unsere Kohlengruben zu verkaufen, und das zu einem Preis, der nicht von uns selbst festgelegt wird, sondern durch ein Schiedsgericht, und zwar ein schiedsrichterliches Verfahren, das bereits im Friedensvertrag festgelegt ist. — Aber für eine Regierung, die sich nicht schmeichelt, lange zu leben, und die trotz ihres guten Willens sich eine unbegrenzte Dauer nicht versprechen kann, gibt es nichts leichteres angesichts einer Frist von 5 Jahren und in Anbetracht eines so heiklen Problems, als die Arme zu verschränken und zu sagen, letzten Endes werden eben unsere Nachfolger sehen, was zu machen ist, wenn die 5 Jahre abgelaufen sein werden. — Ist das französische Politikk? — Wir haben ein wertvolles Pfand in der Hand und wollen nicht suchen daraus Vorteile zu ziehen? — Wenn wir in 5 Jahren die Föhlung aufnehmen müssen, ist es dann nicht in unserem Interesse, im Interesse der elsass-lothringischen Solidarität mit dem Saargebiet, im Interesse der Beziehungen des Saargebietes zu Frankreich, diese Probleme nach einer gründlichen Prüfung zu regeln und zu versuchen, eine die vorgesehene Frist überdauernde Organisation kohlenindustrieller, metallurgischer und zollpolitischer Beziehung zu schaffen? — Wie haben wir uns zu diesem Problem eingestellt? Haben wir gewartet, daß unsere Partner zu uns kommen und sagen: wir wollen über die Saar sprechen. Sie werden uns dies dafür geben und wir werden Ihnen jenes dafür abtreten. Sie werden das Saargebiet verlassen und so ist alles in Ordnung ...? — Und beim Abzug der Franzosen, meine Herren, was dann? Nichts ist in dem Vertrag hinsichtlich der Kontrolle vorgesehen. Und die Eisenbahnen? Und alle anderen Fragen? Glauben Sie, daß kein Interesse vorliegt, das zu regeln? Wenn Deutschland zu uns darüber sprechen wird, werden wir ihm antworten: Sie beziehen sich auf den Geist von Locarno, hier ist die Gelegenheit, ihn wirken zu lassen und in einem Gebiet lebendig werden zu lassen, dessen Interessen mit denen Frankreichs solidarisch sind. — Ein langfristiges Regime gemeinschaftlicher Zusammenarbeit ist notwendig. — Sind Sie, meine Herren, der Ansicht, daß Frankreich bei derartigen Verhandlungen etwas zu verlieren hätte? Das wäre höchstens der Fall, wenn diese Verhandlungen schlecht vorbereitet wären. Es ist aber eine Kommission mit größter Sorgfalt zusammengestellt worden. Was hat diese Kommission gemacht? Sie bereitete sich für den Fall vor, wo Vorschläge an sie gemacht wurden, um alle saarländischen Probleme bis in die letzten Einzelheiten zu prüfen. Sie hat eine umfangreiche Untersuchung eröffnet. Sie hat die Meinung der Handelskammern, der Industriellen und unserer Landsleute im Saargebiet eingeholt. Sie hat an unsere elsässischen und lothringischen Kollegen in Kammer und Senat appelliert. Sie hat die verschiedenartigsten und vollständigsten Dokumente gesammelt. Jetzt sind diese Akten in ihren Händen, und sie wartet in der Position, die ich Ihnen geschildert habe. — Gleichwohl haben wir aber nicht das Recht, wenn wir es auch möchten, über die Saarbevölkerung zu verfügen. Selbst wenn wir es möchten, können wir einer Bevölkerung die Rechte, die ihr ein von zahlreichen Nationen gezeichneter Vertrag zugesprochen hat, nicht entreißen. Es ist ein Vorbehalt, den wir ausdrücklich stipuliert haben, in der Sorge, nichts zu tun, was sich gegen die Interessen unseres Landes richten könnte. Das sind, meine Herren, meine Aufklärungen über das Saargebiet.“

Diese Erklärungen des französischen Außenministers zu der uns bewegenden Frage sind von so großer Bedeutung, daß wir uns etwas mit ihnen beschäftigen müssen.

Zunächst freue ich mich, feststellen zu können, daß Briand die Notwendigkeit der Achtung vor den Rechten der Bevölkerung unterstreicht. Es ist zwar nicht ganz durchsichtig, was er damit meint, aber, wenn ihn wirklich die Achtung vor den Rechten der Bevölkerung treibt, dann wissen wir uns ganz mit ihm einig: unser treibender Beweggrund ist ja nur, diesen Rechten Achtung zu verschaffen; da es der unzweifelhafte einmütige Wille der Bevölkerung an der Saar ist, daß die Rechte in den Zustand wieder zurückversetzt werden, in dem sie sich vor Versailles befanden, kann auch das Ergebnis der kommenden Verhandlungen nach dieser Richtung nicht zweifelhaft sein. Es kann nur lauten: ungeschmälerte Rückgabe des Saargebietes unter die deutsche Regierung und die deutschen Gesetze.

An der Erklärung Briands ist ferner zu begrüßen das offene Bekenntnis, daß die Verhandlungsgrundlage Frankreichs 1935 schwächer sein wird als sie heute ist. Das stimmt genau mit dem überein, was ich gesagt habe. Deutschland kommt nicht als der Bittende, dem Frankreich einen Vorteil gewähren soll, auf den es eigentlich keinen Anspruch hat, sondern auch im Interesse Frankreichs liegt eine alsbaldige Vereinigung der Saarfrage: wir wollen ihm mit unserem Verzicht auf die Volksabstimmung manches ersparen.

Im übrigen aber gibt die Erklärung Briands zu erheblichen Bedenken Veranlassung: sie mahnt zur äußersten Vorsicht, daß die Verhandlungen nicht auf ein schiefes Gleis geschoben werden.

Ich will kein übertriebenes Gewicht auf den von Briand abgelehnten deutschen Standpunkt legen, daß die Saarfrage auf die Tagesordnung der Haager Konferenz gehört hätte, weil sie nach den von mir gekennzeichneten Vertragszwecken eine Reparationsfrage ist. Ich will hier nur betonen, daß dieser deutsche Standpunkt, auch wenn es nicht gelungen ist, ihn im Haag zur Anerkennung zu bringen, streng aufrecht erhalten werden muß.

Ich will auch kein allzu großes Wesen machen von der schiefen Redensart Briands, daß Frankreich im Saargebiet ein wertvolles Pfand in der Hand habe und daß es suchen müsse, daraus Vorteile zu ziehen. Das schmückt wenig nach der Achtung vor den Rechten der Bevölkerung, und es ist auch nicht richtig: die Pfandsetzung der Gruben für den Förderausfall in Nordfrankreich ist durch den Wegfall der Forderung erledigt und die Pfandsetzung der Gruben für die Wiedergutmachungsschuld im allgemeinen kann im Geiste des Vertrages durch eine Goldzahlung ersetzt werden.

Ich möchte vor allen Dingen eine Redensart Briands zurückweisen, die er ausspricht, als ob es sich um eine ausgemachte Wahrheit handelte: er spricht von der elsass-lothringischen Solidarität mit dem Saargebiet. Insofern wirtschaftliche Angewiesenheiten Lothringens auf das Saargebiet und des Saargebietes auf Lothringen bestehen, habe ich kurz erwähnt: diese wirtschaftlichen Beziehungen als eine Solidarität der Wirtschaft zu bezeichnen, ist ein starkes Stück. Überall in Grenzgebieten lassen sich wirtschaftliche Beziehungen und Abhängigkeiten von Gebiets-

teilen eines Staates zu benachbarten Gebietsteilen des Nachbarstaates feststellen: wenn solche Beziehungen und Abhängigkeiten unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechts einen Herrschaftsanspruch des Nachbarvolkes begründen könnten, wäre kein Halten mehr gegenüber dem Eroberungswillen des Mächtigeren. Mit dem gleichen Recht, mit dem Frankreich aus diesem Grunde Hoheitseinfluß in dem Saarkohlengebiet begehrt, könnte Deutschland, wenn es einmal wieder der Mächtigere werden sollte, Hoheitseinfluß in dem lothringischen Erzgebiet für sich begehren. — Und dann: es gilt doch in Vergleich zu setzen die wirtschaftlichen Beziehungen des Saargebietes zu Lothringen und Frankreich auf der einen Seite und die wirtschaftlichen Beziehungen des Saargebietes zu Deutschland auf der anderen Seite, und da wird bei einer unbefangenen Prüfung der Frage wohl auch Herr Briand erkennen, daß die wirtschaftlichen Bande, die das Saargebiet mit Deutschland verbinden, bedeutend stärker, bedeutend eingewurzelter, bedeutend natürlicher sind als die Beziehungen zu Frankreich und Lothringen.

Weiter: Briand spricht von einer dauernden Organisation in kohlenindustrieller, metallurgischer und zollpolitischer Hinsicht und von einem langfristigen Regime gemeinschaftlicher Zusammenarbeit. Ich wiederhole hierzu: Keine Verständiger in Deutschland wird sich dagegen wehren, wenn unter unbedingter Wahrung der ungeschmälerten Staatshoheit Deutschlands freie Vereinbarungen getroffen werden, die zum Segen des Saargebietes, Frankreichs und Deutschlands die Frage des Austauschs der Güter regeln. Aber keine Rede kann davon sein, daß diese Abreden die Gestalt einer Einräumung von Staatshoheitsrechten Frankreichs im Saargebiet annehmen: das widerspräche dem Willen der Bevölkerung, ungeschmälert unter die deutsche Staatsgewalt zurückzuführen. Keine Rede kann auch davon sein, daß die Frage des Eigentums an den Gruben in anderer Weise geregelt wird als durch Rückgabe der Gruben an den Eigentümer vor Versailles: auch das entspricht dem einmütigen Willen der Bevölkerung und es entspricht, wie wir gesehen haben, auch dem Geist des Versailler Vertrages.

Was Briand in seiner Erklärung von „Kontrolle“ und von den „Eisenbahnen“ spricht, ist so dunkel, daß es nicht lohnt, darauf einzugehen: selbstverständlich kann eine Kontrolle der Ausübung der deutschen Staatshoheitsrechte oder ein Einfluß Frankreichs auf die Eisenbahnen gar nicht in Frage kommen.

Ich habe mich mit Absicht nicht zu tief auf das Wirtschaftsgebiet begeben: ich halte die wirtschaftlichen Fragen zwar für sehr wichtig: glaube aber, daß die Verhandlungen auf ein falsches Gleis kommen, wenn die Wirtschaftsfragen als Ausgangspunkt im Vordergrund der Verhandlungen stehen. Im Vordergrund kann nur stehen: die Wiederherstellung der verletzten Rechte der Bevölkerung, die Rückkehr des Saargebietes unter die deutsche Regierung. Hand in Hand damit muß der Rückerwerb der Gruben gehen. Und erst wenn man darüber zu einem Einverständnis gelangt sein wird, wird Raum sein für freie Vereinbarungen zum Segen der Wirtschaft. Die Lösung der Wirtschaftsfrage wird bei der Klarheit der wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht so schwierig sein, wie es die Leute darzustellen lieben, die in der Erregung von Verwirrung und Angstgefühlen ein Mittel sehen, ihre Geschäftchen zu machen.

Die Pariser Saarkonferenz.

Man setzt Unterausschüsse ein.

Die rund sechs Wochen verzögerten Saarverhandlungen haben am 21. November in Paris im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten begonnen.

Der Beginn der deutsch-französischen Saarverhandlungen auf Grund der zwischen Briand und Dr. Stresemann im Haag

schriftlich getroffenen Vereinbarungen fand am 21. November gewissermaßen unter dem Donner einer Demonstration in der französischen Kammer statt. Der Abg. Franklin-Bouillon hatte in der Kammer eine Interpellation über die Saarverhandlungen eingebracht, deren sofortige Behandlung er verlangte. Tardieu schlug vor, diese Interpellation bei der Budgetdebatte

über das Außenministerium zu besprechen. Franklin-Bouillon widersprach und erklärte, er würde seine Interpellation nicht vorgebracht haben, wenn die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Delegation nicht bereits begonnen hätten. Er habe bisher stets den Standpunkt vertreten, daß diese Verhandlungen erst eingeleitet werden dürften, wenn alle mit dem Young-Plan zusammenhängenden Probleme gelöst seien. Die Verhandlungen seien entgegen den Erklärungen der Regierung begonnen worden. Briand habe stets nur von einer Art Untersuchung gesprochen, und niemand habe annehmen können, daß richtige Verhandlungen eingeleitet würden. Bisher sei auch kein einziger Kammerauschuß aufgefördert worden, sich über diese Frage zu äußern. Dies sei ein klares Beispiel dafür, daß die Regierung das Parlament einfach übergangen habe. Der Führer der Zentrumsfraktion im Deutschen Reichstag habe in Trier vor acht Tagen erklärt, daß die Lösung des Saarproblems endgültig sein werde durch die bejahende oder verneinende Antwort, die in bezug auf den Young-Plan gegeben werde. In Paris dagegen habe der Außenminister erklärt, daß es keine Beziehung zwischen dem Saargebiet und dem Rheinland gebe. „Prälat Kaas“, fuhr der Interpellant fort, „hat außerdem in seiner Rede gesagt, daß man einen großen Irrtum begehen würde, wenn man in bezug auf die Haager Konferenz von der endgültigen Liquidation des Krieges spräche. Dann würde man nicht mehr das Recht haben, etwas anderes zu verlangen. Deutschland erwartet also von der zweiten Haager Konferenz noch etwas anderes. Unter diesen Bedingungen erscheint mir die Einleitung der Verhandlungen über das Saargebiet sehr gefährlich.“ Am Schluß seiner Rede erklärte Franklin-Bouillon, daß er keine Abstimung wünsche, die eine Täuschung darstelle und die Verhandlungen Frankreichs behindern könnte. Er werde bei der Beratung des Budgets des Außenministeriums auf die Angelegenheit zurückkommen.

Briand antwortete dem Redner. Die Regierung habe nicht erklärt, daß sie sich mit einer einfachen Untersuchung des Saarproblems begnügen werde. Deutschland habe diese Frage auf die Tagesordnung der Haager Konferenz stellen wollen. Die französische Regierung habe dem widersprochen mit der Begründung, daß das Saarproblem eine rein deutsch-französische Angelegenheit sei. Aber die französische Regierung habe erklärt, daß sie bereit sei, die Vorschläge anzuhören, die ihr die deutsche Regierung über das zukünftige Regime des Saargebiets unterbreiten wolle. Die Aufregung des Abgeordneten Franklin-Bouillon sei unbegreiflich, denn natürlich würden dem Parlament die Beschlüsse unterbreitet werden, die bei den Verhandlungen gefaßt werden. Im übrigen habe er bereits Stresemann erklärt, daß die politischen Rechte der Saarbevölkerung vorbehalten werden müßten. Man könne also nicht von einem Verzicht reden, wie es Franklin-Bouillon getan habe. „Für den Augenblick“, fuhr Briand fort, „hat die Angelegenheit keinen politischen Charakter. Zwischen ihr und dem Young-Plan besteht kein Zusammenhang, ebenso nicht zwischen den Saarverhandlungen und der Haager Konferenz. In den nächsten Tagen werde ich vor dem Answärtigen Ausschuß erscheinen und alle Fragen Franklin-Bouillons beantworten.“

Lardien beantragte dann, die Interpellationen auf später zu verlagern und stellte für die Annahme dieses Antrages die Vertrauensfrage. Mit 337 gegen 244 Stimmen, also mit 93 Stimmen Mehrheit, billigte die Kammer den Regierungsantrag.

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen wurden mit einer Vorstellung des deutschen Delegationsführers Staatssekretär z. V. v. Simson durch den deutschen Botschafter v. Hoersch bei Briand und dem französischen Verhandlungsführer Minister Pernot eingeleitet. In der gemeinsamen Sitzung der beiden Delegationen begrüßte Minister Pernot die deutsche Delegation. Er legte dann die Aufgabe der Konferenz dar und brachte den Wunsch der französischen Delegation zum Ausdruck, zu einer Verständigung zu gelangen, die geeignet ist, die wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden Ländern zu fördern. Herr v. Simson, der Präsident der deutschen Delegation, antwortete auf die Ansprache des Ministers Pernot, indem er zum Ausdruck brachte, daß die deutsche Delegation den gleichen Wunsch habe, und indem er das von Deutschland in diesen Verhandlungen verfolgte Ziel darlegte.

Im Anschluß hieran wurde geprüft, welche Arbeitsmethode die zweckmäßigste sein würde. Es wurde die Bildung von drei Unterausschüssen beschlossen:

1. Ein Unterausschuß für die Bergwerksfragen.

2. Ein Unterausschuß für Handels- und Zollfragen.
3. Ein Unterausschuß für juristische Fragen.

Ferner wurde vereinbart, daß die Unterausschüsse zusammenzutreten sollen, sobald ihr Arbeitsprogramm von den Vorsitzenden der beiden Delegationen festgelegt worden ist.

Es wurde weiter vereinbart, für die Dauer der Verhandlungen volle Vertraulichkeit zu wahren und der Öffentlichkeit nur die gemeinsam zu vereinbarenden Communiqués zugänglich zu machen. Nach dem ersten Meinungsaustausch über die Arbeitsmethode vertagte man sich auf den 25. November, um Zeit zu gewinnen, die einzelnen Unterausschüsse zu bilden. Am 25. haben die vorgeesehenen offiziellen Besprechungen zwischen den Führern der deutschen und der französischen Saardelegationen, an denen auch die Vorsitzenden der inzwischen innerhalb der beiden Delegationen gebildeten drei Unterausschüsse teilnahmen, zur Aufstellung eines Arbeitsprogramms dieser drei Unterausschüsse begonnen. Als Ergebnis der Besprechungen konnte festgestellt werden, daß in den nächsten Tagen die Kohlen- und die Wirtschaftskommission ihre gemeinsamen Arbeiten beginnen werden.

Am 27. November empfing der Führer der deutschen Saardelegation, Staatssekretär v. Simson, die Vertreter der deutschen Presse zu einem Tee. In einer kurzen Begrüßungsansprache erklärte er, daß er vorläufig nur den guten Beginn der Verhandlungen feststellen könne. Die französische und die deutsche Delegation hätten gemeinsam beschlossen, in diesem Anfangsstadium über Einzelheiten der Besprechungen nichts mitzuteilen, um vorzeitige Kommentare zu verhüten, zu denen sachlich kein Anlaß gegeben sei. Er bat schließlich um Geduld, bis etwas Sachliches zu berichten sei. Der deutsche Standpunkt sei bekannt, er brauche deshalb nicht noch einmal erörtert zu werden. Die Verhandlungen würden vermutlich lange dauern und sie würden um so besser verlaufen, je weniger sie durch Polemiken gestört würden.

Fast in der gesamten deutschen und französischen Presse lag man einen außerordentlich langwierigen Verlauf der Verhandlungen voraus. Schon die Eingangsverhandlungen entwickelten sich nur sehr langsam, so daß sich nicht voraussagen läßt, wann der juristische Ausschuß, in dem die politische Seite des Saarproblems untersucht werden soll, zusammentreten kann. Wie dem Pariser Vertreter der „Saarbrücker Zeitung“ von maßgebender deutscher Seite erklärt worden sein soll, wird es nicht früher zur Prüfung der politischen Fragen kommen, als bis man in den beiden anderen Ausschüssen, die für die Prüfung der Kohlenindustriellen, wirtschaftlichen und zollpolitischen Probleme vorgesehen sind, zu klaren Richtlinien gelangt ist. Man hat jedenfalls nach dem äußeren Verlauf der bisherigen Besprechungen den Eindruck, daß die Franzosen die materiellen Besprechungen möglichst hinzuziehen sich bemühen. Das hängt offenbar mit der französischen Taktik zusammen, die Richtung der französischen Verhandlungsabsicht so lange zu beobachten, bis die zweite Haager Konferenz zusammengetreten ist.

Inzwischen wird aus dem Inhalt des Schlußberichts, den der mit der Aufstellung des französischen Saarprogramms beauftragte Interministerielle Ausschuß ausgearbeitet hat, u. a. folgendes bekannt:

Im Mittelpunkt des Berichts stehen die Erörterungen über die Kohlenfrage und das künftige Zollregime des Saargebiets. Was den Rückkauf der saarländischen Kohlengruben anbelangt, die nach den deutschen Wünschen wieder in den uneingeschränkten deutschen Besitz übergehen sollen, so wird in dem Bericht der deutsche Standpunkt abgelehnt. Statt dessen wird vorgeschlagen, Mittel und Wege zu prüfen, wie man in der Kohlenwirtschaft zu einer deutsch-französischen Zusammenarbeit gelangen könnte, ähnlich, wie sie bereits auf dem Gebiete der Schwerindustrie besteht. Deshalb wird die Kommission wahrscheinlich die Schaffung einer deutsch-französischen Gesellschaft vorschlagen, die die Kohlengruben wie eine gewöhnliche Privatgesellschaft ausbeuten würde.

In dem Bericht wird besonders betont, daß Frankreich nicht von heute auf morgen auf die Saarkohlengruben verzichten könne, die nicht nur an und für sich einen großen Wert aufweisen, sondern an denen Frankreich auch vom Standpunkt der Produktion und der Versorgung der französischen Industrie ein großes Interesse hat. Die französischen Industriellen, die gegenwärtig Kohlen aus dem Saargebiet beziehen, möchten, so heißt es in dem Bericht, die Sicherheit haben, daß ihre Kohlenlieferungsverträge erneuert werden. In dieser Hauptfrage gehen also die französischen und die deutschen Auffassungen stark auseinander.

Weniger schwierig erscheint eine Verständigung über die Zollfrage. Gegenwärtig besteht zwischen dem Saarland und

Frankreich keinerlei Zollschranke. Der Ausschuss kommt zu dem Schluss, daß für Frankreich kein Grund vorliege, die Vorteile preiszugeben, die ihm der Versailler Vertrag bis 1935 sichert. Bis dahin müßte der gegenwärtige Zustand aufrechterhalten werden, die französischen Waren also zollfrei nach dem Saarland gelangen. Im Jahre 1935 würde jedoch die Frage von neuem gestellt werden. Die Kommission unterbreitet deshalb der Regierung den Vorschlag, von 1935 an ein Übergangsregime anzuwenden, eine Freizone zu schaffen, die für Frankreich und für Deutschland gleiche Vorteile bringen soll. Die zeitliche Dauer dieses *modus vivendi* wäre noch mit Deutschland zu vereinbaren.

Was die französische Presse sagt:

Die französische Presse begleitete den Beginn der Saarverhandlungen mit ausführlichen Erörterungen über den deutschen Standpunkt. Fast allgemein wird betont, daß es sich bei den jetzigen Verhandlungen nur um solche wirtschaftlicher Art handeln könne, daß dagegen keine Rede davon sein könne, die Frage auf das Gebiet der Politik zu bringen. Erst im Jahre 1935 würden die Saarbewohner das Recht haben, zu wählen zwischen der „Rückkehr“ nach Frankreich (!), der Wiedervereinigung mit Deutschland und der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Völkerbundesregimes.

„Matin“ schreibt, man dürfe sich nicht durch gewisse tendenziöse Nachrichten irreführen lassen und das wirkliche Ziel der Verhandlungen aus dem Auge verlieren. In Wirklichkeit habe Frankreich, ohne das Ergebnis der Volksabstimmung abzuwarten, die nach dem Versailler Vertrage 1935 stattfinden müsse, eingewilligt, mit den deutschen Delegierten die Hypothese der Vereinigung des Saargebietes mit Deutschland ins Auge zu fassen. Es handle sich nicht um einen Verzicht, denn die Konklusion der beginnenden Verhandlungen würde für nichtig erklärt werden in dem allerdings ziemlich zweifelhaften Falle, daß die Volksabstimmung im Saargebiet für Frankreich günstig ausfiele. Ueber die politische Seite des Problems habe sich Briand kürzlich auf der Kammertribüne ausgesprochen. Frankreich besitze im Saargebiet beträchtliche materielle Interessen, die aufzuopfern ungerechtfertigt wäre. Wenn nun die Volksabstimmung in fünf Jahren gegen Frankreich ausfiele, dann wäre der ganze Nutzen der entfalteten Bemühungen und der in das Saargebiet hineingesteckten Gelder unwiderruflich verloren. Ein im voraus geregeltes Verfahren würde in brutaler Weise die gerechtesten französischen Ansprüche vernichten.

Das „Echo de Paris“ sagt, wenn die deutsche Regierung nur den größten Vorteil der Saarbevölkerung (!) im Auge haben würde, dann wäre eine Einigung bereits jetzt gesichert. Aber es sei zu befürchten, daß Berlin in diesem Falle sich vor allem von Gedankengängen politischer Art leiten lassen werde. Wenn eine gerechte Verständigung nicht möglich wäre, dann wäre es zweifelsohne besser, noch fünf Jahre sich dessen zu bedienen, was der Vertrag Frankreich gegeben habe, und dann die Chance der Volksabstimmung auszunutzen.

Im „Quotidien“ heißt es: Alle ernst zu nehmenden Enquêtes, besonders die der Liga für Menschenrechte, sind im Saargebiet zu dem gleichen Ergebnis gekommen, nämlich: Die Saarländer werden im Jahre 1935 wie auch jetzt den Wunsch haben, deutsch zu bleiben. Es handelt sich also für Frankreich nur darum, aus der Gegenwart Nutzen zu ziehen, indem man auf ein Plebiszit verzichtet, bei dem sich der Misserfolg aller Bemühungen um Französisierung des Gebietes bezeugen würde. Das ist der politische Standpunkt. Er kompliziert sich noch durch die Ungebuld einer Bevölkerung von 800 000 Einwohnern, die seit 1919 aller eigenen Initiative in allen Fragen der Verwaltung beraubt ist, weil sie durch eine internationale Aufsichtsbehörde verwaltet wird.

Das „Deuore“ schreibt, die Debatte über das Saargebiet müsse eine rein deutsch-französische Angelegenheit bleiben. Es handle sich nicht darum, die Saarländer der Rechte zu berauben, mit denen man sie ausgestattet habe (?), aber der Wunsch der Saarbevölkerung scheine nicht zweifelhaft zu sein. Man müsse zugeben, daß es besonders unklug sein werde, von der Stunde der Volksabstimmung etwas zu erwarten, deren Ergebnis, wenn man sie nicht verhindere, sich doch nur gegen Frankreich richten werde, um erst dann mit Deutschland die Grundlage einer wünschenswerten und dauerhaften Zusammenarbeit zu prüfen. Als Leitfaden der französischen Delegation bei den kommenden Verhandlungen solle Frankreich auf: Frankreich kann sich nicht damit einverstehen

den erklären, daß die politische Lage des Saargebietes von 1935 geändert wird, wenn man ihm nicht zusichert, daß das Saargebiet auch bis 1935 im französischen Zollverband bleibt. Beim Rückkauf der Saargruben muß man sich darüber klar sein, daß die frühere französische Schätzung von 300 Millionen Goldmark vor der Investierung französischen Kapitals und der Modernisierung der Gruben (?) erfolgt sei, wodurch der gegenwärtige Wert der Gruben erhöht worden sei. Schließlich weist das Blatt auf die wachsenden Beziehungen zwischen Frankreich und dem Saargebiet hinsichtlich der Sartohe und des lothringischen Eisenerzes hin.

Die Beurteilung in der deutschen Presse:

Auch in der deutschen Presse hat die Aufnahme der deutsch-französischen Saarverhandlungen Anlaß zu eingehender Stellungnahme gegeben. Die führende deutsche Presse hat meist in längeren, von besten Sachkennern geschriebenen Beiträgen die Bedeutung und das Ziel der Verhandlungen behandelt.

Die „Deutsch-Diplomatische Korrespondenz“ schrieb u. a.: Wenn man sich auch keinen Illusionen über die Schwierigkeiten und über die Dauer dieser Sonderkonferenz hingeben darf, so ist andererseits die Lage Deutschlands angesichts des klaren und eindeutigen Willens der Saar-Bevölkerung günstig genug, um uns ein Drängen auf einen Abschluß zu ersparen, wenn dieser nicht auf den Linien erzielt werden könnte, die für die Verhandlungen deutscherseits vorgezeichnet sind. Das gilt besonders von der politischen Seite des Problems, für die die Lösung eindeutig vorgeschrieben scheint.

Stahl in der „Vossischen Zeitung“: Der Gedanke einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet wird nirgends auf fruchtbarerem Boden fallen als in Deutschland. Aber man wird darunter in Frankreich nicht lediglich einseitig auf Kosten der deutschen Wirtschaft gehende Experimente verstehen dürfen. Der Vorschlag eines deutsch-französischen Kondominiums für die Saargruben, wie es den französischen Interessenten vorzuschweben scheint, ist für Deutschland absolut undiskutierbar. Er findet auch im Friedensvertrag keine Stütze, der Deutschland das Recht auf den Wiedererwerb des vollen uneingeschränkten Eigentums der Saargruben gibt.

Posselt in der „Berliner Börsen-Zeitung“: Verlauf und Ergebnis der Pariser Verhandlungen werden davon abhängen, ob Frankreich mit ehrlichem Willen an die Liquidierung der Saar- (Kriegs- und Reparations-) frage herangeht und ob es sich ohne Hintergedanken zur Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker bekennt. Sind diese Voraussetzungen gegeben, dann könnten die Saarverhandlungen sehr bald zu einem befriedigenden Abschluß geführt werden. Deutschlands Position in den jetzt begonnenen Pariser Saarverhandlungen ist keineswegs schlecht; feste Haltung der Delegation und einhellige Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit kann sie nur verbessern.

„Hamburger Nachrichten“: Im Gegensatz zur „Kölnischen Zeitung“ stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Prälat Kaas recht hatte, als er vor acht Tagen die Stellungnahme des Zentrums noch einmal dahin festlegte, daß ohne Befreiung der Saar auch das Zentrum den Young-Plan nicht annehmen könne. Ähnlich äußerte sich die „Kreuz-Zeitung“.

„Frankfurter Zeitung“: Alle Welt ist sich darüber klar, daß die bevorstehenden Verhandlungen lange dauern und schwierig sein werden. Auf beiden Seiten arbeitet eine starke Delegation, in der sich zahlreiche Kenner des Themas befinden. Auch am guten Willen beider Teile ist nicht zu zweifeln. Andererseits aber ist selten ein Verhandlungsgegenstand von so vielen Details und Sonderinteressen einzelner Gruppen, ja, Persönlichkeiten belastet gewesen, so daß wir mit ähnlichen mühevollen Debatten rechnen müssen, wie wir sie von den einzelnen Etappen des deutsch-französischen Handelsvertrages her kennen. Daß bis zum Beginn der zweiten Haager Konferenz ein endgültiges Ergebnis vorliegt, scheint uns so gut wie ausgeschlossen.

„Weser-Zeitung“: Fände heute die Volksabstimmung statt, so würde sie zu einer vernichtenden Niederlage für Frankreich und zu einem Beweis für die nationale Integrität der deutschen Saarbevölkerung. Das weiß man in Paris. Wir wissen es auch. Darum werten wir auch die Bereitwilligkeit zur Rückgabe der Saar keinesfalls als noble Geste edler Franzosen — dazu ist die Zeit verpakt —, sondern als

schichten Versuch, aus dem Schiffbruch in der Saar ein plattes Handelsgeschäft zu retten.

Hamburger Fremdenblatt: Es wäre töricht von Deutschland, den Franzosen einen zu hohen Preis zu bewilligen, wenn es 1935 einen schiedsrichterlich festgesetzten, gerechten Preis erwarten kann. Auf unserer Seite liegt der Vor teil, daß die deutschen Unterhändler auf überspannte französische Forderungen nicht einzugehen brauchen. Sie können sich jederzeit die Frage vorlegen, ob es nicht besser ist, ruhig zu warten.

Wälzische Rundschau: Lehnt Frankreich die bedingungslose Rückgabe ab, so bleibt nichts anderes übrig, als auf die Volksabstimmung zu warten. Dann aber kann es geschehen, daß der Young-Plan im Reichstag hängen bleibt, was ganz gewiß nicht den französischen Wünschen und Absichten entspricht.

Magdeburgische Zeitung: Das Interesse Deutschlands, das Saargebiet zu befreien, ist sicherlich sehr groß, aber nicht größer als das Interesse Frankreichs, sich die Weltblamage des Abstimmungsausfalls zu ersparen. Nun ist verschiedentlich der Gedanke vertreten worden, wir sollten die Zustimmung zum Young-Plan von einer für uns restlos befriedigenden Saarlösung abhängig machen. Wir würden das nicht für eine Kluge, ja nicht einmal für eine ungefährliche Taktik halten können, weil jede Verkoppelung dieser Dinge die Gefahr in sich birgt, die Rheinlanddräumung zu verzögern und damit unsere ganze außenpolitische Lage zu verschlechtern. Aber freilich sollten die Franzosen sich darüber klar sein, daß, wenn sie die Saarverhandlungen nicht loyal und in Anerkennung des beiderseitigen Interesses an ihrem guten Abschlusse führen, davon unvermeidlich eine psychologisch bedenkliche Rückwirkung auf die deutsche Einstellung zum Young-Plan ausgehen müßte.

Die Saarfrage im englischen Licht: Zu den Pariser Verhandlungen über das Saargebiet äußert sich der „Manchester Guardian“ ausführlich wie folgt:

„Jene Teile des Versailler Vertrages, die den Kriegszustand in Westeuropa bisher aufrecht erhielten, werden allmählich beseitigt. Im Sommer wird sich die völlige Befreiung des Rheinlandes vollzogen haben, und wenn die eben beginnenden Saar gebietsverhandlungen von gleichem Erfolg wie die Haager Konferenz gekrönt sein werden, wird eine weitere Dreimillionen von Deutschen bald wieder im Besitz ihrer vollen deutschen Bürgerrechte sein. Vorurteilsfreie Menschen haben niemals den geringsten Zweifel darüber gehegt, daß das Saargebiet rein deutsch ist. Die sagenhaften 150 000 Franzosen, deren Rechte auf der Friedenskonferenz so energisch vertreten worden waren, sind so furchtbar zusammengeschmolzen, daß sie sich bei den am vergangenen Sonntag im Saargebiet stattgefundenen Gemeindevahlen auch nicht einen einzigen Sitz zu sichern vermochten.“

Das französische Volk, ja selbst die rechtsstehenden Parteien, haben dies endlich eingesehen. Nur Herr Franklin Bouillon, ein vereinzelter „Bourbone“, unfähig zu lernen oder zu vergessen, lehnte sich gegen die „vorzeitigen“ Unterhandlungen auf. Der Stand der Dinge ist für die Franzosen ganz einfach. Im Jahre 1935 findet die Abstimmung im Saargebiet statt. Es ist aber jeden Zweifel erhaben, daß die Saargebietsbewohner für die Wiedervereinigung

mit Deutschland stimmen werden, daß sich die Franzosen zurückziehen werden müssen und daß die Gruben von den Deutschen nach Einschätzung ihres Wertes durch einen neutralen Sachmann zurückerworben werden. Sollte hingegen in der Zwischenzeit ein beiderseitiges Einvernehmen erzielt werden, so könnten sich die Franzosen als Entschädigung für ihren Verzicht auf weitere Ausbeutung der Gruben bis zum Jahre 1935 und andere ihrer Sonderrechte neue Vorteile sichern. Die Franzosen haben sicherlich durch einen ersprießlichen Ausgang der Unterhandlungen viel zu gewinnen und durchaus nichts zu verlieren. Die Deutschen haben gleich gute Gründe für das Zustandekommen guten Einvernehmens. Ganz abgesehen von politisch-opportunistischen Beweggründen, von denen die gegenwärtige deutsche Regierung beseelt sein mag, darf sie in erster Linie die humanitären Rücksichten auf die Bewohner des Saargebiets nicht außer acht lassen.

Seit zehn Jahren sind die Bewohner des Saargebiets, das keinem andern Gebiet der ganzen Welt an Hochkultur nachsteht, aller bürgerlichen Rechte der Selbstverwaltung beraubt. Sie sind dazu ausersehen worden, die schwerste Bürde der Wiedergutmachung zu tragen. Sie sind noch immer gezwungen, in Gruben, die vormals das Eigentum ihres eigenen Staates waren, für die französische Regierung zu arbeiten; sie mußten es mit ansehen, wie durch den Zwang wirtschaftlicher Verhältnisse ein Vertrieb nach dem andern von den Franzosen aufgekauft wurde, sie mußten es erdulden, daß zwischen ihrer Heimat und dem Mutterlande Zollschranken errichtet wurden, die sie vom übrigen Deutschland absonderten. Ihnen wurde eine fremdstämmige Regierung auferlegt, die durchaus nicht wohlwollend, sondern durchaus autokratisch war. Das Ansehen und die Autorität des Völkerbundes wurde dadurch beeinträchtigt, daß es für diese Regierung des Saargebiets verantwortlich gemacht werden konnte. Ganz Europa hat daher Interesse daran, daß die Pariser Unterhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß führen. Der Völkerbund, ein Instrument internationaler Versöhnung, wurde in diesem Fall zur Waffe für die Ausbeutung eines Landes im Interesse eines andern. Selbst wenn diese Ausbeutung gesehlt gerechtfertigt werden könnte, ist sie keine für den Völkerbund geeignete Aufgabe.

Die gegenwärtige Konferenz könnte die Gelegenheit benützen, daß die Vernunft in Europa wieder die Oberhand gewinnt, nicht nur unter den Industriellen und den Völkern, sondern auch unter den Politikern. Es ist das Verhängnis Westeuropas, daß die Wirtschaftseinheiten nicht mit den Klassen einheiten übereinstimmen. Dieser Nachteil kann in einen Vorteil verwandelt werden. Das Saargebiet kann zur Brücke werden, die diese Kluft überspannt, diesen Gegensatz ausgleicht. Frankreich und Deutschland können nunmehr der übrigen Welt zeigen, daß der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa mehr als bloßes Gerede ist. Wenn die gegenwärtige Konferenz es vermeiden mag, zu vermeiden, daß politische Einflüsse die wirtschaftlichen Fragen beeinträchtigen, dann kann sie berühmt werden als Konferenz, die nicht nur ein politisches Unrecht beseitigt, sondern auch die Grundlage für ein besseres, vernünftigeres Europa geschaffen hat.“

Das Saargebiet will sein Recht

Die wirtschaftliche Seite der Saarfrage

Die nun endlich in Gang gekommenen deutsch-französischen Saarverhandlungen in Paris haben erfreulicherweise die deutsche Presse veranlaßt, sich eingehender mit dem Objekt dieser Verhandlungen, dem Saargebiet, zu befassen. Fast alle größeren Zeitungen des Reiches haben in Aufsätzen die Saarfrage erörtert und zum Teil mit großer Entschiedenheit den deutschen Standpunkt dargelegt. Rechtzeitig für diese Veröffentlichungen kamen Ausführungen, die der Präsident des Saarländischen Landrats, Scheuer, als berufener Vertreter des Saargebiets und der Saargebietsbevölkerung (Ehrenmitglied des Bundes der Saarvereine) einem Vertreter des W. T. B. gegenüber machte. Er behandelte darin besonders die wirtschaftliche Seite der Saarfrage und erklärte hierzu u. a.:

„Für uns Saarländer gibt es keine andere Lösung als die Wiedereinsetzung in unsere vollen Rechte als bayerische und

preussische Staatsbürger durch unbefristete Rückgliederung zu Deutschland, unserem Vaterland.“

Gewiß ist zuzugeben, daß die Frage der wirtschaftlichen Rückgliederung in dem Augenblick, wo man an die Lösung des Saarproblems herangeht, im Brennpunkt des Interesses steht. Das beweist aber auch die auf beiden Seiten zweifelsfrei vorhandene Übereinstimmung in der Frage der politischen Zugehörigkeit dahingehend, daß das Gebiet zu Deutschland gehört und darum auf alle Fälle zu Deutschland zurück muß.

Wie diese Rückgliederung aussieht, nachdem die politische Trennung der 2000 Quadratkilometer preussischen und bayerischen Gebietes diesen Teil Deutschlands in das französische Zollregime eingegliedert hatte? Es ist natürlich, daß mit der politischen Rückgliederung auch die wirtschaftliche gelöst werden muß. Das Saargebiet mit 800 000 Einwohnern

auf 2000 Quadratkilometer, zeigt in seiner wirtschaftlichen Struktur eine so glückliche Mischung, wie man sie wohl selten in Deutschland antrifft. Mit Gibraltar und Monaco ist es — prozentual — das dichtest bevölkerte Gebiet Europas, nahezu ein Viertel seiner Bevölkerung (200 000 Menschen) sind Angestellte und Arbeiter, was den Charakter als ausgeprochenes Industriegebiet kennzeichnet. Nichtsdestoweniger stehen auch Landwirtschaft, Handel und Gewerbe im Saargebiet in Blüte. Mehr als die Hälfte des Bodens ist Ackerland, 30 Prozent sind Wald. Ein besonderes Charakteristikum sind neben den 6000 landwirtschaftlichen Hauptbetrieben die etwa 40 000 Nebenbetriebe.

Wie diese entstanden? In Vorkriegszeiten war es im Saargebiet für den Arbeiter selbstverständlich, ein eigenes Haus zu erwerben, seine Kartoffeln möglichst auf eigener Scholle zu pflanzen und eine oder zwei Ziegen zu halten. So erhielt das Saargebiet eine Bevölkerung, die trotz ihres industriellen Charakters eine Seßhaftigkeit zeigt, wie man sie in rein ländlichen Gegenden nicht ausgeprägter antrifft.

Diese Seite des Saarproblems spielt nun in der ganzen Frage eine sehr wesentliche Rolle. Bei solcher Struktur kann keine Rede davon sein, irgendwelche Verpflanzungen vorzunehmen, vielmehr muß die zu suchende Lösung der Bevölkerung Arbeit und Brot an Ort und Stelle sichern.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse vor dem Kriege?

Der Bergbau produzierte im Durchschnitt 13 Millionen Tonnen jährlich. Bei dem auf 13 Milliarden Tonnen geschätzten Kohlenreichtum der Gruben können wir also hier im bisherigen Tempo noch tausend Jahre hindurch Kohle abbauen. Diese Kohle, eine ausgezeichnete Gaskohle, ging in Friedenszeiten zu einem sehr großen Teil in die städtischen Gaswerke Süddeutschlands. Im letzten Friedensjahr gingen nur acht Prozent der Förderung nach Frankreich, sechs nach der Schweiz, drei nach Luxemburg, Österreich und Italien, 12,7 Prozent aber nach Elsaß-Lothringen. 1913 war der Förderungswert rund 150 Millionen Mark. Diese Gruben mit einem Gesamtkomplex von 50 Kilometer Länge und bis zu 20 Kilometer Breite und mit über 150 Schächten gingen am denkwürdigen Tage der Versailler Vertragsunterzeichnung an Frankreich über. Die Uebergabe geschah völlig schulden- und lastenfrei; im Versailler Vertrag wurde sie in erster Linie mit der Entschädigung für die Zerstörung der nordfranzösischen Gruben begründet.

Nein, die Entschädigung war nicht angemessen, denn der Förderausfall in Nordfrankreich wird mit etwa 66 Millionen Tonnen angegeben, bis heute aber schon haben die Franzosen aus den Saargruben über 100 Millionen Tonnen herausgeholt. Damit ist also die Rückgabe der Saargruben an Deutschland logischerweise längst fällig.

Aber der Versailler Vertrag will ja die Uebergabe nicht nur als Entschädigung für die Zerstörung der Gruben Nordfrankreichs, sondern nach Artikel 243 auch als „Wiedergutmachungen“. Und aus diesem Grunde pocht Frankreich auch weiterhin auf seinen Besitz an den Saargruben, und das ganze Problem unterliegt deshalb jetzt der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich.

Ob sich die alten Absatzverhältnisse erhalten haben?

Es ist klar, daß der Absatz der geförderten Kohle mit dem Wechsel im Besitzer der Gruben eine Verschiebung erfuhr. Heute wird die Saarkohle zur Hälfte an der Saar und in Deutschland verbraucht, zu zehn Prozent in Elsaß-Lothringen, und nach Frankreich, das früher nur acht Prozent der Förderung abnahm, geht heute ein Viertel.

Die Frage nach dem Absatz der Saarkohle aus dem rückgegliederten Saargebiet ist bei dem Kohlenreichtum Deutschlands erklärlich, die Antwort aber verhältnismäßig einfach. Die Hüttenindustrie bezieht ihr Erz vornehmlich aus Elsaß-Lothringen und nichts steht im Wege, Kohle und Erz auf dem Wege des einfachen Vertrages (Zölle bestehen hier nicht) austauschweise zu verkaufen.

Was hat der Absatz der Saarkohle mit der Nationalität des Besitzers der Gruben zu tun? Frankreich bezieht doch in großer Menge englische Kohle, und es ist nicht bekannt, daß Frankreich jemals den Anspruch erhoben hätte, an den Gruben Englands irgend einen Besitzanteil zu erhalten. Darüber hinaus jedoch wird die ausgezeichnete Qualität der Saarkohle (als Gaskohle)

den Markt in Deutschland sehr bald zurückerobern. Die Frage des Absatzes der Saarkohle kann eine ernste Beunruhigung keineswegs hervorrufen, wenn es natürlich auch Aufgabe des künftigen und rechtmäßigen Besitzers sein wird, sich um einen guten Absatzmarkt zu bemühen.

Ja, auch hier verlautet sehr bestimmt, daß Frankreich den früheren Abzug seiner Truppen aus dem Saargebiet sich damit entschädigen lassen wolle, daß die Saargruben zu einem internationalen Betrieb zu gestalten seien, auf den Frankreich für alle Zeiten einen bestimmten Einfluß habe. Solche Erwägungen lehnt die gesamte Bevölkerung des Saargebiets debattelos ab. Die Forderung geht einfach und klar dahin, daß die Gruben an Preußen und Bayern so wieder übergeben werden müssen, wie sie es vor 1919 waren. Auch eine Bergesellschaftung innerhalb des Deutschen Reiches lehnt die Saarbergarbeiterschaft ab. In dieser Frage gibt es nur eines, was die Bevölkerung billigt: Unverkümmerte Rückkehr in die alten Besitzverhältnisse.

Etwas anderes ist es mit der Frage, inwieweit Frankreich an Kohlenlieferungen interessiert ist. Darüber wird der rechtmäßige Besitzer (Bayern/Preußen) wahrscheinlich mit sich reden lassen und eine Klärung dieser Frage auf dem Wege einfacher Verträge wird im Interesse der beiderseitigen Wirtschaften und damit auch der Saarbevölkerung liegen.

Sie fragen nach der neuen Lage für unsere Hüttenindustrie. Für diese gilt im wesentlichen alles schon Gesagte. Diese Saarindustrie hatte 1913 mit ihren lothringischen Tochterwerken eine Stahlerzeugung von über zwei Millionen Tonnen, das Absatzgebiet hauptsächlich in Deutschland. Die Erze wurden in der Hauptsache aus Lothringen bezogen, und dieses Interesse an den lothringischen Erzen kann man als das Gegenstück zu den Verhandlungen mit Frankreich über den Absatz der Saarkohle ansehen.

Unleugbar kompliziert liegen die Verhältnisse bei der weiterverarbeitenden Eisenindustrie. Diese war vor dem Kriege vollkommen auf den deutschen Markt eingestellt; Frankreich kam weder als Lieferant noch als Abnehmer in Betracht. Die weiterverarbeitende Industrie hatte in den letzten Jahren sehr schwer zu kämpfen und konnte sich nur mit zollfreien Kontingenten und dergleichen lebensfähig erhalten. Dieser Zustand führte begreiflicherweise dazu, daß sie sich in Frankreich nach Absatzgebiet umschah. Selbstverständlich kann auch dieser Umstand die politische Zukunft des Saargebiets nicht beeinflussen.

Die Glasindustrie setzt ihre Erzeugnisse, wie erwähnt, zum größten Teil nach Deutschland ab, und damit ist ohne weiteres das Interesse der Glasindustrie an dem Schicksal des Saargebietes gekennzeichnet.

Auf dem Gebiete des Handels war das Saargebiet früher der Zentralmarkt für die im Umkreise angrenzenden Landwirtschaften der unteren Saar, der Hunsrück- und der Nahegegend, der Pfalz und Elsaß-Lothringens. Die Zollabschnürung zerstückte diesen alten Saarmarkt und wies den Saarhandel im wesentlichen auf das eigene Gebiet an. Aber auch nach der Zollabschnürung blieb das Verlangen nach deutscher Ware im Saargebiet trotz aller Erschwernisse des Bezuges aus Deutschland immer lebendig, und ungeachtet aller Zölle war die Einfuhr aus Deutschland im Jahre 1928 mit 115 Millionen fast doppelt so groß wie 1925. Der Saarhandel ist der Ansicht, daß er nur nach Wiedereingliederung in die deutsche Wirtschaft wieder Lebensraum gewinnen kann.

Welche Absicht dem Zollsystem zugrunde lag? Das Saargebiet sollte eben nach und nach für die Angliederung an Frankreich reif gemacht werden. Die erzwungene Zollunion hat sich aber in der Praxis als lebensunfähig erwiesen, und die Saarkwirtschaft blieb in ihrer Gesamtheit ein Glied der deutschen Wirtschaft.

Gewiß, man kann gewisse Verbundenheiten mit der französischen Wirtschaft nicht leugnen, sie sind doch aber ausschließlich auf die lange Verbundenheit des Saargebietes mit dem ehemals deutschen Elsaß-Lothringen zurückzuführen, und soweit hier die wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen wünschenswert erscheinen lassen, können diese Interessen sehr wohl durch Verträge gewahrt werden, ohne daß dem nationalen und kulturellen Willen der Bevölkerung des Saargebietes Gewalt angetan zu werden braucht.

Nun ja, es ist richtig, daß das Saargebiet in Frankreich erhebliche Mengen Waren gekauft hat; Frankreich gibt etwa 350

Millionen Mark an. Dieser Betrag ist nicht nachzuprüfen, aber selbst wenn man ihn für richtig halten will, steht dem gegenüber, daß das Saargebiet für einen nicht viel geringeren Betrag Waren nach Deutschland verkauft hat. Hätte Deutschland seine Grenze gesperrt und diese Waren nicht hereingelassen, wäre es mit der Kaufkraft des Saargebietes bald am Ende gewesen. Es steht also fest, daß die Einnahmen des Gebietes zu einem wesentlichen Teil dem Absatz nach Deutschland zu verdanken sind, und daß es deshalb das Gebotene ist, die Kaufkraft des Saargebietes auch Deutschland und der deutschen Wirtschaft zugute kommen zu lassen.

Die Frage nach den sozialpolitischen Begleitererscheinungen der Rückgliederung des Saargebietes in das deutsche Vaterland ist angebracht. Gerade sozialpolitische Gründe fordern raschste Rückgliederung des Gebietes. Das Saargebiet zählt 230 000 gegen Krankheit versicherte Personen, 22 000 Kriegsrentenempfänger, 36 000 Invaliden-, Witwen- und Waisentrentner, 25 000 Unfallbeschädigte, 38 000 Knappschaftspensionäre. Die Sozialversicherung Deutschlands war vor dem Kriege mustergültig in der ganzen Welt. Nach dem Zusammenbruch wieder aufgebaut, steht sie heute ebenso bewunderswert wieder da. Die Sozialversicherung unseres Saargebietes wurde trotz aller Warnungen mit dem Einzug der Regierungskommission von der deutschen Sozialversicherung abgetrennt mit dem Erfolg, daß dann doch sehr bald mit dem Reiche Fühlung und Beziehungen wieder aufgenommen werden mußten, weil die Sozialgesetzgebung ohne die Hilfe des Reiches nicht durchführbar war. Allein auf dem Gebiet der Invalidenversicherung zahlt das Reich heute jährlich über 10 Millionen Mark in das Saargebiet.

Es gibt auch Bestrebungen, die in guter Meinung die Ueberführung in einen unklaren Zustand zeitigen würden. Solche Leute geben durchaus zu, daß das Gebiet politisch wieder zum Reiche kommen muß, vertreten aber hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Struktur die Ansicht, daß der zehnjährige Zustand sich doch eigentlich bewährt habe, und die bessere Lösung die sei, das heutige Saargebiet dem Deutschen Reiche politisch als eine Provinz wieder einzugliedern und den heutigen wirtschaftlichen Zustand mit etwaigen Modalitäten zu belassen.

Demgegenüber steht die Bevölkerung des Saargebietes einmütig zusammen darin, daß sie über alle diese Dinge nicht verhandeln lassen will. Die Bevölkerung kennt auch hier nur die Forderung, daß das Gebiet wieder so zum Reiche zurück müsse, wie es abgetrennt wurde, und daß es dann Sache der Bevölkerung innerhalb des Deutschen Reiches ist, wie sie sich dann einrichten will.

Daß unseren deutschen Nachbargebieten durch das heutige Zollsystem das Saargebiet als Absatzmarkt entzogen ist, weiß ich ebenso gut wie Sie. Insbesondere ist der Absatz landwirtschaftlicher Produkte aus der Pfalz und aus der preußischen Rheinprovinz hier sehr erschwert worden. Die Saargebietsbevölkerung aber gönnt der Landwirtschaft dieser Gebiete von Herzen, daß sie zur Erhaltung ihrer Existenz recht bald wieder in das Saargebiet liefern kann. Besonders gilt das für die Pfalz, die vor dem Kriege bis in die Gegend von Kaiserslautern hin an der Belieferung des Saargebietes mit Vieh und landwirtschaftlichen Produkten beteiligt war.

Kein anderer als der Kanadier Stephens, der dreieinhalb Jahre in der Regierungskommission tätig war, hat erklärt, daß unsere Bevölkerung wieder zu ihrem Vaterland zurück wolle, und daß es gleichgültig sei, ob die Abstimmung 1935 oder 1950 stattfindet. Ein früheres Mitglied der Regierungskommission, der Kanadier Waugh, hat das Saargebiet das Unruhezentrum Europas genannt. Wenn heute die Mächtigen der Welt zusammensitzen, über Wege zu beraten, die der Menschheit wenigstens auf absehbare Zeit den Frieden sichern sollen, dann hat die Saarbevölkerung den Wunsch, daß über die wirtschaftliche Frage hinaus die Saargebietsfrage eine Lösung finde, die aus dem heutigen Unruhezentrum eine Brücke der Verständigung der beiden großen Völker, Deutschlands und Frankreichs, schafft.

*

Forderungen der Saarwirtschaftskonferenz zur Rückgliederung.

Zur Aussprache über die Frage der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saargebietes, insbesondere der Saarpfalz, an Deutschland veranstaltete der Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei vom 16. bis 18. November eine Reihe von Besprechungen in der Pfalz.

Die zusammenfassende Saarwirtschaftskonferenz fand in Homburg statt. Einmütig war die Konferenz der Auffassung, daß eine Rückgliederung nicht in Form einer neuen Saarprovinz oder eines eigenen Saarlandes in Frage kommen dürfe, sondern einzig und allein eine Rückkehr zu den Ländern Bayern und Preußen nach dem territorialen Stand vor Schaffung des Saargebietes.

Unter dem Ausdruck aufrichtigen Dankes an die bayerische Staatsregierung, besonders den Ministerpräsidenten Dr. Heß und den Innenminister Dr. Stügel für ihr immer bewiesenes tatkräftiges Interesse an den Angelegenheiten der Saarpfalz, ersucht die Wirtschaftskonferenz die bayerische Regierung, bei den bevorstehenden Saarverhandlungen nachstehende Gesichtspunkte geltend zu machen:

1. Einschaltung einer entsprechenden Uebergangszeit für Umstellung der saarländischen Wirtschaft auf die Eingliederung in das deutsche Wirtschaftsleben,
2. entsprechende Uebergangsbestimmungen für organische Ueberleitung des Steuer Systems in die deutschen Steuergesetze,
3. Sicherstellung der Landwirtschaft in ihren Produktionsgrundlagen und ihren Absatzgebieten und auch Maßnahmen zur Förderung der Qualität und systematischer Ausbau der Verkaufsmöglichkeiten,
4. Vorsorge für die Sicherung der Arbeitsmöglichkeiten und der Bodenständigkeit der eingegliederten Arbeiterschaft, insbesondere in den bayerischen Gruben.

Rundgebung der Saarlehrerschaft

Die Vorsitzenden sämtlicher Lehrerverbände des Saargebietes und sämtliche Mitglieder der Lehrerkammer beschlossen einstimmig die Veröffentlichung nachstehender Rundgebung:

„In dem Augenblick, da sich die Vertreter Deutschlands und Frankreichs anschicken, auch die Saarfrage endgültig zu regeln, erklären die Lehrer und Lehrerinnen der deutschen Volksschulen des Saargebietes:

„Die Lehrerschaft, die sich durch ihre Erziehungs- und Bildungsarbeit in besonders inniger Verbundenheit mit dem Denken und Fühlen der Bevölkerung weiß, begrüßt die bevorstehenden Verhandlungen und hegt die bestimmte Erwartung, daß ihr Ergebnis dem einheitlichen Willen der Saarbevölkerung auf baldige Wiedervereinigung mit dem Mutterlande entspricht, mit dem sie durch die Bande des Blutes, der Sprache und der Kultur unlösbar verbunden ist.

Sie hofft, daß die Verhandlungen vom Geiste wahrer Völkerverständigung getragen werden, jener Verständigung, die eine Beeinträchtigung der nationalen Kultur durch unerwünschte fremde Einflüsse ausschließt und jede Feindschaft zwischen den Nationen im Keime ersticht.“

Die Rundgebung ist unterzeichnet: Kath. Lehrerverband des Saargebietes. — Verband kath. Lehrerinnenvereine im Saargebiet. — Saarverband der freien Lehrervereine. — Vereinigung der Lehrer und Lehrerinnen des Saargebietes. — Landesverband Saarbrücker Volksschullehrerinnen für das Saargebiet. — Retorenverein. — Sozialistische Lehrergruppe für das Saargebiet. — Bezirkslehrerverein Homburg-St. Ingbert. — Kath. Lehrerverein St. Ingbert-Homburg-Blieskastel. — Kath. bayr. Lehrerinnenverein Saarpfalz. — Lehrerkammer für das Saargebiet.

Der Deutsche Landkreistag an die Saarkreise

Gelegentlich einer großen Tagung der westlichen Landkreise in der äußersten Grenzzede unseres Vaterlandes in Trier in Anwesenheit einer großen Zahl von Behördenvertretern und Abgeordneten begrüßte der Präsident des Deutschen Landkreistages Dr. v. Stempel auch die Vertreter der Saarkreise. Er wies darauf hin, daß es der kommunalen Selbstverwaltung des Saargebietes gelungen sei, den rein deutschen Charakter des Gebietes zu erhalten. Es bestände jetzt die Hoffnung, daß recht bald die 700 000 Menschen des Saargebietes und dadurch auch die Landkreise wieder in ihren früheren Verband zurückkehren. Alle übrigen deutschen Landkreise würden es sich zur Pflicht und Aufgabe machen, der Selbstverwaltung des Saargebietes nach ihrer Rückkehr die Beiden des letzten Jahrzehnts vergessen zu machen.

Saargruben-Debatte im Preussischen Landtag

Preußen verlangt „volles Verfügungsrecht über die Saargruben ohne jede Bindung“.

Die Regierungsparteien hatten im Preussischen Landtag eine gemeinsame Große Anfrage über den künftigen Besitz der Saargruben nach der Rückgliederung des Saargebietes eingebracht. Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Die Öffentlichkeit ist beunruhigt wegen der Ungewißheit über das künftige Schicksal der Saargruben. Nachrichten aus Frankreich sprechen davon, daß die Saargruben nicht in den Besitz des preussischen Staates zurückgelangen sollen, sondern daß vielmehr eine Beteiligung des französischen Kapitals an ihnen vereinbart werden soll. Angeblich soll auch seitens der Privatwirtschaft in Deutschland versucht worden sein, Stimmung gegen eine Rückgabe der Saargruben an den preussischen Staat zugunsten einer Überführung in private Hände zu erzeugen. Wir fragen das Staatsministerium:

1. Sind diese Nachrichten der Staatsregierung bekannt?
2. Ist die Staatsregierung wie bisher bereit, entsprechend der unabweisbaren Rechtslage für die bedingungslose Rückgabe der Saargruben in den Besitz des preussischen Staates einzutreten?
3. Hat die Staatsregierung gegenüber der Reichsregierung diesen Standpunkt vertreten?

In der Freitagssitzung des Preussischen Landtags kam diese Interpellation zur Besprechung, nachdem sich die Preussische Staatsregierung zur Beantwortung bereit erklärt hatte. Die Anfrage wurde von dem Abgeordneten Haas-Köln (Soz.) begründet, der u. a. betonte, daß die Bemühungen der französischen Wirtschaft um den Besitz der Saargruben am Widerstand des deutschen Volkes scheitern würden. Auffallend sei, daß Bestrebungen gewisser deutscher Wirtschaftskreise im Gange seien, die darauf hinausläufen, die Gruben in gemeinsamen deutsch-französischen Privatbesitz zu bringen. Besonders der Großindustrielle Otto Wolf aus Köln vertrete diese Bestrebungen. (Lebh. hört, hört!) Das internationale Privatkapital wolle auf dem Rücken der Saarbevölkerung Geschäfte machen. Denn Wolf habe erklärt, wenn die Saargruben in Privatbesitz kämen, könnten die Kohlenpreise gesteigert werden. Die preussische Regierung habe die Pflicht, solche Pläne dadurch zu durchkreuzen, daß sie die restlose Rückgabe der Saargruben in den preussischen Staatsbesitz mit aller Entschiedenheit fordere.

Die Erklärung der preussischen Staatsregierung.

Die Antwort der preussischen Staatsregierung wurde von dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun selbst gegeben. Er erklärte folgendes:

Dem Staatsministerium sind in der letzten Zeit Mitteilungen darüber zugegangen, daß interessierte Persönlichkeiten der Privatwirtschaft am Werke sein sollen, um die Rückgabe der Saargruben in das Eigentum des Preussischen Staates zu verhindern und Einfluß an ihnen durch Beteiligung privatwirtschaftlichen Kapitals zu erreichen. Diese Versuche sollen sich einmal nach der Richtung hin erstreckt haben, daß innerhalb Deutschlands Stimmung für solche Gedanken in der Presse und in maßgeblichen Kreisen der deutschen Industrie gemacht worden ist. Darüber hinaus soll sogar auch in Frankreich mit verschiedenen Kreisen in der gleichen Richtung Fühlung genommen worden sein.

Die Staatsregierung weiß, daß es sich bei solchen Versuchen nur um ein unverantwortliches Vorgehen einzelner handeln kann. Die Staatsregierung erklärt aber ausdrücklich, daß sie jeden dahingehenden Versuch auf das schärfste verurteilt. Jeder private Eingriff, der gegen die Durchführung der Saargruben in den uneingeschränkten Staatsbesitz gerichtet ist, bedeutet besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt eine schwere Gefährdung der nationalen Möglichkeiten Deutschlands und eine Verletzung der berechtigten Interessen der Saarbevölkerung.

Die Staatsregierung wird allen solchen, gegen das nationale Interesse gerichteten Versuchen entschieden entgegentreten. Die Staatsregierung weiß, daß sie mit dieser Auffassung auch den einmütigen und wiederholt geäußerten Willen der gesamten Saarbevölkerung zum Ausdruck bringt.

Zu der Frage der Rückgabe der Saargruben an den preussischen Staat hat die Staatsregierung seit dem Ausscheiden des Saargebietes aus der preussischen Staatshoheit ständig in klarer, einheitlicher Linie, die auch rechtlich unanfechtbare Auffassung vertreten, daß bei der Rückgliederung des Saargebietes dem preussischen Staat ein unbedingter Anspruch auf die uneingeschränkte und unbelastete Rückführung der Saargruben in den Staatsbesitz zusteht. Im Januar 1927 hat die Staatsregierung

diesen ihren Standpunkt in einem Kabinettsbeschlusse ausdrücklich festgelegt. An dieser Stellungnahme hat sich nichts geändert. Die Staatsregierung hält nach wie vor an ihrer Forderung fest, wie sie auch der klaren Rechtslage entspricht.

Der Reichsregierung ist diese Stellungnahme der Staatsregierung auch bekanntgegeben worden. Insbesondere ist auch der Kabinettsbeschluss vom Jahre 1927 der Reichsregierung offiziell mitgeteilt worden. Noch vor wenigen Tagen hat die Staatsregierung in einem besonderen Schreiben an den Herrn Reichskanzler erneut darauf hingewiesen, daß sie ihrer künftigen Stellungnahme entsprechend, den Anspruch erheben muß, das volle Verfügungsrecht über die Saargruben ohne jede Bindung zurückzuerhalten. Der Herr Reichskanzler hat auf dieses Schreiben hin zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung die Auffassung der Preussischen Regierung in dieser Frage völlig teile, und die bestimmte Versicherung abgegeben, daß die Reichsregierung sich für die Durchführung der preussischen Auffassung mit allen Mitteln einsetzen würde.

In der Debatte nahm zunächst der erst vor wenigen Wochen in den Landtag eingezogene

saarländische Abgeordnete Hüllenbrand

das Wort. Er erklärte u. a.: Die Bevölkerung an der Saar hängt mit allen Fasern ihres Herzens an der deutschen Schicksalsgemeinschaft. Sie ist deutsch in guten und in bösen Tagen (lebh. Beifall). Auch einstimmige Menschen in Frankreich betonen, daß die Saarbevölkerung niemals französisch werden wird. Der Zentrumsführer Prälat Kaas hatte recht, als er in Saarbrücken ausführte: „Eigentlich hätte der Völkerbund und Frankreich an dem Tage aus Saarbrücken ausziehen müssen, als Deutschland in Genf einzog!“ Von den schwebenden Verhandlungen erwarten wir die restlose Rückgabe des Saargebietes überhaupt an das Reich, die restlose Rückgabe der Saargruben an den preussischen Staatsbesitz. Im Vordergrund sollte nicht das Geschäft, sondern die Frage, wie das an der Saarbevölkerung begangene Unrecht wieder gut gemacht wird, stehen. Französische Verständigungsreden, denen die Tat fehlt, machen bei uns keinen Eindruck. Wir sind dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar, daß er die Auffassung der preussischen Staatsregierung hier noch einmal eindeutig vorgetragen hat. Ich kann erklären: Die Saarbevölkerung vertritt die gleiche Auffassung. Um jeden Zweifel auszuschließen, möchte ich nochmals feststellen: Wir erwarten von den Verhandlungen

1. die restlose politische Wiederangliederung des Saargebietes an das Reich bzw. die Länder Preußen und Bayern;
2. restlose Rückgabe der Gruben an den preussischen und bayerischen Staat. Keinerlei Beteiligung Frankreichs oder französischer Industrieller an den Saargruben. Führung der Gruben durch die Staaten Preußen und Bayern unter völliger Ausschaltung privater Unternehmungen;
3. Freigabe der früheren Reichsbahnen soweit sie im Saargebiet liegen und heute noch unter französischer Verwaltung stehen. Ueberhaupt Ausscheidung jeglichen französischen Einflusses in öffentlichen Angelegenheiten unseres Gebietes.

Namens der gesamten Saarbevölkerung richte ich von dieser Stelle die Bitte an die Führer der innerdeutschen Wirtschaft, uns im Stadium des Endkampfes keine Schwierigkeiten zu machen. Ja, wir warnen mit größtem Ernst vor Helfershelfern französischer Industrieller, die umherziehen, um mit Hilfe der Privatwirtschaft eine Internationalisierung der Saargruben zu erreichen. Wir haben zur deutschen Verhandlungsdelegation das Vertrauen, daß sie ihre Mission im hierbezeichneten Sinn vertreten wird. Dabei haben wir noch den Wunsch, daß sie sich bei allen entscheidenden Gelegenheiten den Rat der aus dem Saargebiet bestimmten Vertreter nutzbar machen wird. Saarbergbau und Industrie sind absolut lebensfähig. Wir hoffen, daß Reich und Preußen für den Tag der Rückgliederung ein großzügiges Programm bereit halten, und dessen Verwirklichung sofort herangetreten werden kann. Insbesondere erwarten wir, daß der Herr Handelsminister als zukünftiger Verwalter der Gruben seine in diesem hohen Hause feierlichst gemachten Zusagen, daß jeder Saarbergmann sein Brot auf heimischer Scholle verdienen kann, wahr machen wird. Die Drohungen Otto Wolfs lassen die Arbeiterschaft an der Saar kalt. Die Saararbeiterschaft ist elf Jahre lang mit Frankreich fertig geworden, sie wird auch mit Reaktionären aus Deutschland fertig werden.

Der deutsche nationale Redner, Abg. Bachem, führte u. a. aus, daß seine Fraktion völlig einheitlich auf dem Boden der Erklärung des Ministerpräsidenten stehe. Auch die Vorwürfe, die der Abgeordnete Haas gegen Otto Wolf erhoben habe, würden

von den Deutschnationalen in weitestgehendem Maße gebilligt. Frankreich wolle den Versuch machen, zunächst die wirtschaftliche Seite des Saarproblems zu lösen und die politische zurückzulassen. Es wäre erwünscht, daß der preußische Ministerpräsident durch eine besondere Erklärung die Priorität der politischen Fragen feststellt und bei der Reichsregierung fordert, daß die deutschen Unterhändler entsprechend angewiesen werden. Gegenüber der französischen Meinung, daß Deutschland die Volksabstimmung an der Saar fürchte, ist zu betonen, daß dieses Plebiszit gerade die stärkste Waffe Deutschlands an der Saar ist. Denn die Volksabstimmung wird beweisen, daß der Versailler Vertrag auf Lügen aufgebaut ist, auch wenn er vermutet, die Saarbevölkerung wolle fort von Deutschland. Man sollte auf schnelle Durchführung dieser Volksabstimmung dringen. Das Saarproblem ist eine Lebensfrage des ganzen deutschen Volkes, ohne Unterschied der Parteien.

Nachdem der kommunistische Abgeordnete Sobotta sowohl gegen das Zentrum wie gegen die Sozialdemokraten polemisiert und erklärt hatte, daß Röchling über die Übernahme der Saargruben mit Frankreich schon im Jahre 1926 verhandelt habe, sprach der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Heiman. Er hob hervor, daß seine Fraktion die Behandlung der Großen Anfrage zu einer einmütigen Rundgebung dieses Hauses gestalten wolle. Die Stellung der Deutschen Volkspartei zu der Frage sei eindeutig: Wir halten unbedingt daran fest, daß die Saargruben, soweit sie früher dem Preußischen Staat gehörten, unbedingt wieder in dessen Besitz gelangen müssen. Wir begrüßen deshalb die dahingehenden sachlichen Erklärungen des Ministerpräsidenten und erwarten bestimmt, daß die preußische Staatsregierung sich auch weiter mit allen Kräften beim Reich dafür einsetzt, daß die unantastbaren Rechte Preußens auf die Saargruben bei den jetzt begonnenen Verhandlungen wieder hergestellt werden. Wir wollen nicht vergessen, daß die Saarbergleute trotz schwersten wirtschaftlichen Drucks und trotz mangelnder Sorge seitens Frankreichs nicht einen Augenblick in ihrer nationalen Haltung geschwankt haben. Wir erwarten daher von der Staatsregierung das eifrigste Bemühen, daß diese treuen Saarbergknappen bei der Rückkehr zum großen deutschen Vaterland und zu Preußen der deutschen Bergarbeiterschaft in rechtlicher und sozialer Beziehung völlig gleichgestellt werden. Unseren treuen aufrichtigen Dank an sie wollen wir ausdehnen auf die gesamte Saarbevölkerung. Sie hat in edler Einmütigkeit an der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich festgehalten.

Wir dürfen darum erwarten, daß dem Saargebiet neben dem politischen Uebergang besonders auch der wirtschaftliche Uebergang erleichtert werde. Nur dann wird es möglich sein, daß die Wunden, die die Besatzung, die Eingriffe und Vergewaltigungen aller Art dort dem viel verzweigten Wirtschaftsleben geschlagen haben, geheilt werden.

Abg. Falk (Dem.) erklärte u. a.: Daß das Saargebiet an Deutschland zurückkommt, kann für keinen Deutschen ein Problem sein. Das Saargebiet muß schnellstens zu Preußen-Deutschland zurück. Es würde auf den einmütigen Widerstand Deutschlands stoßen, wollte man jenseits des Rheins den Traum zu verwirklichen suchen, auch nur gewisse Teile des Saargebiets, evtl. nur wirtschaftlich nach Frankreich zu bekommen. Das Saargebiet muß unverkümmert an Kultur und Wirtschaft zu uns zurückkehren. Kein Fuß breit deutschen Landes ist uns feil. Wir gehen auch auf dem Schleichwege über Wirtschaftsfragen nichts von der Saar frei. Wer, wie ich, am Rhein, der deutsch ist und bleiben wird, wohnt und dort die Bestrebungen Frankreichs beobachtet, merkt auch dort den französischen Versuch, über wirtschaftliche Beteiligung zur politischen Machtbeteiligung zu kommen. Am Rhein muß wie an der Saar dieser Versuch zerschellen. Die Franzosen haben Raubbau an den Saargruben getrieben. Wenn die Saargruben in Privatbesitz kämen, würden sie zum Schaden der Saarbevölkerung wegen ihrer jahrelangen Ertragslosigkeit zurückgehen. Treue um Treue. Wir fehlt jedes Verständnis dafür, wie man eine französische Beteiligung in dem Augenblick fordern kann, wo unter dem Druck französischer Bajonette um die Rückgabe der Saar verhandelt wird. Ein solcher Versuch stößt auf den einmütigen Widerstand des deutschen Volkes.

Abg. von Dettien (Wirtschft.) stimmt der Erklärung des Ministerpräsidenten zu und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten, daß jeder private Eingriff besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt abzulehnen sei, nicht dahin gedeutet werden darf, daß solche Eingriffe später für möglich gehalten werden.

Abg. Pohl (Dt. Frakt.): Wenn ein deutscher Wirtschaftsführer für ein internationales Wirtschaftsabkommen eintrete, so zeige das, wie weit der Materialismus vordringe. Das Saarland habe nie einen Zweifel an seiner treuen deutschen Gesinnung gelassen. Es müsse den Rechtszustand wieder erhalten, in dem es sich früher befand. Wirtschaftsführer dürften da nicht hineinreden. Die Saarbewohner wollen deutsch sein, sie wollen aber auch frei sein, wie die Väter waren.

Damit war die Anfrage erledigt.

Clemenceau †.

Der französische Staatsmann Clemenceau, genannt der „Tiger“, ist nach schwerem und langem Lodeskampfe gestorben. Sein Tod ist in ganz Frankreich mit großer Trauer aufgenommen worden. Auch im Ausland hat man ihm beachtliche Nachrufe gewidmet. Seit der Niederlage Frankreichs im Jahre 1871 hatte der Groß über Deutschland in seinem Herzen nicht geschwiegen. Drei Kriegsjahre hindurch mußte er sein explosives Temperament bändigen; im vierten, nach der bolschewistischen Revolution, als die Alliierten einen Augenblick lang befürchten mußten, Deutschland werde im Osten Frieden schließen und seine ganze Kraft gegen den Westen wenden, wurde der Mann an die Spitze der Regierung Frankreichs berufen, in dem man die Verkörperung aller jakobinischen Eigenschaften, vorab aber des härtesten Willens erblickte. Oft zitiert wurde sein in der höchsten Not gesprochenes Wort: „Ich schlage mich vor Paris, in Paris oder hinter Paris.“ Er galt den Franzosen als der Vater des Sieges, er ist auch der eigentliche Vater des Versailler „Friedens“, der, wäre es nach ihm gegangen, noch härter ausgefallen wäre. Dann brach seine phantastische Laufbahn plötzlich ab.

Das Saargebiet erblickt in Clemenceau zudem noch den Schöpfer des Saarstatuts, das ihm das harte Los der letzten elf Jahre gebracht hat. Clemenceau ist es gewesen, der mit großen pathetischen Worten, mit falschen Angaben, schiefen Darstellungen und großen nationalem Elan moralische und rechtliche Bedenken Wilsons zu überwinden versuchte und leider auch zu überwinden verstand. Eines der Opfer seiner Politik ist das Saargebiet geworden. Die Regelung, die darüber in Versailles zustande kam, ist im wesentlichen auf den Clemenceauschen Betrug mit der angeblichen Saarländeradresse von den „150 000 Saarfranzosen“ zurückzuführen. Damals galt für Clemenceau nicht das Wort, daß ein Land und seine Bevölkerung nicht zu verkaufen sei. Clemenceau hat zwar das Saargebiet nicht zu kaufen versucht, er hat es durch ein Betrugsmanöver Frankreich einzuverleiben sich bemüht. In einem offenen Brief an

Coolidge im Jahre 1927 prägte Clemenceau das stolze Wort: „Frankreich ist nicht zu verkaufen, selbst nicht an seine Freunde.“

Was er aber in Versailles hinsichtlich des Saargebiets tat, kam zwar nicht einem Verkauf, aber einem durch Vorspiegelung falscher Tatsachen eingeleiteten unfairen Handel verzweifelt nahe. In dem Brief an Coolidge verlangte er, da es sich hier um die französischen Kriegsschulden an Amerika handelte, die Anerkennung des Grundsatzes, daß niemand sein Vaterland, seinen Heimatboden verkaufen kann und darf, daß vielmehr die lebende Generation das unabhängig ihren Enteln hinterlassen muß, was sie von ihren Vätern übernommen hat. Wie hat Clemenceau diesen Grundsatz vertreten, als es sich darum handelte, das Saargebiet zu rauben? Die Bestrebungen, die Clemenceau in Versailles hinsichtlich des Saargebiets verfolgte, und die im wesentlichen auch zum Ziele führten, hat die deutsche Friedensdelegation in ihrer Note vom 13. Mai 1919 an den Präsidenten der Friedenskonferenz, eben diesen Herrn Clemenceau, sehr richtig dahin gekennzeichnet, „daß durch den Friedensvertrag zu dem Zweck finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerungen und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschachert werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären.“

Clemenceau hat in seiner Antwortnote vom 24. Mai eine solche Absicht zwar in Abrede gestellt, indem er erklärte, daß „die Wünsche der Bevölkerung aller der ins Auge gefaßten Gebiete berücksichtigt werden“. Die Anweisungen, die aber dem französischen Staatsrat Rault als Präsident und französisches Mitglied der Saarregierung von der französischen Regierung seinerzeit mit auf den Weg gegeben worden sind, lassen nur zu deutlich erkennen, daß man die Bevölkerung tatsächlich wie Steine auf dem Schachbrett hin und her zu schieben versuchte. Clemenceau hat in allen Fällen, wo es sich um Gebiete der Mittelmächte handelt, den Grundsatz, daß niemand sein Vaterland oder auch nur die geringsten Teile desselben verkaufen dürfe, stets verleugnet. Sein Ver-

brechen an dem Saargebiet und seiner Bevölkerung, wie er es in Versailles einleitete und mit seiner Lüge über die 150 000 Saarfranzosen vollendete, ist so ungeheuerlich, daß man seinen Mut bewundern mußte, daß er damals es wagte, mit einem solchen Brief erneut in die politische Öffentlichkeit zu treten, um Ideal- und Moralbegriffe zu verteidigen, die ihm nach all seiner politischen Vergangenheit fremd gewesen sind.

Kleine politische Umschau

Saarregierung und Warndtband.

Wie lange noch? Ein junger Arbeiter aus Clarenthal wird beordert auf Grund seines Gesuches, auf Grube Calmelet Arbeit zu nehmen. Beim Vorsprechen dortselbst wird ihm von dem Betriebsleiter mitgeteilt, er müsse am nächsten Tage um 2 Uhr kommen, wenn der Chef da sei (à la Roffenbed, Ing. Div.) da sei. Mit noch einem älteren Arbeiter, der auch beordert worden war, wurden sie dem Herrn Chef vorgestellt. Dieser legte ihnen einen Abreißblock mit Beitrittserklärungen zum Warndtband (Saarbund) zur Unterschrift vor. Der junge 19jährige Arbeiter wies auf sein Alter hin, und der Chef erklärte ihm, er müsse nach Hause gehen und von seinem Vater eine vom Ortsvorsteher beglaubigte Vollmacht bringen, worin der Vater den Beitritt des Sohnes zum Warndtband billigt. Die beiden Arbeiter leisteten jedoch ihre Unterschrift nicht. Der Chef von Calmelet hat sich vergeblich bemüht. Es wird aber erklärt, daß in letzter Zeit viele Anlegungen erfolgt sind, und zwar lediglich auf Grund der Beitrittserklärung zum Warndtband. Die Not der Arbeiterschaft treibt zu solchem Handeln. Das unglaubliche aber ist, daß die Kommission die Behörden dahin benachrichtigt hat, den beschäftigungslosen Arbeitern, die unter diesen Umständen auf der Grube „Vallen“ keine Arbeit nehmen wollten, keine Erwerbslosenunterstützung mehr zu zahlen. Die Saarregierung nimmt damit also bewußt zugunsten der Französisierungsbestrebungen Stellung, die bezwecken, die Pariser Saar-Verhandlungen zu beeinflussen.

Roffenbed, Ing. Div., sein Sekr. Gilscher und Mienensteiger, Diensttuender Fahrsteiger, Koch, wetzeln in dieser Mitgliederjagd zum Warndtband. Selbst in der Wohnung des Mons. Koch werden die Arbeiteranlegungen getätigt, so die Unterschrift zum Warndtband gegeben wird. In letzter Zeit ist man sogar zur Hansagitation übergegangen. Bergleute von Clarenthal wurden von einem ihnen nicht bekannten Herrn aufgesucht, der zum Beitritt in den Warndtband aufforderte.

Ein weiteres Beispiel, wie jetzt für den Warndtband gearbeitet wird: Ein junger Arbeiter auf der Grube de Wendel, Kleinrosseln, wird an eine Arbeitsstelle verlegt. Der Ingenieur kommt während der Schicht und fragt: „Sind Sie der und der?“ „Sind Sie zufrieden mit der Arbeit?“ Der Arbeiter sagt: „Ich bin zufrieden mit der Arbeit, aber ich verdiene zu wenig hier.“ Darauf den Ingenieur: „Helfen Sie noch mehr deutsche Jugendverbände (Warndtband) gründen, und Sie verdienen noch mehr.“

Es wäre an der Zeit, wenn diese französische Willkür bald ein Ende nähme.

Die Saarbündler in Aengsten.

Die bevorstehenden Verhandlungen über die Lösung der Saarfrage scheinen bei den Saarbündlern so allerhand Aengste ausgelöst zu haben, die auch ein bemerkenswertes Zeichen der hiesigen Verhältnisse sind. Der „Verband der Bergarbeiter des Warndts“, der ebenso traurige Ersatz für den sehr anrüchigen frankophilen „Saarbund“, hatte seine Getreuen leithin zu einer „Rundgebung“ einberufen, auf deren Tagung an erster Stelle die Frage des „Schutzes der Saarbündler“ stand. Ganze 50 Mann des „Bundes“ hatten sich eingefunden, ein Beweis dafür, daß auch die Warndtbergleute diese fragwürdige „Organisation“ geschlossen ablehnen. Der hinlänglich bekannte Franken-Beder war als Hauptreferent gewonnen worden. Zu den Pariser Saarverhandlungen brachte er folgende Resolution in Vorschlag: „Wir Saarbündler bitten Herrn Fontaine als Führer der französischen Saardelegation, sich dafür einzusetzen, damit das Wohlergehen der Mitglieder des Saarbundes nicht gefährdet wird. Wir verlangen Schutz und Garantie, daß bei einer früheren Rückgliederung unser jetziges Arbeitsverhältnis auf den Saargruben nicht

verloren geht. Wir verlangen ferner, daß die Verhandlungen zum Scheitern gebracht werden müssen und erst im Jahre 1935 stattfinden dürfen.“ Ferner wurde das Verlangen gestellt, eine „Kommission des Saarbundes“ an den Pariser Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Bescheidenheit ist ja nicht gerade eine Tugend der Saarbündler, die in ihrer Sorge um sich selbst bei ihren französischen Freunden betteln gehen. Immerhin wird man aber darauf zu achten haben, daß dieser aus reiner Angst geborene „Beschluss“ der Saarbündler von der nicht gerade wählerischen französischen Saarpropaganda nicht als eine „Meinung aus den Kreisen der Saarbergleute“ frisiert wird.

Kein Verständnis in der französischen Bergverwaltung.

Die in den Kreis ernsthafter Betrachtungen gerückte Frage der Lösung des Saarproblems müßte eigentlich die französische Bergverwaltung veranlassen, ihre alten berüchtigten Propagandamethoden preiszugeben. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. So beschwert sich unseres Erachtens mit vollem Recht das Organ der christlichen Bergarbeiter im Saargebiet, der „Saarbergknappe“, in seiner Nummer vom 19. Oktober darüber, daß die Nadelstichpolitik noch immer nicht aufgegeben ist. Er teilt zum Beweise dessen mit, daß zwei Bergleute, die durch das Kleinrosseler Grubenunglück arbeitslos geworden waren, auf der Grube Clarenthal um Arbeit nachfragten. Die Anlegung wurde ihnen auch vom Chef dieser Grube, dem ehemaligen preussischen Berginspektor Roffenbed, zugesagt, wenn sie Mitglieder des Warndtbundes, der neuauftafelte Saarbund in der Belsener Rante, würden. Als sie sich dessen weigerten, hätten sie auch keine Arbeit erhalten. Der „Saarbergknappe“ stellt daraufhin die Frage, ob die Bergwerksdirektion ein solches Verhalten gut heiße, und geißelt den „Saarbund“ als eine „Schmarozkerpflanze“, von der abzurücken die Bergwerksdirektion allen Anlaß habe. Es könne nur im Interesse der Bergwerksdirektion liegen, von einem Treiben, wie hier geschildert, abzurücken und ihm einen Riegel vorzuschieben, um diesem Unfug endlich ein Ende zu machen. Das müsse auch gegen die der Bergwerksdirektion untergeordneten Stellen geschehen, die noch immer einen Druck zur Füllung dieser oder jener französischen Schule ausübten. Solche Fälle seien ja vor einiger Zeit erst im Landesrat genannt worden, die Bergwerksdirektion wisse also, wo sie einzuhaken habe. Geradezu verwerflich sei es, zu einer Zeit, in der die Rückkehr des Saargebiets zum Reich nicht mehr fern sei, noch Kinder neu in die französischen Schulen zu zwingen. Es sei an der Zeit, mit dem Abbau dieser Schulen zu beginnen, denn was habe Frankreich davon, wenn jetzt noch Kinder diesen Schulen zugeführt würden. Kein gar nichts. Aber die Eltern dieser Kinder litten, die Kinder litten. Darum müßte man auch hier jedwede Propaganda verbieten, damit die Freiheit des Handelns wenigstens im Schlußabschnitt der unglücklichen Nachkriegsperiode gewährleistet wäre. So der „Saarbergknappe“. Kommentar überflüssig!

Kleine Tageschronik

Die Kreis- und Kommunalwahlen im Saargebiet.

Wie im übrigen Reich, so fanden am 17. November auch im Saargebiet die Wahlen zu den Kreistagen und Gemeinderatsvertretungen statt. Die Wahlbeteiligung war durchweg ziemlich lebhaft. Das Hervorstechendste der saarländischen Gemeinderatswahlen ist die Tatsache, daß weder eine Franzosenpartei noch eine frankophile Liste es wagte, mit eigener Liste hervorzutreten. Selbst im Warndt, wo die französische Propaganda in letzter Zeit sich wieder außerordentlich lebendig gezeigt hat und der sogenannte Warndtbund alle Mittel anwendet, um unter den Bergleuten der Warndt-Gruben Anhänger zu gewinnen, ist von einer Franzosenpartei nirgends etwas zu spüren gewesen. Das dürfte der schlagendste Beweis dafür sein, wie wenig jenen Redensarten eines Jean Revir über im Saargebiet bestehende französische Sympathien Bedeutung beizumessen ist. Die wenigen Kreaturen, die aus rein materiellen Gründen oder käuflicher Gesinnung sich der Saarpropaganda zur Verfügung stellen, sind nicht in der Lage, an dieser Gesamtcharakterisierung der politischen Einstellung der Saargebietsbevölkerung etwas zu ändern.

Das Ergebnis der saarländischen Wahlen liegt somit in erster Linie in dieser skizzierten nationalpolitischen Richtung, zum anderen in einem mächtigen Anwachsen der mittelparteilichen Stimmen, vor allem auf Kosten der Kommunisten, die durchweg starken Stimmenverlust zu verzeichnen hatten. Im übrigen sind die Stärkerverschiebungen in den einzelnen Gemeinden

so verschieden, daß sie nicht auf einen einheitlichen Nenner zu bringen sind.

Revue.

Hast du schon einmal um diese Zeit an der Saar gestanden? Frühmorgens, wenn noch Nebel über der Gegend liegt und gedämpft und leise das Getriebe der Großstadt an das Ohr dringt? Hast du schon gesehen, wie das Leuchten der Hochöfen den Nebel durchdringt und den Horizont rosarot anmalt? Hast du die Elber betrachtet, die der Künstler Max Wenz auf die Platte gezeichnet — und hast du das Saarhuhn gesehen? Da lachen die Hühner! Nein, sie quetschen vor Vergnügen, sagt Friedolin. Der Hühnerschreiber soll einmal in den nächsten Tagen nach Saarbrücken kommen. Ich erwarte ihn dann und werde ihn führen. Ich werde ihm die Schönheit der Saarheimat zeigen, und wenn ich ihn dann nicht überzeugt habe, werde ich ihm . . . doch das ist meine persönliche Angelegenheit und gehört nicht hierher. Vielleicht führe ich ihn dann auch einmal durch die Straßen von Saarbrücken. Wir haben dort jetzt nämlich etwas ganz Mooder-nes. Da stehen auf den Straßen große Weihnachtsbäume mit Lichtern und locken nicht nur Kinder, sondern auch die Käufer vom Lande. Und er wird dann Saarbrücken von einer anderen Seite bewundern können, von der Seite als Großstadt und als Grenzpfahl deutscher Kultur.

Grenzpfähle gibt es jetzt auch bei uns in Saarbrücken. Erschrecke nicht lieber Leser, beileibe keine solchen mit Zollschikanen und Zöllnerinnen und Zöllner, die dir die Hosentaschen revidieren. Nein, diese Pfähle sind da, um den Verkehr zu verkehren. Früher konntest du in Diagonalen über die Straße gehen. Heute spielt sich der Fußgängerverkehr peripherisch der Straßenmitte ab. Ein gescheiter Satz, nicht wahr, aber die Sache ist nicht anders zu periphrasieren. In der Mitte der Straße aber steht der Schuhmann und beherrscht das Feld und muß aufpassen, daß er nicht angefahren wird. Das soll in Saarbrücken schon vorgekommen sein.

Wie oft sind schon Leute im Saargebiet angefahren worden, die sich Schuhmann dünkten und es nicht sind. Ein Teil ist abgezogen, ein anderer aber faulenz immer noch hier herum. Sollen den Leuten, die diese „Schuh“-mannschaft ins Saargebiet gesetzt, denn nicht endlich die Augen aufgehen, wenn sie die Unmenge von Resolutionen sehen, die überall abgesandt werden und die alle nur das eine wollen:

Die Freiheit des Saargebietes
und die Vereinigung mit Deutschland!

Dudo.

Personalnachrichten

* Oberregierungsrat Bühler, Homburg. Im Nachrichtenblatt der Sänger-Vereinigung Homburg, Saar, lesen wir: Unser eifriger, unermüdlicher und beliebter 1. Vorsitzender bleibt uns erhalten. Herrn Oberregierungsrat Bühler wurde am 15. November d. Js. von der bayerischen Staatsregierung der Titel eines Oberregierungsrates unter Belassung in seiner derzeitigen Verwendung verliehen. Wenn auch Herr Oberregierungsrat Bühler bereits vor zwei Jahren durch die Regierungskommission der Titel und Rang eines Oberregierungsrates verliehen wurde, so bedeutet doch für ihn diese neue Beförderung eine besondere Anerkennung durch seine Heimatregierung. Von ganz besonderer Wichtigkeit dabei ist, daß Herr Oberregierungsrat Bühler gleichzeitig mit dieser Beförderung in die Reihe der bayerischen Bezirksamtsvorstände eingetretten ist. Wir freuen uns herzlich über diese Nachricht, die uns zugleich die Gewißheit bringt, daß Herr Oberregierungsrat Bühler dem Vereine seine bewährte Kraft als 1. Vorsitzender auch fernerhin zur Verfügung stellen kann. Die Gerüchte über seine bevorstehende Versetzung müssen damit verstummen. Der 2. Vorstand, Herr Sangesbruder Porger, hat in der Chorprobe vom 30. Oktober 1929 dieser für den Verein besonders wichtigen Tatsache gedacht und die herzlichsten Glückwünsche des Vereins zum Ausdruck gebracht. Durch Absingen des Vereinsängerspruches schlossen sich sämtliche Sänger diesem Glückwunsche an. Der Saarfrend schließt sich mit dem Bunde der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ diesem Glückwunsch von ganzem Herzen an, da Herr Oberregierungsrat Bühler den Bestrebungen derselben stets das wärmste Interesse mit Wort und in der Tat hat zuteil werden lassen. In aufrichtiger Dankbarkeit und Verehrung ein herzliches Glück auf!

Die Einführung des neuen Seelsorgers von St. Jakob in Saarbrücken, des früheren Pastors von Bildstock, des Herrn Pfarrer Seiden in sein neues Amt fand kürzlich an einem Sonntag statt. Im Auftrag des Herrn Bischofs nahm der scheidende Pfarrer, Herr Prälat Dr. Schlich, die kirchliche Einführung vor. Nach der Verlesung der Ernennungsurkunde und Beendigung der Zeremonien begrüßte er den neuen Pfarrer und gab einen kurzen Überblick über die Aufgaben der seelsorgerischen Tätigkeit.

** Dechant Bades-Bliesen †. Am 21. November verschied in Bliesen Herr Dechant Jakob Bades im Alter von 69 Jahren. Mit seinem Hinscheiden ist ein arbeitsreiches Leben im Dienste Gottes und der Menschheit zum Abschluß gekommen. Allein 32 Jahre wirkte er ununterbrochen, nie ermüdend, in Bliesen zum Wohle und Segen der ganzen Gemeinde. Er war ein Priester im wahrsten Sinne des Wortes. Ausgestattet mit seltener Herzengüte und ausgereiften priesterlichen Erfahrungen, war er stets ein pflichttreuer Seelsorger, wohlmeinender väterlicher Ratgeber und großer Freund der Notleidenden. Unter seinem Wirken und Walten hat auch die politische Gemeinde große Fortschritte erlangt.

Lodesfälle. Saarbrücken: Fräulein Frieda Schneider; Dipl.-Ing. Regierungsbaumeister Ludwig Wagner; Heinrich Baumgarth, 58 Jahre; Frau Anna Gepp, geb. Faber, 67 Jahre; Frau Wwe. Elisabeth Krämer, 75 Jahre; Johann Bulger, 70 Jahre; Frau Margarete Baner, geb. Hamm, 68 Jahre; Peter Schwemm, 62 Jahre; Frau Katharina Ganzer, geb. Rechtenwald, 52 Jahre; August Grande, penj. Maschinist, 67 Jahre; Schuhmachermeister Nikolaus Ziegler, 58 Jahre; Frau Maria Walter, geb. Rung, 64 Jahre; Pensionär Johann Schirra, 74 Jahre; August Schöneshöfer, 58 Jahre; Frau Wwe. Christian Werner, geb. Elise Hoyer, 81 Jahre; Hardy Peiser, 41 Jahre; Gustav Benerle, 75 Jahre; Frau Maria Korthals, geb. Müller, 75 Jahre; Frau Katharina Seewald, Witwe von Georg Seewald, 80 Jahre; Frau Wwe. Katharina Belten, geb. Pfeiffer, 65 Jahre; Frau Maria Kneutinger, geb. Baffon, 74 Jahre; Kontoristin Agnes Emilie Drolshagen, 19 Jahre; Ober-Telegraphensekretär i. R. Gustav Mendig, 65 Jahre; Frau Witwe Joseph Fuhs, geb. Anna Thiel, 69½ Jahre; Zimmermann Wilh. Eigner, 50 Jahre; Wilhelm Gölth, 65 Jahre; Frau Witwe Magdalene Henrich, geb. Peters, 85 Jahre; Franz Kirmern, 69 Jahre; Frau Lina Gehrig, verw. Miltzau, geb. Gottschall, 75 Jahre; Frau Luise Menges, 51 Jahre; Ingenieur Ernst Pohoff, 47 Jahre; Frau Luise Charlotte Margarete Koch, geb. Trost, 42 Jahre; Frau Elise Braun, 76 Jahre; Helmut Mener, 9½ Jahre; Werkmeister i. R. Michael Streiffler, 65 Jahre; Steiger i. R. Max Jungmann, 76 Jahre; Heizungs-monteur Friedrich Beder, 39 Jahre; Schlossermeister Caspar Bonk, 64 Jahre. — Bonn (früher Saarbrücken): Witwe Rechnungsrat Hermann Thiel, geb. Mefner. — Brebach: Frau Henriette Knab, geb. Huppert, 40½ Jahre. — Schaßbrücke: Frau Alma Loew, geb. Schmidt, 43 Jahre. — Scheidt: Penj. Obermeister Karl Billong, 70 Jahre. — Bübingen: Magdalene Rühlmann, geb. Klein, 47 Jahre. — Rodershausen: Penj. Bergmann Peter Schulten, 72 Jahre. — Wehrden: Joh. Reinert, 71 Jahre. — Böllingen: Hedwig Kreis, 17 Jahre; Frau Anna Arend, geb. Schüller, 28 Jahre; penj. Bergmann Matthias Häbler, 65 Jahre; Lehrerin Fräulein Maria Bogen; Frau Heinrich Mener, geb. Helene Manderscheid, 30½ Jahre; Wilhelm Schmidt, 21 Jahre; Friedrich Rink, 53 Jahre; Dachbedermeister Georg Beder sen., 62 Jahre; Hüttenarbeiter Johann Erbel, 50 Jahre; Hüttenarbeiter Wilhelm Jost, 42 Jahre. — Renne: Joh. Welsch, 66 Jahre. — Altentessel: Frau Witwe Sophie Beglow, geb. Brenner, 58 Jahre. — Riegelsberg: Karl Krauk, 42 Jahre. — Walpershofen: Fahrsteiger a. D. Koh. Renk, 78 Jahre. — Jägersfreude: Frau Philipp Gottschall, Auguste geb. Borchers, 50 Jahre. — Dudweiler: Frau Wwe. Pet. Zimmer, geb. Maria Mang, 85 Jahre; Frau Wwe. Joh. Weinerzag, Luise, geb. Pih, 72 Jahre; Frau Wwe. Friedrich Roller, Sofie, geb. Schade, 66 Jahre. — Sulzbach: Otto Bröler jun., 21½ Jahre; Frau Caroline Eder, geb. Görg, 65 Jahre; Johann Ruhl, 46 Jahre; Ruth Greff, 5 Jahre; Heinrich Molter, 20 Jahre; Frau Luise Meszatis, geb. Haun; Frau Peter Renet, Maria, geb. Kremer, 49 Jahre; Schlossermeister Wilhelm Lichtenberger, 81 Jahre. — Altenwald: Michael Donie, 65 Jahre; Regierungsbaumeister Dipl.-Ingenieur Ludw. Friedr. Wagner; penj. Bergmann Anton Fuhs, 84 Jahre. — Heiligenwald: Frau Witwe Maria Fries, geb. Heink, 65 Jahre. — Friedrichsthal: Peter Herrmann, 57 Jahre; Verm.-Obersekretär Fritz Hort. — Bildstock: Joh. Both, 80 Jahre; Wilh. Immersberger. — Elversberg: Frau Luise Gerwert, geb. Sid, 53 Jahre. — Nischbach: Frau Wwe. Georg Lander, Helene geb. Fell. — Hühnerfeld: Verwaltungsgehilfe Peter Jost; Frau Rektor Beder, geb. Alara Lenten. — Landsweiler: Frau Wwe. Maria Krämer, geb. Knobe. — Schiffweiler: Vereinsvorsteher Peter Quad. — Neunkirchen: Fuhrunternehmer Andreas Schmidt, 76 Jahre; Jacob Schlen, 68½ Jahre; Hüttenmeister Daniel Rühhardt; Ingenieur Georg Jacob; Wilhelm Schilling, 20 Jahre; Frau Witwe Magdalene Mizia, geb. Jakob, 48 Jahre; Frau Karoline Schod, geb. Holl, 64½ Jahre; Witwe Stephan Marx

Maria geb. Schneider, 68 Jahre; Heinz Albert Schöninger, 10½ Jahre; Frä. Lina Hufsch, 43 Jahre; Frau Elisabetha Bruch, geb. Wagner, 70½ Jahre. — Wiebelskirchen: Frau Albert Baehr, Emma geb. Ebelshäuser, 33 Jahre; Friedrich Doppstädter, pens. Bergmann, 60 Jahre; Wilhelm Märker, 63 Jahre; Schreinerlehrling Herbert Engelmann, 16 Jahre. — Wellesweiler: Frau Elise Helene Dreisch, geb. Haak, 32 Jahre. — Ottweiler: Kaufmann Theodor Rosenkranz; Albrecht Reinschagen, 81 Jahre; Josef Burr, 26 Jahre; Frau Katharina Stupp, verwitwete Weingardt, geb. Emsler, 41 Jahre; Frau Witwe Karoline Krieger, geb. Reck, 79 Jahre. — Niederlingweiler: Apotheker und Fabrikant Johannes Fritz Neuhäuser, 54 Jahre. — Schillingen: Buchbindermeister Johann Burey, 65 Jahre. — Dillingen: Nikolaus Bettmer, 47 Jahre. — Eusdorf: Frau Anna Katharina Müller, geb. Theobald, 66 Jahre. — Hilbringen: Peter Nilles, 78 Jahre; Jakob Barth, 63 Jahre. — Griesborn: Agl. Tagesteiger a. D. Adolf Illing, 63 Jahre; Abiturient Robert Andre, 22 Jahre. — Bisdorf: Lehrerswitwe A. Maria Wangard, geb. Spengler, 80 Jahre. — Saarlouis: Frau Witwe Carl Mathieu, Katharina geb. Krieger, 87 Jahre; Malermeister Johann Glos, 71 Jahre. — Wallerfangen: Frau Witwe Matthias Aukten, geb. Marg. Mary, 68 Jahre; Georg Humer, 75 Jahre. — Graulautern: Frau Peter Hen, Barbara geb. Fontaine, 52 Jahre; Frau Witwe Nikolaus Gerdon, Gertrud geb. Puhl, 72 Jahre; Peter Schleib, 27½ Jahre; Frau Anna Maria Scherer, geb. Hoffmann, 39½ Jahre; Landwirt und Fuhrunternehmer Johann Fontaine, 51 Jahre. — Besseringen: Frau Witwe Franz Pinter, Magdalena geb. Leistenschneider, 76 Jahre. — Hulsbach: Jakob Schmidt, 70 Jahre. — Merzig: Weinbänder Carl Victor Graffion, 69 Jahre; Frau Witwe M. Simon, Emma geb. Herrmann, 58 Jahre; Fräulein Elise Weiler, 67 Jahre; Samuel Herz, 81 Jahr; Frau Abraham Kahn, Berta geb. Löh, 76 Jahre; Frau Elise Horn, geb. Müller, 73 Jahre. — Mettlach: Fräulein Eln Zimmer. — Mittelsheim: Wilhelm Schäfer, 74 Jahre. — St. Ingbert: Pens. preuß. Bergmann Franz Dahlem, 68 Jahre; pens. Schmeltzer Julius Schmidt, 71 Jahre. — Homburg: Büroangestellter Leo Jochem.

Vom „Bund der Saarvereine“.

Folgenden zeitgemäßen Aufruf haben der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saarverein“ erlassen:

„Nach zehnjähriger Aufklärungsarbeit über die durch das Versailler Diktat geschaffenen politischen Verhältnisse an der Saar scheint die Saarfrage mit den im Haag festgelegten deutsch-französischen Saar-Sonderverhandlungen in ein entscheidendes Stadium einzutreten.

Der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ haben von Anfang ihrer Arbeit an das mit diesen Verhandlungen erstrebte Ziel der Rückgliederung des Saargebiets zum deutschen Vaterland vor Augen gehabt. Durch diese Tätigkeit ist das deutsche Volk und das Ausland regelmäßig darauf hingewiesen worden, daß die Saargebietsbevölkerung gegen ihren Willen vom deutschen Vaterland getrennt wurde, um einem durch die Tatsachen nicht begründeten Reparationsanspruch Frankreichs Rechnung zu tragen. Diese Aufklärungsarbeit hat mit dazu beigetragen, den von den Reichs- und Staatsbehörden und vielen neutralen Politikern des Auslandes anerkannten Erfolg zu erzielen. Die einst preußischen und bayerischen Saargruben haben weit über den durch Kriegsmassnahmen beider Parteien entstandenen Schaden an den nordfranzösischen Gruben ihre Reparationsaufgabe erfüllt. Damit ist der Grund weggefallen, die sogenannte Saarfrage etwa bis 1935 in der Schwebe zu lassen.

Die Aufklärungsarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat im Verein mit dem ständig bekundeten Willen der Saarbevölkerung es erreicht, daß das politische Ziel Frankreichs erschüttert wurde. Frankreich scheint deswegen seine Bemühungen nur noch auf wirtschaftspolitische Ziele abzustellen.

Die im Haag festgesetzten deutsch-französischen Saarverhandlungen werden sich daher ausschließlich um diese wirtschaftlichen Ziele Frankreichs drehen. Das Saargebiet ist von den Franzosen in den zurückliegenden zehn Jahren durch aus zum eigenen Vorteil bewirtschaftet worden. Das soll nach den Forderungen unbelehrbarer französischer Wirtschaftler und Politiker auch in Zukunft so bleiben, woraus zur Genüge hervorgeht, was für Deutschland bei den kommenden Saarverhandlungen auf dem Spiele steht. Insbesondere müssen leider die bisherigen Bestrebungen der französisch-saarländischen Handelskammer zu einigem Mißtrauen wegen der künftigen französisch-deutschen Zusammenarbeit berechtigen.

Diese Tatsachen, in Verbindung mit einer ganzen Reihe anderer — es sei nur an die Kohlenfelder des Warndt, an die in der Saarwirtschaft investierten französischen Kapitalien usw.

erinnert — bergen die Gefahr in sich, daß gewisse Kreise Frankreichs die deutsch-französischen Saar-Verhandlungen nicht im Geiste einer gerechten Liquidierung der noch bestehenden Kriegsfragen, sondern in der Richtung der Forderung neuer Opfer von Deutschland zu führen versuchen.

In den vorbereitenden Besprechungen zwischen der deutschen Delegation für die Saarverhandlungen mit den berufenen Vertretern des Saargebiets haben diese erneut die Gesichtspunkte festgelegt, die gewissermaßen als Mindestforderung für die Durchführung dieser Verhandlungen vom Saargebiet vertreten werden. Oberster Grundsatz ist dabei, daß das gesamte Saargebiet bis zum letzten Quadratcentimeter ohne ein politisches Übergangsregime wieder unter die Souveränität des Reiches und der Länder zurückgeführt wird. Die Saargruben müssen unter Ablehnung aller Internationalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen restlos wieder in den preußischen und bayerischen Landesbesitz zurückkommen. Ohne Erreichung dieses Zieles ist für die Saargebietsbevölkerung nach ihren wiederholten Erklärungen ein Verhandeln mit Frankreich unmöglich. Man ist vielmehr gewillt, mit der Rückgliederung des Saargebiets bis zum Jahre 1935 zu warten, wenn Frankreich solchen selbstverständlichen Voraussetzungen nicht restlos Rechnung tragen sollte.

Es ist heute noch nicht zu übersehen, wie sich die deutsch-französischen Saar-Verhandlungen abwickeln werden. Nur eines ist bestimmt, daß diese Verhandlungen schwierig, infolge mangelnden Entgegenkommens Frankreichs vielleicht ergebnislos verlaufen werden. Um so notwendiger ist es, mit der Aufklärung über das, was bei der Frage der Rückgliederung des Saargebiets für Deutschland politisch und wirtschaftlich auf dem Spiele steht, nicht nachzulassen, bis das erreicht ist, was von den Vertretern des Saargebiets eindeutig gefordert wird.

Der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erwächst aus dieser Lage heraus die politische und vaterländische Pflicht, ihre Tätigkeit im Sinne des Willens der Saargebietsbevölkerung nicht nur fortzusetzen, sondern angesichts der heranreifenden Entscheidung und der französischen Bestrebungen mit verstärkter Kraft aufzunehmen. Dem gesamten deutschen Volk, nicht zuletzt allen deutschen wirtschaftlichen Faktoren, fällt damit aber die Aufgabe zu, diese Arbeit durch Bereitstellung der notwendigen Mittel zu unterstützen und zu fördern. Zur Einleitung dieser dringend notwendig gewordenen Stützungsaktion zur restlosen Rückgliederung des Saargebiets in politischer und wirtschaftlicher Beziehung hat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eine neue Aufklärungsschrift „Deutsch die Saar immerdar! Helft die deutsche Saar befreien“ über das Saargebiet herausgegeben, die gerade auf die wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar hinweist.

Dem Aufruf haben sich eine große Reihe der politischen Führer aller Parteien des Deutschen Reichs und des deutschen Saargebiets angeschlossen unter wärmster Befürwortung, da sie die Fortsetzung der Aufklärungsarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine angesichts der neu einsetzenden französischen Saar-Propaganda und aus den angeführten Gründen mit aller Kraft und mit allen Mitteln für durch aus notwendig halten. „Es gilt auch heute noch so schließt die Erklärung „die Wahrheit über das Saargebiet zu verbreiten und für Land und Volk an der Saar das Recht und Gerechtigkeit zu fordern. In diesem Sinne ist die Aufklärungsarbeit des „Saar-Verein“ bisher geleistet worden, sie verdient deshalb alle Anerkennung und die im Aufruf erbetene Unterstützung.

* Große Saarkundgebung in Frankfurt a. M. Eine große, öffentliche Saarkundgebung fand in Frankfurt a. M. am Donnerstag, dem 21. November, statt. Die Frankfurter Ortsgruppe unseres Bundes hat es in den letzten Jahren verstanden, immer größere Massen für die Saarfrage zu interessieren. Regelmäßig im Herbst hält sie eine große öffentliche Versammlung ab, für die sie bekannte Redner aus dem Saargebiet gewinnt. Der Besuch dieser Veranstaltungen ist von Jahr zu Jahr stärker geworden. Und so konnte die Ortsgruppe es in diesem Jahre wagen, den wohl größten Saal Frankfurts, im Zoologischen Garten, zu nehmen, zumal ja gerade jetzt die Saarfrage besonders aktuell ist. Sie hatte sich nicht verrechnet.

In der achten Abendstunde des 21. November begann die Bevölkerung Frankfurts dem Zoologischen Garten zuzuströmen, mehr und mehr füllte sich der gewaltige Saal und nahm die Hunderte von Männern und Frauen aller Stände und Berufe auf, die sich unterrichten lassen wollten, wie es im Saargebiet

so verschieden, daß sie nicht auf einen einheitlichen Nenner zu bringen sind.

Revue.

Hast du schon einmal um diese Zeit an der Saar gestanden? Frühmorgens, wenn noch Nebel über der Gegend liegt und gedämpft und leise das Getriebe der Großstadt an das Ohr dringt? Hast du schon gesehen, wie das Leuchten der Hochöfen den Nebel durchdringt und den Horizont rosarot anmalte? Hast du die Elster betrachtet, die der Künstler Max Wenz auf die Platte gebannt — und hast du das Saarluth gesehen? Da lachen die Hühner! Nein, sie quatschen vor Vergnügen, sagt Friedolin. Der Hühnschreiber soll einmal in den nächsten Tagen nach Saarbrücken kommen. Ich erwarte ihn dann und werde ihn führen. Ich werde ihm die Schönheit der Saarheimat zeigen, und wenn ich ihn dann nicht überzeugt habe, werde ich ihm . . . doch das ist meine persönliche Angelegenheit und gehört nicht hierher. Vielleicht führe ich ihn dann auch einmal durch die Straßen von Saarbrücken. Wir haben dort jetzt nämlich etwas ganz Modernes. Da stehen auf den Straßen große Weihnachtsbäume mit Lichtern und locken nicht nur Kinder, sondern auch die Käufer vom Lande. Und er wird dann Saarbrücken von einer anderen Seite bewundern können, von der Seite als Großstadt und als Grenzpfahl deutscher Kultur.

Grenzpfähle gibt es jetzt auch bei uns in Saarbrücken. Erschrecke nicht lieber Leser, beileibe keine solchen mit Zollschikanen und Zöllnerinnen und Zöllner, die dir die Hosentaschen revidieren. Nein, diese Pfähle sind da, um den Verkehr zu verkehren. Früher konntest du in Diagonalen über die Straße gehen. Heute spielt sich der Fußgängerverkehr peripherisch der Straßenmitte ab. Ein gescheiter Satz, nicht wahr, aber die Sache ist nicht anders zu paraphrasieren. In der Mitte der Straße aber steht der Schutzmann und beherrscht das Feld und muß aufpassen, daß er nicht angefahren wird. Das soll in Saarbrücken schon vorgekommen sein.

Wie oft sind schon Leute im Saargebiet angefahren worden, die sich Schutzmann dünkten und es nicht sind. Ein Teil ist abgezogen, ein anderer aber faulenz immer noch hier herum. Sollen den Leuten, die diese „Schutzmannschaft“ ins Saargebiet gesetzt, denn nicht endlich die Augen aufgehen, wenn sie die Unmenge von Resolutionen sehen, die überall abgesandt werden und die alle nur das eine wollen:

Die Freiheit des Saargebietes
und die Vereinigung mit Deutschland!

D u d o.

Personalnachrichten

* Oberregierungsrat Bühler, Homburg. Im Nachrichtenblatt der Sängervereinigung Homburg, Saar, lesen wir: Unser eifriger, unermüdlicher und beliebter 1. Vorsitzender bleibt uns erhalten. Herrn Oberregierungsrat Bühler wurde am 15. November d. Js. von der bayerischen Staatsregierung der Titel eines Oberregierungsrates unter Verleihung in seiner derzeitigen Verwendung verliehen. Wenn auch Herr Oberregierungsrat Bühler bereits vor zwei Jahren durch die Regierungskommission der Titel und Rang eines Oberregierungsrates verliehen wurde, so bedeutet doch für ihn diese neue Beförderung eine besondere Anerkennung durch seine Heimatregierung. Von ganz besonderer Wichtigkeit dabei ist, daß Herr Oberregierungsrat Bühler gleichzeitig mit dieser Beförderung in die Reihe der bayerischen Bezirksamtsvorstände eingetretten ist. Wir freuen uns herzlich über diese Nachricht, die uns zugleich die Gewißheit bringt, daß Herr Oberregierungsrat Bühler dem Vereine seine bewährte Kraft als 1. Vorsitzender auch fernerhin zur Verfügung stellen kann. Die Gerüchte über seine bevorstehende Versetzung müssen damit verstummen. Der 2. Vorstand, Herr Sangesbruder Forger, hat in der Chorprobe vom 30. Oktober 1929 dieser für den Verein besonders wichtigen Tatsache gedacht und die herzlichsten Glückwünsche des Vereins zum Ausdruck gebracht. Durch Absingen des Vereinsängerspruches schlossen sich sämtliche Sänger diesem Glückwunsche an. Der Saarfrend schließt sich mit dem Bunde der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ diesem Glückwunsche von ganzem Herzen an, da Herr Oberregierungsrat Bühler den Bestrebungen derselben stets das wärmste Interesse mit Wort und in der Tat hat zuteil werden lassen. In aufrichtiger Dankbarkeit und Verehrung ein herzliches Glückauf!

Die Einführung des neuen Seelsorgers von St. Jakob in Saarbrücken, des früheren Pastors von Bildstod, des Herrn Pfarrer Dedert in sein neues Amt fand kürzlich an einem Sonntag statt. Im Auftrag des Herrn Bischofs nahm der scheidende Pfarrer, Herr Prälat Dr. Schlich, die kirchliche Einführung vor. Nach der Verlesung der Ernennungsurkunde und Beendigung der Zeremonien begrüßte er den neuen Pfarrer und gab einen kurzen Überblick über die Aufgaben der seelsorgerischen Tätigkeit.

** Dechant Bades-Bliesen †. Am 21. November verschied in Bliesen Herr Dechant Jakob Bades im Alter von 69 Jahren. Mit seinem Hinscheiden ist ein arbeitsreiches Leben im Dienste Gottes und der Menschheit zum Abschluß gekommen. Allein 32 Jahre wirkte er ununterbrochen, nie ermüdend, in Bliesen zum Wohle und Segen der ganzen Gemeinde. Er war ein Priester im wahrsten Sinne des Wortes. Ausgestattet mit selbster Herzengüte und ausgereiften priesterlichen Erfahrungen, war er stets ein pflichttreuer Seelsorger, wohlmeinender väterlicher Ratgeber und großer Freund der Notleidenden. Unter seinem Wirken und Walten hat auch die politische Gemeinde große Fortschritte erlangt.

Todesfälle. Saarbrücken: Fräulein Frieda Schneider; Dipl.-Ing. Regierungsbaumeister Ludwig Wagner; Heinrich Baumgarth, 58 Jahre; Frau Anna Gepp, geb. Faber, 67 Jahre; Frau Wwe. Elisabeth Krämer, 75 Jahre; Johann Pulger, 70 Jahre; Frau Margarete Baner, geb. Hamm, 68 Jahre; Peter Schwemm, 62 Jahre; Frau Katharina Ganzer, geb. Redtenwald, 52 Jahre; August Grande, penl. Maschinist, 67 Jahre; Schuhmachermeister Nikolaus Ziegler, 58 Jahre; Frau Maria Walter, geb. Rung, 64 Jahre; Pensionär Johann Schirra, 74 Jahre; August Schöneshöfer, 58 Jahre; Frau Wwe. Christian Werner, geb. Elise Hoyer, 81 Jahre; Hardy Peiser, 41 Jahre; Gustav Benerle, 75 Jahre; Frau Maria Korthals, geb. Müller, 75 Jahre; Frau Katharina Seewald, Witwe von Georg Seewald, 80 Jahre; Frau Wwe. Katharina Belten, geb. Pfeiffer, 65 Jahre; Frau Maria Kneutinger, geb. Baffon, 74 Jahre; Kontoristin Agnes Emilie Drolshagen, 19 Jahre; Ober-Telegraphensekretär i. R. Gustav Mendig, 65 Jahre; Frau Witwe Joseph Fuchs, geb. Anna Thiel, 69½ Jahre; Zimmermann Wilh. Eigner, 50 Jahre; Wilhelm Gütth, 65 Jahre; Frau Witwe Magdalene Heinrich, geb. Peters, 85 Jahre; Franz Kirmern, 69 Jahre; Frau Lina Gehrig, verw. Mildau, geb. Gottschall, 75 Jahre; Frau Luise Menges, 51 Jahre; Ingenieur Ernst Vohoff, 47 Jahre; Frau Luise Charlotte Margarete Koch, geb. Trost, 42 Jahre; Frau Elise Braun, 76 Jahre; Helmut Mener, 9½ Jahre; Werkmeister i. R. Michael Streifler, 65 Jahre; Steiger i. R. Max Junemann, 76 Jahre; Heizungsmoniteur Friedrich Beder, 39 Jahre; Schlossermeister Caspar Bonk, 64 Jahre. — Bonn (früher Saarbrücken): Witwe Rechnungsrat Hermann Thiel, geb. Mehner. — Brebach: Frau Henriette Knab, geb. Huppert, 40½ Jahre. — Schafrüde: Frau Alma Loew, geb. Schmidt, 43 Jahre. — Scheidt: Penl. Obermeister Karl Billong, 70 Jahre. — Bübingen: Magdalene Rühlmann, geb. Klein, 47 Jahre. — Rodershausen: Penl. Bergmann Peter Schullen, 72 Jahre. — Wehrden: Joh. Reinert, 71 Jahre. — Böllingen: Hedwig Kreis, 17 Jahre; Frau Anna Arend, geb. Schüller, 28 Jahre; penl. Bergmann Matthias Häfner, 65 Jahre; Lehrerin Fräulein Maria Bogen; Frau Heinrich Mener, geb. Helene Manderscheid, 30½ Jahre; Wilhelm Schmidt, 21 Jahre; Friedrich Rink, 53 Jahre; Dachdeckermeister Georg Beder sen., 62 Jahre; Hüttenarbeiter Johann Erbel, 50 Jahre; Hüttenarbeiter Wilhelm Jost, 42 Jahre. — Renne: Joh. Welsch, 66 Jahre. — Altkessel: Frau Witwe Sophie Beglow, geb. Brenner, 58 Jahre. — Riegelsberg: Karl Krauß, 42 Jahre. — Walpershofen: Fahrsteiger a. D. Joh. Reng, 78 Jahre. — Jägersfreude: Frau Philipp Gottschall, Auguste geb. Pöcher, 50 Jahre. — Dübweiler: Frau Wwe. Pet. Zimmer, geb. Maria Mang, 85 Jahre; Frau Wwe. Joh. Meinerzack, Luise, geb. Pih, 72 Jahre; Frau Wwe. Friedrich Poller, Sofie, geb. Schade, 66 Jahre. — Sulzbach: Otto Bröter jun., 21½ Jahre; Frau Caroline Eder, geb. Görg, 65 Jahre; Johann Puhl, 46 Jahre; Ruth Greiff, 5 Jahre; Heinrich Molter, 20 Jahre; Frau Luise Meszlatz, geb. Haun; Frau Peter Renet, Maria, geb. Kremer, 49 Jahre; Schlossermeister Wilhelm Dichtenberger, 81 Jahre. — Altenwald: Michael Donie, 65 Jahre; Regierungsbaumeister Dipl.-Ingenieur Ludw. Friedr. Waquer; penl. Bergmann Anton Ruchs, 84 Jahre. — Heiligenwald: Frau Witwe Maria Fries, geb. Heiny, 65 Jahre. — Friedrichsthal: Peter Herrmann, 57 Jahre; Verw.-Obersekretär Fritz Hort. — Bildstod: Joh. Both, 80 Jahre; Wilh. Immersberger. — Elversbera: Frau Luise Gerwert, geb. Sid, 53 Jahre. — Rischbach: Frau Wwe. Georg Vander, Helene geb. Zell. — Hühnerfeld: Verwaltungsgeldhilfe Peter Jost; Frau Rektor Beder, geb. Alara Lentes. — Landsweiler: Frau Wwe. Maria Krämer, geb. Knoke. — Schiffweiler: Vereinsvorsteher Peter Quack. — Neunkirchen: Fuhrunternehmer Andreas Schmidt, 76 Jahre; Jacob Schlen, 68½ Jahre; Hüttenmeister Daniel Rühhardt; Ingenieur Georg Jacob; Wilhelm Schilling, 20 Jahre; Frau Witwe Magdalena Mizia, geb. Jakob, 48 Jahre; Frau Karoline Schod, geb. Hoss, 64½ Jahre; Witwe Stephan Marx.

Maria geb. Schneider, 68 Jahre; Heinz Albert Schöninger, 10½ Jahre; Frl. Lina Hufsch, 48 Jahre; Frau Elisabetha Bruch, geb. Wagner, 70½ Jahre. — Wiebelskirchen: Frau Albert Baehr, Emma geb. Ebelshäuser, 33 Jahre; Friedrich Hopfstädter, pens. Bergmann, 60 Jahre; Wilhelm Märker, 63 Jahre; Schreinerlehrling Herbert Engemann, 16 Jahre. — Wellesweiler: Frau Elise Helene Dreß, geb. Haat, 32 Jahre. — Ottweiler: Kaufmann Theodor Rosentanz; Albrecht Reinschagen, 81 Jahre; Josef Burr, 26 Jahre; Frau Katharina Stupp, verwitwete Weingardt, geb. Emser, 41 Jahre; Frau Witwe Karoline Krieger, geb. Rech, 79 Jahre. — Niederlingweiler: Apotheker und Fabrikant Johannes Fritz Neuhäus, 54 Jahre. — Schillingen: Buchbindermeister Johann Buren, 65 Jahre. — Dillingen: Nikolaus Bettmer, 47 Jahre. — Eusdorf: Frau Anna Katharina Müller, geb. Theobald, 66 Jahre. — Hilbringen: Peter Rilles, 78 Jahre; Jakob Barth, 63 Jahre. — Griesborn: Agl. Tagelsteiger a. D. Adolf Illing, 63 Jahre; Abiturient Robert Andre, 22 Jahre. — Visdorf: Lehrerswitwe A. Maria Wangard, geb. Spengler, 80 Jahre. — Saarlouis: Frau Witwe Carl Mathieu, Katharina geb. Krite, 87 Jahre; Malermeister Johann Egloff, 71 Jahre. — Wallerfangen: Frau Witwe Matthias Aultgen, geb. Marg. Mary, 68 Jahre; Georg Suwer, 75 Jahre. — Graulautern: Frau Peter Rey, Barbara geb. Fontaine, 52 Jahre; Frau Witwe Nikolaus Geraldin, Gertrud geb. Puhl, 72 Jahre; Peter Schleiß, 27½ Jahre; Frau Anna Maria Scherer, geb. Hoffmann, 39½ Jahre; Landwirt und Fuhrunternehmer Johann Fontaine, 51 Jahre. — Völklingen: Frau Witwe Franz Winter, Magdalena geb. Leistenschneider, 76 Jahre. — Hülshbach: Jakob Schmidt, 70 Jahre. — Merzig: Weinbänder Carl Victor Graffion, 69 Jahre; Frau Witwe M. Simon, Emma geb. Herrmann, 58 Jahre; Fräulein Elise Weiler, 67 Jahre; Samuel Herz, 81 Jahr; Frau Abraham Kahn, Berta geb. Löb, 76 Jahre; Frau Elise Horn, geb. Müller, 73 Jahre. — Mettlach: Fräulein Ely Zimmer. — Wittlosheim: Wilhelm Schäfer, 74 Jahre. — St. Ingbert: Pens. preuß. Bergmann Franz Dahlem, 68 Jahre; pens. Schmelter Julius Schmidt, 71 Jahre. — Homburg: Büroangestellter Leo Jochum.

Vom „Bund der Saarvereine“.

Folgenden zeitgemäßen Aufruf haben der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saarverein“ erlassen:

„Nach zehnjähriger Aufklärungsarbeit über die durch das Versailler Diktat geschaffenen politischen Verhältnisse an der Saar scheint die Saarfrage mit den im Haag festgelegten deutsch-französischen Saar-Sonderverhandlungen in ein entscheidendes Stadium einzutreten.

Der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ haben von Anfang ihrer Arbeit an das mit diesen Verhandlungen erstrebte Ziel der Rückgliederung des Saargebiets zum deutschen Vaterland vor Augen gehabt. Durch diese Tätigkeit ist das deutsche Volk und das Ausland regelmäßig darauf hingewiesen worden, daß die Saargebietsbevölkerung gegen ihren Willen vom deutschen Vaterland getrennt wurde, um einem durch die Tatsachen nicht begründeten Reparationsanspruch Frankreichs Rechnung zu tragen. Diese Aufklärungsarbeit hat mit dazu beigetragen, den von den Reichs- und Staatsbehörden und vielen neutralen Politikern des Auslandes anerkannten Erfolg zu erzielen. Die einst preussischen und bayerischen Saargruben haben weit über den durch Kriegsmassnahmen beider Parteien entstandenen Schaden an den nordfranzösischen Gruben ihre Reparationsaufgabe erfüllt. Damit ist der Grund weggefallen, die sogenannte Saarfrage etwa bis 1935 in der Schwebe zu lassen.

Die Aufklärungsarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat im Verein mit dem ständig bekundeten Willen der Saarbevölkerung es erreicht, daß das politische Ziel Frankreichs erschüttert wurde. Frankreich scheint deswegen seine Bemühungen nur noch auf wirtschaftspolitische Ziele abzustellen.

Die im Haag festgesetzten deutsch-französischen Saarverhandlungen werden sich daher ausschließlich um diese wirtschaftlichen Ziele Frankreichs drehen. Das Saargebiet ist von den Franzosen in den zurückliegenden zehn Jahren durchaus zum eigenen Vorteil bewirtschaftet worden. Das soll nach den Forderungen unbeherrschter französischer Wirtschaftler und Politiker auch in Zukunft so bleiben, woraus zur Genüge hervorgeht, was für Deutschland bei den kommenden Saarverhandlungen auf dem Spiele steht. Insbesondere müssen leider die bisherigen Bestrebungen der französisch-saarländischen Handelskammer zu einigem Mißtrauen wegen der künftigen französisch-deutschen Zusammenarbeit berechtigen.

Diese Tatsachen, in Verbindung mit einer ganzen Reihe anderer — es sei nur an die Kohlenfelder des Warndt, an die in der Saarwirtschaft investierten französischen Kapitalien usw.

erinnert — bergen die Gefahr in sich, daß gewisse Kreise Frankreichs die deutsch-französischen Saar-Verhandlungen nicht im Geiste einer gerechten Liquidierung der noch bestehenden Kriegsfragen, sondern in der Richtung der Forderung neuer Opfer von Deutschland zu führen versuchen.

In den vorbereitenden Besprechungen zwischen der deutschen Delegation für die Saarverhandlungen mit den berufenen Vertretern des Saargebiets haben diese erneut die Gesichtspunkte festgelegt, die gewissermaßen als Mindestforderung für die Durchführung dieser Verhandlungen vom Saargebiet vertreten werden. Oberster Grundsatz ist dabei, daß das gesamte Saargebiet bis zum letzten Quadratcentimeter ohne ein politisches Übergangsregime wieder unter die Souveränität des Reiches und der Länder zurückgeführt wird. Die Saargruben müssen unter Ablehnung aller Internationalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen restlos wieder in den preussischen und bayerischen Landesbesitz zurückkommen. Ohne Erreichung dieses Zieles ist für die Saargebietsbevölkerung nach ihren wiederholten Erklärungen ein Verhandeln mit Frankreich unmöglich. Man ist vielmehr gewillt, mit der Rückgliederung des Saargebiets bis zum Jahre 1935 zu warten, wenn Frankreich solchen selbstverständlichen Voraussetzungen nicht restlos Rechnung tragen sollte.

Es ist heute noch nicht zu übersehen, wie sich die deutsch-französischen Saar-Verhandlungen abwickeln werden. Nur eines ist bestimmt, daß diese Verhandlungen schwierig, infolge mangelnden Entgegenkommens Frankreichs vielleicht ergebnislos verlaufen werden. Um so notwendiger ist es, mit der Aufklärung über das, was bei der Frage der Rückgliederung des Saargebiets für Deutschland politisch und wirtschaftlich auf dem Spiele steht, nicht nachzulassen, bis das erreicht ist, was von den Vertretern des Saargebiets eindeutig gefordert wird.

Der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erwächst aus dieser Lage heraus die politische und vaterländische Pflicht, ihre Tätigkeit im Sinne des Willens der Saargebietsbevölkerung nicht nur fortzusetzen, sondern angesichts der heranreisenden Entscheidung und der französischen Bestrebungen mit verstärkter Kraft aufzunehmen. Dem gesamten deutschen Volk, nicht zuletzt allen deutschen wirtschaftlichen Faktoren, fällt damit aber die Aufgabe zu, diese Arbeit durch Bereitstellung der notwendigen Mittel zu unterstützen und zu fördern. Zur Einleitung dieser dringend notwendig gewordenen Stützungsaktion zur restlosen Rückgliederung des Saargebiets in politischer und wirtschaftlicher Beziehung hat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eine neue Aufklärungsschrift „Deutsch die Saar immerdar! Helft die deutsche Saar befreien“ über das Saargebiet herausgegeben, die gerade auf die wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar hinweist.

Dem Aufruf haben sich eine große Reihe der politischen Führer aller Parteien des Deutschen Reichs und des deutschen Saargebiets angeschlossen unter wärmster Befürwortung, da sie die Fortsetzung der Aufklärungsarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine angesichts der neu einsetzenden französischen Saar-Propaganda und aus den angeführten Gründen mit aller Kraft und mit allen Mitteln für durchaus notwendig halten. „Es gilt auch heute noch so schlecht die Erklärung, die Wahrheit über das Saargebiet zu verbreiten und für Land und Volk an der Saar das Recht und Gerechtigkeit zu fordern. In diesem Sinne ist die Aufklärungsarbeit des „Saar-Verein“ bisher geleistet worden, sie verdient deshalb alle Anerkennung und die im Aufruf erbetene Unterstützung.“

* Große Saarkundgebung in Frankfurt a. M. Eine große, öffentliche Saarkundgebung fand in Frankfurt a. M. am Donnerstag, dem 21. November, statt. Die Frankfurter Ortsgruppe unseres Bundes hat es in den letzten Jahren verstanden, immer größere Massen für die Saarfrage zu interessieren. Regelmäßig im Herbst hält sie eine große öffentliche Versammlung ab, für die sie bekannte Redner aus dem Saargebiet gewinnt. Der Besuch dieser Veranstaltungen ist von Jahr zu Jahr stärker geworden. Und so konnte die Ortsgruppe es in diesem Jahre wagen, den wohl größten Saal Frankfurts, im Zoologischen Garten, zu nehmen, zumal ja gerade jetzt die Saarfrage besonders aktuell ist. Sie hatte sich nicht verrechnet.

In der achten Abendstunde des 21. November begann die Bevölkerung Frankfurts dem Zoologischen Garten zuzuströmen, mehr und mehr füllte sich der gewaltige Saal und nahm die Hunderte von Männern und Frauen aller Stände und Berufe auf, die sich unterrichten lassen wollten, wie es im Saargebiet

aussehe, und hören wollten, ob die Hoffnung baldiger Befreiung für das der Stadt so naheliegende Gebiet endlich Aussicht auf Verwirklichung habe. Etwa 1500 Personen waren es, die dem Rufe der Frankfurter Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine zu der von ihr veranstalteten Rundgebung gefolgt waren. Als Vertreter des verhinderten Oberbürgermeisters erschien der Stadtrat Herr Michel, für die Universität Herr Professor Dr. Behrmann, Vertreter der Oberpostdirektion, des Saarvereins Ortsgruppe Bonn schlossen sich an, sowie zahlreiche Abordnungen der hier bestehenden Organisationen und Verbände. Von den Galerien grüßte die Frankfurter Jugend, deren bunte Wimpel in den Saal hineintrug, ihm ein farbenfrohes Bild gebend. Auf dem Bühnenpodium aber stand, wichtig und groß, von der Hand des Vereinsmitgliedes Herrn Tatisch künstlerisch plastisch gestaltet, das Winterberg-Denkmal, und über ihm hellleuchtend der Spruch: „Deutsch die Saar immerdar!“ Stimmungsvolle Weihe beherrschte die Versammlung, die sich in bedeutungsvollster Stunde hier zusammengefunden hatte. Waren doch am Vormittag desselben Tages in Paris die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich aufgenommen worden, die auf die Erledigung der Saarfrage, dieser letzten im Versailler Machtspruch noch offen gelassenen Frage abzielten. In seinen Begrüßungsworten wies der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel, hierauf hin und betonte, daß, wenn je, es am heutigen Abend gelte, ein lautes, in alle Welt klingendes Bekenntnis abzulegen für die unverbürliche Verbundenheit — nicht nur Frankfurts, nicht nur der Westmark an Rhein und Main, sondern des gesamten deutschen Vaterlandes — mit der treuen Saarbevölkerung, und die selbstverständliche Forderung nach baldigster und restloser Rückgliederung des Saargebietes in das Reich doppelt und dreifach zu unterstreichen. Wie das Winterberg-Denkmal die Befreiung der Saar von französischem Einfall und französischer Herrschaft veranschauliche, die die preußischen Truppen der verschiedensten Gauen am 6. August 1870 erkämpft hätten, so wolle auch der Bund der Saarvereine unter demselben Zeichen die Kräfte aus allen deutschen Gauen sammeln und zusammenfassen in dem Kampf gegen den auch heute wieder drohenden Einfall der französischen Macht und ihren Angriff auf die deutsche Südwestmark, der jetzt freilich nicht mehr mit Bataillonen und Batterien geführt, sondern zu stützen versucht werde auf die Ergebnisse von Versailles und die Paragraphen des Friedensdiktates. Aber auch dieser Angriff werde zerfallen an der Treue der Saar und der Kraft des gesamtdeutschen Willens und wahr würden werden die Worte des Saarlies: Deutsch bleibt die Saar — immerdar!

Im Namen der Stadt Frankfurt sprach Herr Stadtrat Dr. Michel. Zunächst begrüßte er es, daß in dem großen Saale, in dem vor kurzem noch heftige Partiekämpfe stattgefunden hätten, jetzt Vertreter der verschiedensten politischen Richtungen in der eiträchtigtsten Weise zusammensäßen, um zu zeigen, daß ihnen das Wohl und Wehe der Bevölkerung des Saargebietes am Herzen liege. Zwischen der Stadt Frankfurt und dem Saargebiet hätten stets enge, freundschaftliche Beziehungen bestanden. Ganz Frankfurt habe den dringenden Wunsch, daß die Forderung der Bevölkerung des Saargebietes und des ganzen deutschen Volkes, baldiger restloser Wiedervereinigung des Saarländes mit unserem Vaterlande erfüllt würde. Dann nahm der Hauptredner des Abends, Herr Professor Dr. Kloevekorn, das Wort zu seinem Vortrage, der unter dem Motto stand: „Der Entscheidungskampf um das Saargebiet.“ Er führte folgendes aus:

Während die Konferenz im Haag im August d. J. die Saarfrage aus ihren Beratungen absichtlich ausgeschaltet hat, ist diese durch den Briefwechsel Stresemann-Briand vom 30. August besonderen, alsbald zwischen Deutschland und Frankreich aufzunehmenden Verhandlungen ausdrücklich vorbehalten worden. Sowohl der Tod des deutschen Reichsaußenministers wie die Umbildung des französischen Kabinetts haben für Deutschland die beginnenden Verhandlungen nicht erleichtert. Um den augenblicklichen Stand der Saarfrage klarzustellen, ist es notwendig, etwas weiter auszugreifen und die Entwicklung der Saarfrage seit 1918 kurz zu untersuchen. Bereits die Schöpfer des Versailler Vertrages haben in den Verhandlungen in Versailles sowohl die politische Annexion wie den wirtschaftlichen Einfluß Frankreichs im Saargebiet als Ziel der französischen Politik betont. Die politische Entwicklung, wie sie Frankreich erwartet hatte, trat nicht ein. Obwohl der französische Präsident der Regierungskommission Rault mit allen Mitteln gemeinsam mit der französischen Bergverwaltung darauf lossteuerte, das Saargebiet bis 1935 für den Anschluß an Frankreich reif zu machen, ist eine immer größere Entfremdung zwischen der Saargebietsbevölkerung und Frankreich eingetreten. Alle Mittel auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete versagten angesichts der prächtigen deutschen Haltung der Bevölkerung. Die Jahrtausendfeier im Jahre 1925 stellte einen Wendepunkt in der Geschichte des Saargebiets dar. Sie ist der politische Sieg des Saargebiets

über Frankreich. Seit 1925 hat Frankreich seine Saarpolitik in der Erkenntnis, daß dieses Gebiet nicht zu gewinnen ist, umgestellt. Frankreich geht jetzt darauf aus, seine wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet für die Zukunft sicherzustellen. Das führte den Redner dazu, die Frage zu prüfen: Wohin gehört das Saargebiet wirtschaftlich? Die Ausführungen über diese Frage zeigten mit aller Deutlichkeit, daß durch alle die Mittel, die Frankreich in den zehn Jahren angewendet hat, die Strukturverhältnisse der deutschen Saarwirtschaft nicht im Grunde verändert worden sind. Selbst die wirtschafts- und zollpolitische Eingliederung des Saargebiets in das französische Wirtschaftssystem hat die von Frankreich ersehnte Umstellung nicht vollziehen können. Die eben beginnenden Verhandlungen werden die großen Gegensätze beleuchten zwischen der deutschen Auffassung und den französischen Wünschen. Frankreich verlangt für die frühere Rückgliederung des Saargebiets wirtschaftliche Vorteile. Vor allem betrachtet Frankreich das Saargebiet als ein Land, in dem die deutsch-französische Verständigung praktische Erfolge erzielen könnte. Der deutsche Standpunkt in der Saarfrage verlangt die restlose politische und wirtschaftliche Rückgliederung des Saargebiets ohne Vorbehalte. Darüber besteht im Saargebiet keinerlei Meinungsverschiedenheit, daß nur eine Lösung tragbar ist, die das Saargebiet politisch wie wirtschaftlich freimacht. Sollten von der französischen Delegation Forderungen erhoben werden, die einen Einfluß Frankreichs auf die Gruben nach 1935 sicherstellen sollen, so ist die Saarbevölkerung bereit, bis 1935 auszuharren und dann die Rückgliederung nach dem Wortlaute des Versailler Vertrages durchzuführen zu lassen. Der Wille der Saarbevölkerung, nur eine Lösung in deutschem Sinne anzunehmen, wird sich nicht ändern. Das Saargebiet wird erst dann eine Verständigungsbrücke zwischen Deutschland und Frankreich sein können, wenn Frankreich seine Hoffnungen auf eine politische oder wirtschaftliche Beherrschung des Saargebiets aufgegeben hat. Was aber auch die Zukunft bringen möge — für sie mache die Saarbevölkerung wie für die Vergangenheit und Gegenwart sich das Wort des letzten deutschen Gouverneurs von Tschingtau zu eigen, das dieser bei Kriegsausbruch in die Heimat sandte: „Einstehe für Pflichterfüllung bis zum äußersten.“

Wiederholt waren die Ausführungen von lautem Beifall unterbrochen worden. Als der Redner geendet, erneuerte sich das Händeklatschen immer wieder, bis der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Herr Senatspräsident Andres, das Rednerpult bestieg und den Dank der Versammlung an Herrn Professor Dr. Kloevekorn in herzlichen Worten zum Ausdruck brachte, zugleich den Dank des Bundes der Saarvereine der Ortsgruppe für die Veranstaltung und deren Wohlgelingen übermittelnd. Einmütige Zustimmung fand die folgende von ihm vorgeschlagene Entschließung:

„Angesichts der heute beginnenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zwecks Regelung der das Saargebiet betreffenden Fragen erheben die zu einer machtvollen Rundgebung im Zoologischen Garten versammelten Männer und Frauen nach einem Referat von Professor Dr. Kloevekorn-Saarbrücken einmütig die Forderung, daß durch diese Rückgliederungsverhandlungen dem hartgeprüften Saargebiet endlich Gerechtigkeit gegeben wird. Sie verlangen die restlose politische und wirtschaftliche Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Deutschen Reich ohne jegliche Vorbehalte. Im Hinblick auf die schweren Lasten, die dem deutschen Volke für die kommenden Jahrzehnte auferlegt werden sollen, kann nur eine Lösung der Saargebietsfrage angenommen werden, die keinen Zoll deutschen Bodens preisgibt und die die wirtschaftliche Ausbeutung der Saargruben auf rein deutscher Grundlage sicherstellt.“

Mit einem Hoch auf das Saargebiet und das Vaterland und dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes schloß die erhebende Feier. Noch im Abmarsch bekräftigte die Jugend Frankfurts auch ihrerseits das Treugelöbnis für die Saar, indem die unter Leitung des Herrn Hamel stehende Gruppe des B. A. das von einem ihrer Mitglieder besonders vertonte Saarlies zu Gehör brachte. Unter dem tiefgehenden Eindruck der Rundgebung, zu der auch die Geschäftsstelle Berlin einen telegraphischen Gruß gesandt hatte, blieben die Mitglieder der Ortsgruppe noch längere Zeit gesellig in dem Bewußtsein zusammen, ihr Scherflein für die gemeinsame große Saarsache heute beigetragen zu haben.

Rundgebung des Haleschen Saarvereins.

„Brüder in Not! Der Feind ist im Land!“ Wie oft drangen solche Hilferufe in den vergangenen zehn Jahren aus allen Grenzmarken, uns immer wieder daran erinnernd, was wir verloren haben, und die uns heute zum Bewußtsein bringen, was wir vergessen haben! Da haben sich alle die aus den besetzten Gebieten Ausgewiesenen und Ausgewanderten, die sich zu Heimat-Vereinen zusammenschlossen, gerade dadurch ein großes Verdienst erworben, daß sie den Schwestern und Brüdern in den geraubten Landesteilen den Glauben an Deutschland stärkten, im Reich immer wieder

auf die Notlage ihrer bedrängten Stammesgenossen hinwiesen und auf diese Weise beiden ein festes Band knüpften. Um über das künftige Schicksal des Saargebietes das rechte Verständnis zu wecken, veranstaltet jetzt der Bund der Saar-Vereine in allen deutschen Gauen Rundgebungen. So rief nun auch die Ortsgruppe Halle zu einer „Rundgebung für das Saargebiet“ auf, die am 7. November, abend im Saale des „Stadtschützenhauses“ stattfand. Dank der rührigen Vorarbeit des neuen Vorstandes war es gelungen, ein überaus reichhaltiges Programm zusammenzustellen. Es wirkten mit die Männergesangsvereine „Arion“ und „Melodie“, welche 80 Mann stark, unter Leitung des Chormeisters Stamm deutsche Heimatlieder in harmonischer Klangfülle und Reinheit vortrugen, die alle Teilnehmer in gehobene Stimmung versetzte. Den orchestralen Teil des Abends hatte die 30 Mann starke Schülerorchester-Vereinigung der höheren Schulen übernommen. Die Märsche und Opernstücke wurden mit Schneid und Kunstverständnis dargeboten, da war es kein Wunder, daß die Gäste nach stürmischem Applaus Zugabe um Zugabe verlangten. Der Hallische Turn- und Sportverein von 1861 hatte zwanzig seiner Aktiven für die gute Sache zur Verfügung gestellt. Von den Herren wurden Barrenübungen geboten, die als Gipfelleistungen nicht zu übertreffen waren. Während die Damen reizende altdeutsche Volkslänze zeigten, die großen Beifall fanden. Eingeleitet wurde der Abend durch einen wichtigen Vorpruch, vorgetragen von Fräulein Käthe Weber mit klangvoller Dialekt; gedichtet von dem alten Saarkämpfer Kurt Trog. In der folgenden Begrüßung brachte der rührige und verdienstvolle 1. Vorsitzende, Studienrat Dr. Otto Koppelke seine Freude über den zahlreichen Besuch und den Dank an die Presse und alle treuen Mitarbeiter zum Ausdruck. Er schilderte in bewegten Worten die Not der vertriebenen Saardeutschen, die Treue zum angestammten Vaterlande, die Sehnsucht nach der Heimat, und ließ seine Rede in den Ruf ausklingen: Zurück zur Heimat! Worauf bei geschlossenem Vorhang die Männerchöre das alte deutsche Sehnsuchtslied: „Nach der Heimat möcht' ich wieder“ ausklingen ließen. Den Glanzpunkt des Abends bildete der Vortrag von Rechtsanwalt Giersberg-Magdeburg. Als einer der besten und gründlichen Kenner unseres Saargebietes schilderte der Redner Land und Leute als Kerndeutsche, die nichts anderes wollen, als dem Mutterlande wieder angehören. Mit unwandelbarer Treue hält dieser Volksstamm, trotz aller Schikanen der Franzosen, trotz der 150 000 Papierfranzosen von Clemenceau, trotz des Raubbaues in den Kohlenflözen, besonders im Warndtgebiet, im Glauben an die Rückkehr zur Heimat fest. Die kommende Abstimmungen wird diese Treue bezeugen. Eine Reihe von Lichtbildern brachte den Mitteldeutschen, die das Saargebiet nur vom Hörensagen kennen, in rascher Reihenfolge die unvergängliche Schönheit unseres Saarlandes mit seinen Weinbergen, seinen herrlichen Wäldern und seinem Kohlenreichtum vor Augen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Mit dem von allen Anwesenden stehend gesungenen Niederländischen Dankgebet wurde der Abend beschlossen. Der Ruf: „Herr, mach' uns frei!“ kam aus aller Herzen.

Der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ haben dem Herrn Reichsaussenminister Dr. Curtius und Herrn Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Moldenhauer anlässlich ihrer Ernennung folgende Schreiben zu gehen lassen:

An den Herrn Reichsaussenminister Dr. Curtius: Ihre nunmehr vollzogene endgültige Ernennung zum Reichsaussenminister veranlaßt uns, Ihnen zu der Uebertragung dieses verantwortungsvollen Amtes die aufrichtigsten und ergebsten Wünsche zu erfolgreicher Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Sie übernehmen das Amt des leider zu früh verstorbenen Reichsministers Dr. Stresemann, der sich noch in den letzten Wochen seines Lebens mit besonderer Energie für die baldige Rückgliederung des Saargebietes eingesetzt hat. Als langjähriger treuer Mitarbeiter und persönlicher Freund des Verstorbenen sind Sie, sehr verehrter Herr Reichsminister, mit dessen Fühlen und Bestrebungen bestens vertraut, so daß wir mit Genugtuung feststellen dürfen, daß Sie auch seine Saarpolitik in vollem Umfange und mit gleicher Kraft verfolgen werden. Als langjähriger Reichswirtschaftsminister sind Ihnen die Probleme der Saarrückgliederung gerade hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Seite bestens bekannt. Wir begrüßen daher mit besonderer Genugtuung, daß gerade Sie an die Stelle des von uns hochverehrten Herrn Reichsministers Dr. Stresemann getreten sind, um sein Werk fortzuführen.

Wir geben uns der bestimmten Hoffnung hin, daß Sie, sehr verehrter Herr Reichsminister, allen Bestrebungen zur baldigen Befreiung des Saargebietes und zur wirtschaftlichen und politischen Eingliederung dieses urdeutschen Landes in Reich und Wirtschaft das gleiche Interesse und Verständnis entgegenbringen werden, wie es der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und dem Bunde der Saarvereine und allen Mitkämpfern für deutsche Saarfreiheit durch Herrn Reichsminister Dr. Stresemann stets zur Seite stand.

An den Herrn Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Moldenhauer: Mit großer Genugtuung und Freude haben wir von Ihrer soeben erfolgten Ernennung zum Reichswirtschaftsminister Kenntnis genommen. Gestatten Sie, daß wir Ihnen zu dieser ehrenvollen Berufung unsere herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck bringen. Wir sind uns dessen bewußt, wie ernst Sie diese Aufgaben auffassen, die Ihrer in diesem Amte harren. Wir sind uns aber ebenso klar darüber, daß Sie Ihre ganze Kraft einsetzen werden, um mit der Gesundung der deutschen Wirtschaft dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes die Wege zu ebnen.

Wenn wir Ihre Ernennung zum Reichswirtschaftsminister mit besonderer Genugtuung begrüßen, so deshalb, weil Sie dem „Saar-Verein“ und seinen Bestrebungen seit Jahren nahegestanden und ihn gefördert haben. Wir begrüßen aber Ihre Ernennung auch aus dem Grunde, weil Sie aktiv an den Aufgaben des Bundes der Saarvereine mitgearbeitet haben. Wir erinnern uns mit großer Freude Ihres ausgezeichneten Vortrages, den Sie im Rahmen der Arbeitsitzung der 8. Tagung des Bundes der Saarvereine in Heidelberg im Jahre 1928 gehalten haben und der in der politischen Öffentlichkeit des In- und Auslandes starken Eindruck hinterlassen hat.

Wir dürfen wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie uns Ihr Interesse und Wohlwollen auch weiterhin erhalten. Darauf würden wir um so größeren Wert legen, weil die bevorstehenden deutsch-französischen Saarverhandlungen in größtem Umfange Ihr Ressort betreffen werden und weil auch vor allem die Zeit nach der Rückgliederung eine Zusammenarbeit zwischen Saargebiet und Reichswirtschaftsministerium erforderlich machen wird.

Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Moldenhauer hat hierauf folgendes Schreiben an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gerichtet:

Für Ihren freundlichen Glückwunsch zu meiner Ernennung zum Reichswirtschaftsminister spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank aus. Habe ich es bisher als Abgeordneter für eine meiner Hauptaufgaben gehalten, für die Wiedereingliederung des Saargebietes in das deutsche Vaterland zu kämpfen, so bitte ich Sie, überzeugt zu sein, daß es in meinem neuen Amte eine meiner vornehmlichsten Sorgen sein wird, und ich stolz darauf bin, auch von dieser Stelle aus mitwirken zu können. Ich weiß, daß ich in diesem Kampfe eine besondere Hilfe an dem Saar-Verein finden werde, dessen bisherige Arbeit für die Lösung der großen Aufgaben so wertvoll gewesen ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(gez.) Moldenhauer.

* Vor der Ortsgruppe Groß-Berlin des Verbandes der Schulgeographen hielt am 15. November in der Gesellschaft für Erdkunde Herr Berghauptmann i. R. Cleff einen Vortrag über das Saargebiet vom wirtschaftlich-geographischen Standpunkt. Der Vortrag war erfreulicherweise sehr gut von den Lehrern der Geographie aller Schulgattungen Berlins besucht. Der Vorsitzende des Verbandes führte bei seinem Dank an den Vortragenden mit Recht aus, daß kaum ein Zuhörerkreis geeigneter sei, aufklärend über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Saargebietes zu wirken als der Kreis der Lehrer Groß-Berlins. Der Beifall der Zuhörer bekundete ihre Bereitschaft, sich für die Aufklärungsarbeit über das Saargebiet einzusetzen.

Der Saarverein Herne, Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine, hatte seine Monatsversammlung am Sonntag, 24. November, abends 7 Uhr, im „Franziskaner“. Es konnten 12 neue Mitglieder aufgenommen werden. Der Vorsitzende erstattete einen Bericht über den Verlauf des zehnjährigen Stiftungsfestes, verbunden mit der großen Saarfundgebung, und dankte allen Mitwirkenden, besonders aber dem Ehrenvorsitzenden, Bergassessor A. Klein, für die tatkräftige Unterstützung der Veranstaltung. Die Versammlung beschloß, die diesjährige Weihnachtsfeier am 2. Weihnachtstage im „Franziskaner“ zu begehen. Den Kindern der Mitglieder wird in der üblichen Weise beschenkt. Die Generalversammlung wurde auf den 5. Januar festgelegt. Am 22. Februar soll eine Fastnachtsfeier veranstaltet werden. Ueber die Saarverhandlungen wurde ebenfalls Bericht erstattet. Eine lebhaft ausgeführte Aussprache schloß sich hieran an. Auf Anregung verschiedener Mitglieder wird in Zukunft in jeder Versammlung ein Vortrag über die Saarverhandlungen gehalten werden. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde noch angeregt, eine Theaterabteilung zu gründen.

* Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine veranstaltete am 26. Oktober 1929, in der Bahnhofswirtschaft zu Zabelsdorf bei den Mitgliedern Eheleuten Wolff in Gestalt eines Esbeinessens einen gelungenen Herrenabend, an dem 15 Mitglieder sich beteiligten. Am 11. Oktober und 8. November 1929, hielt die Ortsgruppe im Beisein von vielen Mitgliedern und Gästen im Gartenrestaurant „Lindenhof“ ihre 49. und 50. Monatsversammlung ab; die Leitung lag beide Male infolge dienstlicher Abwesenheit des Vorsitzenden Oberregierungsrates Dr. Stegner, in den Händen der Vorstandsmitglieder Schmidt und

Ehrhardt. In der ersterwähnten Versammlung brachte Zivilingenieur Ehrhardt einige Artikel aus dem in Saarbrücken erscheinenden Blatte „Saar-Großstadtbrille“. In der Sitzung am 8. November machte Rassenwart Ehrhardt auf die Bedeutung der 50. Monatsversammlung aufmerksam. Als dann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Entschließung zur Saarfrage“ wurde eine etwa zu fassende Resolution bis zur nächsten Versammlung verschoben. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Winterfest“ wurde beschlossen, letzteres am 4. Januar 1930 im Vereinslokal „Lindenhof“ abzuhalten. Die Vorbereitungen hierfür wurden dem Vergnügungsausschusse übertragen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Mitgliederbewegung“ wurde der Beitritt des Dr. Teichmann zu Stettin, früher in Trier, bekanntgegeben. Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Werbelätigkeit“ wurde die Bestellung der Aufklärungsschrift „Deutsch die Saar immerdar — Helft die deutsche Saar befreien!“ den Mitgliedern angelegentlich empfohlen. Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Mitteilungen“ wurde eine Einladung des Heimatvereins der Ostpreußen in Stettin zu dem hier selbst am 10. November 1929 in der Bismarschule stattfindenden Ostdeutschen Werbeabend bekanntgegeben und der Besuch den Erschienenen nahegelegt. Weiter wurde berichtet, daß zu Ehren des Herrn Generalfeldmarschalls von Mackensen, der am 6. Dezember d. J. sein 80. Lebensjahr vollendet, am 1. Dezember 1929, 11 Uhr vormittags, in den Stettiner Zentralhallen eine Festfeier stattfindet, zu der die Mitglieder der Vaterländischen und der Grenzlandverbände eingeladen sind. Etwaige Teilnehmer sind vorher anzumelden, und Meldungen werden schon jetzt entgegengenommen. Nach Schluß des geschäftlichen Teiles der Versammlung blieben die Erschienenen bei angeregter Unterhaltung noch längere Zeit zusammen.

* Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen wohnte am 12. November auf Einladung der Handelskammer Mannheim einer Saarpvortragsveranstaltung bei, bei der der Syndikus der Saarbrücker Handelskammer, Herr Alffor-Lütke, einen Vortrag über die Rückgliederungsprobleme des Saargebietes hielt, dem auch eine zahlreiche interessierte Zuhörerschaft aus Handel und Industrie beiwohnte. In seinem Referat wies der Redner (siehe auch Nr. 22 des „Saarfreund“: „Die wirtschaftlichen Probleme bei der Rückgliederung des Saargebietes“ von Lütke, D. Schriftl.) zunächst auf die wirtschaftliche Bedeutung der Saar hin, die er mit einzelnen Zahlen belegte, von denen interessieren, daß die Steinkohlenförderung 8 Prozent der deutschen Gesamtförderung ausmacht, die Roheisenproduktion 14,1 Prozent und die Rohstahlproduktion 12,5 Prozent der deutschen Gesamtproduktion. Daß die Steinkohlenproduktion unter der französischen Verwaltung nicht wesentlich gefördert sei, sondern sich im großen und ganzen noch auf der Vorkriegsförderung bewege, werde für die zukünftigen Verhandlungen über die Rückgabe der Saargruben nicht ohne Bedeutung sein, weil damit infolge der mangelnden Reinvestitionen ihr Produktionswert nicht unwesentlich gesunken sei. Der Redner schilderte sodann die Wandlungen und Eingriffe der Nachkriegszeit und wies nach, was auch die Entwicklung der handelspolitischen Beziehungen nach dem Saarzollabkommen ganz einwandfrei beweise, daß Deutschland das natürliche Absatzgebiet der Saar auch heute noch sei und bleiben werde und daß auf der anderen Seite der Bezug der Saar an Waren aus Deutschland in den letzten Jahren ständig gewachsen sei. Gewiß bestünden starke Verbindungen mit Elsaß-Lothringen (Austausch von Kohle und Minette), der Hauptabfah und die Hauptverbindungen gingen aber trotz der Zollbelastung ausschließlich nach Deutschland. Zusammenfassend kennzeichnete Alffor-Lütke die Rückgliederungsprobleme in der Hauptsache wie folgt: der verwaltungsmäßige Übergang dürfte keine Schwierigkeiten machen, da die mittlere und untere Verwaltung deutsch geblieben sei, so daß man nur die oberen Behörden abzuschneiden brauche und wieder in engen Konnex mit den unteren zu bringen habe. Das wesentlichste für die Rückgliederung der Saar sei, daß die bei der Heimkehr auftretenden produktionsverteuernden Faktoren nach Möglichkeit ausgeschaltet würden. Das sei vornehmlich durch Übergangsmassnahmen auf dem Gebiete der Währung, der Steuern und der Mieten zu erreichen. In erster Linie erwarte die Saar jedoch größtes Entgegenkommen der Reichsbahn durch entsprechende Tarifpolitik. Der Redner ging auf die einzelnen Probleme des Rückkaufs der Kohlengruben ein, wobei er nochmals feststellte, daß vielmehr auf dem Kohlen- wie auch Erzgebiete die beiderseitigen Interessen sich sehr wohl die Waage hielten, was sicherlich einen Ausgleich bringen werde. Dieser Ausgleich, das hätten die letzten Jahre gezeigt, sei auch auf allen anderen handelspolitischen Gebieten möglich. Die Rückgliederung müsse auf friedlichem Wege erfolgen — wobei der Redner u. a. auch die Möglichkeiten eines europäischen Zollvereins streifte —, der schon in der Vergangenheit von der französischen und deutschen Industrie beschritten wurde. Handels-

kammerpräsident Benel, der die Versammlung leitete, erinnerte in seinem Schlußwort an den gemeinsamen Ausbau der Verkehrs-möglichkeiten. Es möge Wahrheit werden, was Herr Alffor-Lütke als Wunsch geäußert habe, daß der Saar nach schwerer Operation eine genügend lange Zeit der Konvaleszenz beschieden sei, damit ihr gesunder Wirtschaftskörper im Aufbau der gesamten deutschen Wirtschaft seine richtige und wichtige Stelle ausfüllen könne.

* Die Ortsgruppe Gladbeck des Bundes der Saarvereine beteiligte sich kürzlich an einer großen deutschen Kundgebung der Grenz-, Kolonial- und Auslandsdeutschen unter dem Motto: „Auf Vorposten für die deutsche Zukunft“. Als Saarländer und Vertreter der Ortsgruppe nahm Herr Steiger Sitz das Wort. „Das Saarland“, so führte er aus, „hat genug vom Regime des Völkerbundes, es will heim zum Reiche. In den elf Jahren seit Kriegsende haben wir genug gelitten. Eine Armentolonie hat die diktatorisch schaltende Regierungskommission aus unserem Ländchen gemacht, in dem deutsche Gesetze, deutsche Fürsorge nur zum Teil Gültigkeit haben. Die Jahrtausendfeier hat Frankreich gezeigt, wie das Saarland fühlt, und die Franzosen sollten sich die Blamage ersparen, die eine Volksabstimmung ihnen einbringen würde.“ Nach diesem Referat wurde einstimmig und unter großem Beifall folgende Entschließung angenommen: „Schon über zehn Jahre schmachtet das Saargebiet unter der Fremdherrschaft des Völkerbundes, der fast vollständig unter französischem Einfluß steht; Jahr für Jahr hat die Bevölkerung in Hunderten von Kundgebungen und Entschließungen ihren einmütigen Willen zum Ausdruck gebracht, daß sie zur Mutter Germania, zum deutschen Vaterlande, zurück will, und noch immer hat man ihr Rufen nicht gehört oder wollte es nicht hören. Erst nach jahrzehntelangem Ringen war es unserem leider so plötzlich aus seiner Tätigkeit durch den Tod hinweggerissenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann gelungen, den französischen Ministerpräsidenten Briand zur Vereinigung der Saarfrage zu bewegen. Da durch die Ereignisse der letzten Tage die Verhandlungen wieder hinausgeschoben wurden und sich große Widerstände seitens der französischen Rechtsparteien und der Generäle bemerkbar machen, sind wir gezwungen, eindringlich mahnend noch einmal unsere Stimme zu erheben und es hinauszukreisen in die ganze Welt und zu appellieren an den Gerechtigkeitssinn der dem Völkerbund angeschlossenen Nationen und ihre Regierungen, daß sie endlich einmal das bis jetzt nur auf dem Papier stehende Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Tat umsetzen. Darum hört her, wir wollen auch hier in Gladbeck im Ruhrgebiet es nochmals laut und deutlich wiederholen: Was will das Saargebiet? Und einstimmig lautet auch bei uns die Antwort: „Das Saargebiet will heim!“ Es will 1. vollständige Rückgliederung zum Deutschen Reich, zu Preußen bzw. der bayerischen Pfalz; 2. restlosen Rückkauf aller ehemaligen fiskalischen Bergwerke durch das Reich zu einem angemessenen Preis und Rückgabe an die früheren Besitzer ohne irgendwelche Beteiligung Frankreichs oder französischer Wirtschaftsinteressenten; 3. Beseitigung der deutsch-saarländischen Zollgrenze; 4. sofortige Inkraftsetzung aller seit dem 11. November 1918 erlassenen deutschen sozialer Gesetze; 5. nach Rückkauf der Saargruben baldmöglichsten Anschluß des Saarbrücker Knappschaftsvereins an die Reichsknappschaft und Gleichstellung sämtlicher Altrentenäre, der S. K. mit denen der R. K.; 6. die Behandlung aller anderen deutsch-französischen Zoll- und Wirtschaftsfragen wollen wir unseren bevollmächtigten Vertretern überlassen.“

* Eine Saarwerbeversammlung in Neuwied hatte der Heimatbund der Saarländer für Koblenz und Umgebung am 16. November im Rath. Leseverein einberufen. Dieser Einladung hatten über 100 Saarfreunde aus der Umgebung Folge geleistet. Auch von den in Neuwied lebenden Saarländern waren fünfzehn erschienen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Koblenz, Verwaltungsobersekretär Heinz Kellner, den Neuwieder Saarländern kein Unbekannter, umriß in kurzen Worten die Ziele des Saarvereins. Er führte aus, daß es die vornehmste Aufgabe der landsmännlichen Verbände sein müsse, Heimatliebe und Heimattreue auch außerhalb der Heimatgrenzen zu pflegen. Für die Saarländer käme noch ein weiteres hinzu, das sei die Saarfrage. Wenn auch in der nächsten Zeit die Verhandlungen über die Rückgabe des Saargebietes beginnen sollen, so läge das Ziel jedoch noch fern, und schwere Kämpfe ständen uns noch bevor, zumal der eifrigste Verfechter für die Befreiung der Saar, Dr. Stresemann, leider allzu früh durch den Tod abgerufen worden sei und durch die Umbildung des französischen Kabinetts Männer an die Spitze Frankreichs gekommen seien, die eifrige Verfechter der Annexion des Saargebietes seien. Es sei daher Pflicht aller außerhalb des Saargebietes lebenden Saarländer, die Schwestern und Brüder an der Saar in ihrem Ausbarren für Deutschland zu unterstützen. Die Saarheimat stände tren zum Reiche. Es bestehe ein Beschluß der politischen Parteien des Saargebietes, lieber bis 1935 auszuharren als auch nur einen

ihre Grundzüge zu opfern, und einer dieser Grundzüge sei, rest-
lose Rückgabe des Besitzes und der Verwaltung
des Saargebiets an Preußen und Bayern. Leider
sind noch viele Deutsche abseits, die durch Geburt, Bildung und
Einstellung zur Mitarbeit an der Aufgabe berufen wären. So sei
auch die Ortsgruppe Koblenz nach Neuwied gekommen, um zu
werden. Neuwied habe zwar schon seit längerer Zeit eine wich-
tige Stütze in dem Studienrat Dr. Koles. Die Mehrzahl der
hier wohnenden Landsleute stände der Bewegung jedoch noch
fern. In früheren Jahren habe hier ein Saarverein bestanden.
Es wäre zu hoffen, daß es nur eines Wunders bedürfe, um den
Verein neu entstehen zu lassen. Reicher Beifall folgte den Worten
des Redners. Als Vertreter der Neuwieder entbot Landsmann
Otto Schmidt den von auswärts erschienenen Landsleuten
seinen Gruß. Er betonte, daß der frühere Saarverein
1922 auf Anordnung der Besatzungsbehörde
auflösen mußte und die Zeitschrift „Saar-
freund“ verboten wurde. Er glaubte, ein Wiederauf-
leben des Vereins, der früher 36 Mitglieder gezählt habe, in
Aussicht stellen zu können. Es folgte hierauf eine Reihe humor-
voller und Geklungsvorträge. Dr. Koles ergriff noch das Wort
zu einer Ansprache, die mit viel Feuer und Idealismus vorge-
tragen, alle Zuhörer in ihren Bann schlug. Dr. Koles erwies sich
als ein Kenner der Verhältnisse des Saargebiets und hielt auch
mit seiner Kritik nicht zurück. Deutschland wünsche eine Verständ-
igung mit Frankreich, jedoch dürfe das Saarland
kein Handelsobjekt sein. Schon einmal hätte ein
nationaler Wille die Gegenseite von ihrem Vorhaben zurücktreten
lassen. Es handelte sich damals um die Auslieferung der so ge-
nannten Kriegsverbrecher. An dem einmütigen Willen des
ganzen deutschen Volkes sei damals das Begehren der Feinde ge-
scheitert. Auch heute sei der Zeitpunkt gekommen,
wo das deutsche Volk wieder sein „Niemals“ hin-
ausrufen müsse in alle Welt. Seine Worte klangen
aus in ein Hoch auf das Saarland und das deutsche Vaterland,
worauf spontan von den Versammelten das Deutschlandlied ge-
sungen wurde. Im Anschluß hieran beleuchtete Otto Schmidt
die wirtschaftspolitischen Verhältnisse des
Saargebiets zum gesamten Wirtschaftskomplex Deutschland
und zum Weltmarkt. Der weitere Abend wurde mit Musik und
Gesang ausgefüllt. Überall sah man Gruppen von Landsleuten
zusammensitzen, die heimatische Erinnerungen austauschten. Erst
in später Stunde trennte man sich. Anmeldungen für den Verein
nahmen die Landsleute Otto Schmidt und Dr. Koles ent-
gegen.

**** Ortsgruppe Mülheim Ruhr.** Unser Herbstfest-
abend bei Wirt Bruns in Heßen am Sonnabend, den
19. Oktober, 8 Uhr, fand wie bisher guten Zuspruch, indem sich
50 Personen einfanden. Eingangs übermittelte der Vorsitzende
Herr Studienrat Kohler nach kurzer Begrüßung die herzlichsten
Grüße unseres unermüdblichen und hochgeschätzten Verwaltungs-
direktors, Herr Bogel in Berlin, der am 13. Oktober unsere be-
nachbarten Landsleute in Oberhausen gelegentlich ihres zehn-
jährigen Stiftungsfestes besucht hatte, auf dessen Verlauf der
Sprecher kurz einging. Dann begann das muntere Spiel der sich
abwechselnden Damen- und Herrengruppen, das seinen Höhepunkt
im Damenpreisfesten erreichte, dem sich bei frohem Geplauder
Kaffee trinken und Wursteßen anschloß. Gegen 11 Uhr spielte
unsere bewährte Hauskapelle, Frau Fuchs und die Herren
Stenger und Pufahl, zum Tange auf, der sich bis gegen
1 Uhr ausdehnte. Man trennte sich im Bewußtsein ein paar
heller Stunden saarländischer Fröhlichkeit verlebt zu haben. Am
Sonntag, den 10. November, um 8 Uhr, findet im Vereinsheim
Hotel Rheinischer Hof unsere Jahreshauptversammlung
statt. Tagesordnung: Kassen- und Jahresbericht, Ergänzungswahl
der ausscheidenden Vorstandsmitglieder: 2. Vorsitzender, Schrift-
führer, ein Beisitzer und die Rechnungsprüfer.

Bücherschau.

Zehn Jahre Versailles. 1919—1929. Herausgegeben von
Dr. Heinrich Schnee, Gouverneur z. D., M. d. R., Präsident
des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände und Dr. h. c. Hans
Draeger, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Arbeits-
ausschusses Deutscher Verbände. 1. Band: Der Rechtsanspruch auf
Revision. Der Kampf um die Revision. Die wirtschaftlichen
Folgen des Versailler Vertrages. 2. Band: Die politischen Folgen
des Versailler Vertrages. Berlin 1929. Brüderverlag G. m.
H. 373 und 271 S. Preis geb. 25.— RM. Für alle be-
handelten Fragen sind Sachkenner verschiedener politischer
Richtungen gewonnen worden, so daß dies Werk auch

zugleich ein Zeichen ist, wie in den Fragen des Versailler Ver-
trages eine Einheitsfront im deutschen Volk besteht. In einem
allgemeinen Teil wird der Rechtsanspruch auf Revision begründet,
der sich herleitet aus der Verletzung der durch den Vorfriedens-
vertrag geschaffenen Rechtsgrundlagen. Dieser Widerspruch läßt
den Kampf um die Revision zu einem Kampf um das Recht wer-
den. Wie die moralische Achtung des deutschen Volkes als
Mittel zur Unterhöhlung der Rechtsgrundlagen benutzt wurde,
so steht uns auch diese moralische Waffe einer Aenderung der
Weltmeinung im Kampf um das Recht zu. Auch die Außenpolitik
in ihrem Kampf um die Befreiung von Versailles kann sich der
Argumente bedienen, die sich aus der Verletzung der Rechts-
grundlage und den Ergebnissen der internationalen Erörterung
der Kriegsschuldfrage ergeben. Reichsanwalt a. D. Dr. Wilhelm
Marx behandelt in diesem grundlegenden Teil die Rechtsgrund-
lagen der Versailler Friedensverhandlungen, während Geheimrat
Professor Dr. Niemeyer kritisch die Revisionsmöglichkeiten des
Versailler Vertrages untersucht. Der Beitrag von Dr. h. c. Hans
Draeger „Die internationale Erörterung der Kriegsschuld-
frage“ entwickelt in einer Uebersicht ihrer politischen Bedeutung
und psychologischen Entstehung Vorschläge zu einer Lösung durch
internationale Vereinbarung. Dr. Karl Schwenckmann
gibt eine Darstellung der Deutschen Politik von 1871—1914, Dr.
Heinrich Schnee, M. d. R., behandelt die „Deutsche Außen-
politik im Kampf um die Befreiung von Versailles“. Die wirt-
schaftlichen Folgen von Versailles werden dargestellt hinsichtlich
der Verminderung der deutschen Wirtschaftskraft von W. Schaefer,
bezüglich der Lahmlegung des deutschen Außenhandels von
H. Freiherr von Richtigshofen, die sehr folgenschwere Inter-
nationalisierung der deutschen Wasserstraßen von Landgerichtsrat
Dr. Lederle. Daneben sind der Reparationsfrage mehrere Ab-
handlungen gewidmet. Der zweite Band enthält die politi-
schen Folgen von Versailles. Hier sind zu nennen die Be-
träge von W. Sollmann, M. d. R., über die Beschrän-
kung der Machtbefugnis Deutschlands, von Dr. Th. Heuß
über das Schicksal der Auslandsdeutschen, von Gouverneur
Dr. Th. Seitz über die deutschen Kolonien. Die weiteren
Folgen werden der Erörterung der politischen, wirtschaft-
lichen und kulturellen Aufgaben des Völkerbundes unterstellt.
Professor Dr. Hoersch, M. d. R., stellt kritisch den Gedanken
des Völkerbundes als einer zwischenstaatlichen Organisation seiner
Fassung durch Versailles gegenüber, Prof. Dr. Wehberg schreibt
über seine Aufgaben der Kriegsverhinderung. Das Abrüstungs-
problem wird behandelt in Beiträgen von Oberst a. D. von
Derken, Oberst a. D., Dr. h. c. Schwerdtfeger, Admiral
Brüninghaus, Professor Dr. Everling. Über die
Mandats Herrschaft des Völkerbundes berichtet Professor Dr. Frei-
herr v. Freytagh-Loringhoven, M. d. R., die wirt-
schaftlichen Aufgaben des Völkerbundes werden bezüglich der
internationalen Arbeitsorganisation und der bisherigen Leistun-
gen auf dem Gebiete internationaler Wirtschaftsarbeit von
H. Müller-Lichtenberg, M. d. R., und Konsul Dr.
Koschek dargestellt. Der Arbeitsausschuß Deutscher Ver-
bände hat sich mit der Herausgabe ein neues Verdienst in dem
Kampf um die Revision erworben. Es wird jedem politisch
Arbeitenden notwendig sein.

Karten des Saargebietes wurden vom Reichsamt für
Landesaufnahme in Berlin herausgegeben. Die eine Karte
ist im Maßstab von 1:100 000, die andere in einem Maßstabe von
1:200 000 gehalten, letztere in Vierfarbendruck. Für den Historiker,
Schriftsteller, Automobilisten und Touristen wird die Karte in
Vierfarbendruck besonders willkommen sein, da diese weit über die
1920 „künstlich“ gezogene Saargebietsgrenze hinausreicht.

P. Bauer.

Briefkasten

P. Sch. in G. RM. 5.— mit herzlichstem Dank erhalten.
W. R. in G. RM. 5.— mit herzlichstem Dank erhalten. J. M.
in R. RM. 3,45 mit herzlichstem Dank erhalten.
J. L. in L. 1,50 mit herzlichstem Dank erhalten.
P. Sch. i. G. 5 RM. — mit herzlichstem Dank erhalten.
Frau W. A. in Sch., RM. 5.— mit herzlichstem Dank erhalten.

Dr. med. S. Schulze's Fregallin führt dem Blut hochwertige
Nährstoffe zu und bewirkt dadurch eine Blutreinigung und eine hervor-
ragende Nervenstärkung. Wir verweisen auf die Beilage in dieser Nummer.
Lesen Sie diese Beilage in Ihrem Interesse genauestens, da Sie auf
Wunsch von Dr. med. S. Schulze G. m. b. H., Berlin W. 30, umsonst und
portofrei eine aufklärende Broschüre und eine Probepackung dieses aus-
gezeichneten Mittels erhalten.

erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatlüber“. Bestellungen nur
durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbitten. In Sonderfällen: erfolgt Zulassung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein
G. B., Berlin SW 11, Röniggräber Straße 94, Fernsprech. — Anschließ: Amt Bergmann 8243. — Bezugspreis monatlich
Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66536, oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O. Berlin SW 47, Belfer-Alliance-
Konten, in beiden Fällen für Konto: Geschäftsstelle Saar-Verein G. B., mit dem Bemerkt „Saar-Freund“ erbitten. — Verantwortlich für den redaktionellen
Teil: Richard Besselt, Berlin-Wilmersdorf; für die literarische Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein G. B.“,
Berlin SW 11, Röniggräber Straße 94. — Druck: Deutscher Schriftverlag, Berlin SW 11.

Empfehlenswerte Zeitungen

Wollen Sie stets über das Geschehen
in der Heimat orientiert sein, so lesen Sie die

Saarbrücker Zeitung

Einige wöchentlich erscheinende
Heimatgeschichtliche Beilagen sind auch für Sie
von größtem Interesse.

*

Werben Sie für Ihre Saarheimat!

Ihnen selbst und allen denjenigen, die Interesse
für Geschichte und Schicksal unserer Heimat
bekunden, empfehlen wir die in unserem Verlag
erscheinenden

Heimatbücher

*

Auf Wunsch wird das neue Verlagsverzeichnis sofort
zugeliefert.

Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken.

Saarbrücker Landes-Zeitung

Das führende Organ der größten
politischen Partei des Saargebietes

Verlag

der bedeutendsten Heimat- und Geschichtswerke
des Saargebietes

Wichtige Neuerscheinungen:

Geschichte des Infanterie-Regiments Nr. 70, von
Generalleutnant a. D. Siehr . . . RM. 10.—

Die Kontrolle des Völkerbundes über die Tätig-
keit der Regierungskommission des Saargebietes,
von Dr. Curt Groton RM. 3.—

Literaturgeschichte des Saargebietes, von Professor
E. Reinhard, brosch. RM. 2.50, geb. RM. 4.50

Das schöne Land an der Saar, von H. Reuth,
brosch., 64 unveröffentlichte Bilder RM. 8.

Geschichte des Saargebietes, von Prof. Dr. Rup-
persberg RM. 12.—

Prospecte kostenlos

Neunkircher Volkszeitung

Neunkirchen, Saar.
45. Jahrgang. Fernr. 2007.
Inhaber: Otto H. Bauer.
Unabhäng. Tageszeitung.

Eigener Berliner Dienst. Erscheint
in großem Format. In 100 eigenen
Agenturen und 180 Postorten des
ganzen nördlichen Saargebietes, der
Kreise Ottweiler, St. Wendel, Rest-
kreis St. Wendel und der Westpfalz
verbreitet. Vorzogl. Anzeigenwirkg.

Saar- und Blies-Zeitung

Neunkirchen-Saar

Druck und Verlag von C. A. Ohle

Die anerkannt größte und älteste Tages-
zeitung im nordöstlich. Saar-Industriegebiet

70. Jahrgang

Ständig steigend! Auflage fast 10000 Ständig steigend!

In Neunkirchen-Wiebelskirchen - über 50000 Einwohner -
nachweisbar weit mehr Abonnenten, als die beiden
andern dort erscheinenden Zeitungen zusammen.

Nebenausgaben: Ottweiler Tageblatt, Neue Homburger Zeitung,
Wiebelskirchener Zeitung, General-Anz. für Spiesen-Elversberg.

Kaufen Sie
bei unseren Inserenten! —

Sagen Sie
es ihnen aber auch!

des Saargebietes



**Nachweisbar höchste Auflage
sämtl. in Neunkirchen (Saar), der
zweitgrößten Stadt des Saargebie-
tes, erscheinend. Tageszeitungen**



St. Wendeler Volksblatt

AMTL. KREISBLATT D. KREISES ST. WENDEL

Stärksterbereite Tageszeitung in St. Wendel
Stadt und Land. Älteste Zeitung am Platze

51.
Jahrgang

Verlag: St. Wendeler Volksblatt
Müller & Co. G. + m. + b. + H.
St. Wendel-Saar, Tel. 49, Karlstraße 12

MERZIGER VOLKSZEITUNG

Führende Heimatzeitung
8 000 Auflage

Hauptverbreitungsgebiet:
die Kreise

Merzig, Wadern, Saarlouis
Saarburg und Trier-Land

MODERNE AKZIDENZDRUCKEREI

SULZBACH, SAAR

Sulzbacher Volkszeitung

Erscheint seit 1876. Tägliche Ausgabe.
Gut redigiertes Heimatblatt, in allen
Schichten der Bevölkerung gelesen.
Einzige in Sulzbach erscheinende Zeitung
Drucker und Verleger **Franz Carl Hilger**
Fernruf 238. Geschäftsstelle Marktstr. 26

Saarverein Frankfurt a.M.

Jeden 2. Mittwoch im Monat

**Stammtisch im
Restaurant zum Faust**
(beim Schauspielhaus)

Durchreisende Saardeutsche und Freunde des Saarvereins sind an diesen
Tagen herzlich willkommen.

Pommersche Gänse Pommersche Wurstwaren

allerfeinster Qualität und billigsten Preisen empfiehlt
das gute Feinkosthaus

Fritz Herrmann (Aus Neunkirchen/Saar) **Stettin**

Falkenwalder Str. 115, Ecke Turnerstr.-Normaluhrrede. / Fernspr. 32462

Der Saarländer- Stammtisch in Berlin

findet nur noch allmonatlich einmal, und zwar jeden zweiten
Mittwoch im Monat im Restaurant „Zum Heidelberger“,
Friedrichstraße 143/49 (Parlamentzimmer) statt. Die nächste
Zusammenkunft ist am Mittwoch, den 11. Dezember 1929,
abends 8¹/₄ Uhr. Alle Mitglieder der Ortsgruppe Berlin,
Freunde unserer Organisation und Saarländer, die sich
vorübergehend in Berlin aufhalten, sind herzlichst
eingeladen.

Diplome — Urkunden Programme — Prologe usw.

Für Veranstaltungen
der Saar-Vereine
liefert mit Bildern
der Heimat zuverlässig
und billig

Kurt Frog, Stv.-Ing.
Halle a. S., Schmeerstr. 2
früher Dillingen - Saar
Referenz: Geschäftsstelle
„Saar-Verein“ Berlin.

Tapeten - Linoleum Farben Teppiche und Läufer

nur von

**Josef Reimsbach,
Ebsdorf/Saar.**

Fernspr. Amt Saarlouis Nr. 509

Solide Preise, beste Quali-
täten. Alle Wünsche wer-
den berücksichtigt.

Stellengesuch

Kaufmann,

32 Jahre, verheiratet, ausge-
wiesener Saarländer, wohn-
haft Jüterbog, seit 1. 12. 28 stellungs-
los, sucht, da in Jüterbog keine Ver-
dienstmöglichkeit vorhanden, Stellung
im Büro, gleich welcher Art. Anfr.
unter D. S. 100 an den Saar-Freund.

Neu-
erscheinung!

Saar-Sondernummer der Rheinischen Heimatblätter

Dieses Saarheft mit hochbedeutenden Beiträgen und einer
Kunstdruckbeilage: „Die Klause bei Serrig a. d. Saar“ verdient
die größte Beachtung aller Interessenten. Das 124 Seiten starke
Heft ist mit schönen Abbildungen geschmückt. Aus dem Inhalt
seien einige Beiträge erwähnt: „Das Saarstatut und seine Durch-
führung“, von Dr. Groten; „Erfüllt der Völkerbund als Saar-
Treuhand seine Pflicht?“, von Dr. Mehrmann; „Zehn Jahre
vom Reich getrennt — eine kulturpolitische Rückschau“, von
Dr. Rastin; „Saarlandschaft“, von Dr. Kloeveborn; „Burg Dichten-
berg“, von Pfarrer Saarbed; u. a. m.

Das Heft ist zu beziehen durch

Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Berlin SW. 11, Königgräzer Straße 94

RM. 2,00.

Bergmann 3243

RM. 2,00.

Neu erschienen!

Saarheft

der

Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde

Wertvolle Beiträge — 84 Seiten
— Interessante Abbildungen —

Preis 4.— RM.

Zu beziehen
durch:

Geschäftsstelle

„Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräzer Straße 94 II

Bergmann 3243.

Sobald erschienen.

Saar-Wochentalender 1930

Herausgegeben von Prof. Dr. Kloeveborn.

Bilder von Max Wenz.

Der Kalender ist kein Abreißkalender im gewöhnlichen Sinne,
sondern ein wirklich wertvolles Kulturdokument unserer Zeit. Die
Illustration besorgte der allen unseren Lesern durch unsere
Saarheimatbilderbeilage rühmlichst bekannte Heimat-
photograph M. Wenz. Neue, bisher unveröffentlichte Bilder aus
dem ganzen Saargebiet führen eindringlich die herrliche Schönheit
der Saarheimat vor Augen.

Der Saar-Wochentalender 1930 hat eine geliebte
und hervorragend schöne Ausstattung erhalten. Er wird als
Wandschmuck Freude bereiten.

Zu beziehen durch

Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Berlin SW. 11, Königgräzer Straße 94

RM. 2,50.

Bergmann 3243

RM. 2,50.

Buchdruck

Druckarbeiten aller Art
Druckerei der Deutschen Tageszeitung
Berlin SW 11, Dessauer Straße 6-8

Litho